

**SOZIALDEMOKRATISCHES
REGIERUNGSPROGRAMM
für Hessen 2019–2024**

Beschluss des außerordentlichen
Landesparteitags am 9. Juni 2018
in Wiesbaden

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Präambel	1
... für junge Familien	4
... mit besseren Schulen	9
... mit gutem Start für junge Menschen	31
... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Leben im Ballungsraum	37
... mit einem Recht auf Mobilität: für alle, überall und bezahlbar	46
... mit Chancen und gutem Wohnen für den ländlichen Raum	54
... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke	62
... mit mehr Sicherheit und einer starken Demokratie	79
... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt	95
... mit Vorbildfunktion als Arbeitgeber	101
... für Zugewanderte und ihre Familien	103
... für Menschen mit Behinderung	108
... für aktive Seniorinnen und Senioren	112
... mit guter und erreichbarer Gesundheitsversorgung	115
... für Pflegebedürftige und ihre Familien	119
... für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern	121
... mit innovativer Wissenschaft in Lehre und Forschung	128
... mit einer produktiven und kreativen Kulturlandschaft	138
... mit neuer Energie	148
... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirtschaft, verantwortungsvollem Tier- und Verbraucherschutz sowie mehr Klimaschutz	155
... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen und gerechteren Steuern und Abgaben	164
... mit Mut zu Europa und zur Welt	169
Mitglieder und Arbeitsgruppen der Großen Programmkommission	172

ZUKUNFT JETZT MACHEN

Hessen kann mehr. Wir wollen nicht den Gelegenheiten hinterherschauen, die Hessen in den vergangenen 20 Jahren verpasst hat. Wir wollen gemeinsam die Chancen nutzen, die vor uns liegen.

Wir fordern ...

... Wohnraum, den sich alle leisten können.

Für Polizeibeamte, Erzieherinnen und Erzieher, Feuerwehrleute, Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Menschen in sozialen Berufen, Leute, die hart arbeiten, aber keine Reichtümer mit nach Hause bringen. Für die, die dort leben wollen, wo sie arbeiten. Für Familien. Für Menschen, die im Erwerbsleben noch in der Stadt wohnten und am Lebensabend von gestiegenen Mieten verdrängt werden.

Deswegen werden wir eine Bauoffensive starten, mit Stahl, Glas und Beton gegen den Mietpreispwucher angehen. Öffentliche Grundstücke wollen wir günstig für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Eine schnellere Ausweisung von Baugebieten ist unser Ziel. Unter der CDU-Führung in Hessen hat sich die Zahl der Sozialwohnungen seit 1999 auf 90.000 halbiert. Wir werden mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen und dafür sorgen, dass der Anteil an Sozialwohnungen steigt und nicht sinkt.

Wir kümmern uns um ...

... gleiche Bildungschancen für alle.

Für alle Kinder – gleich welcher Herkunft –, für die, die klug und fleißig sind, aber nicht reich geboren wurden. Aber auch für die, denen Lernen nicht leichtfällt. Für Eltern, die einen Großteil ihres Einkommens für Kindergarten- und Krippenplätze aufwenden. Für Jugendliche, die erst in die Lehre gehen, bevor sie sich im Berufsle-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

ben entscheiden, noch einmal zu studieren. Für Gesellinnen und Gesellen, die für ihren Meisterlehrgang hohe Kredite aufnehmen müssen. Für junge Menschen, die als Erste in ihrer Familie einen Hochschulabschluss absolvieren. Für Kolleginnen und Kollegen, die mit den technologischen Veränderungen Schritt halten wollen. Für Erwachsene, die mit den Veränderungen in der Technologie, den Arbeitsprozessen und der Kommunikation infolge der Digitalisierung Schritt halten wollen und müssen.

Deswegen werden wir die Gebühren für Bildung vollständig abschaffen, von der Kita bis zum Master bzw. zur Meisterprüfung. Wir werden die Qualität in den Einrichtungen steigern und die Ausbildung des Lehr- und Fachpersonals verbessern. Wir wollen kein Kind mehr ohne Abschluss aus der Schule entlassen und allen eine Ausbildungsmöglichkeit garantieren. Wir werden unser Schulsystem so umbauen, dass nicht mehr die Herkunft und der Geldbeutel der Eltern über den Schulerfolg entscheiden. Und wir werden mehr Mittel für Qualifizierung und Nachqualifizierung zur Verfügung stellen, damit sich Menschen ein Leben lang weiterentwickeln können, wenn sie es wollen. Wir werden das Bildungssystem öffnen: für alle.

Wir versprechen ...

... Mobilität für ganz Hessen: bedarfsgerecht, aber überall verfügbar, sauber und bezahlbar.

Für die Pendler, die täglich im Stau stehen, über 126.385 Kilometer oder dreimal um die Welt im letzten Jahr. Oder in überfüllten Bussen und Bahnen. Für die Rentnerin im Hinterland, die ohne Auto nicht zum Arzt kommt, aber nicht mehr fahren kann. Für junge Leute, die auf dem Dorf wohnen und sonntags nach 18:00 Uhr nicht mehr ins Kino können. Für Menschen, die kein Auto haben und auch nicht dazu gezwungen werden sollen, eines zu besitzen. Für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten.

Deswegen werden wir fließende Übergänge zwischen verschiedenen Verkehrsträgern schaffen: Bahn, Bus, Taxi, Auto, Fahrrad und den eigenen zwei Beinen. Verkehrsverbünde werden wir dabei unterstützen, sich zu modernen Mobilitätsdienstleistern zu entwickeln, die unter ihrem Dach alle Dienstleistungen vereinen. Schienenstrecken werden wir wieder in Betrieb nehmen oder neu bauen, wo es erforderlich ist. Kaputte Straßen und marode Brücken werden wir nicht mehr hinnehmen. Die hessische Dauerbaustelle im Verkehr muss geschlossen werden. Den öffentlichen Verkehr werden wir verlässlicher und günstiger gestalten. Und wir werden die Jobs derer sichern, die heute Autos mit Verbrennungsmotor bauen und morgen möglicherweise an den Technologien der Zukunft arbeiten.

Wir sagen ...

... Ja zur Stadt und zum ländlichen Raum.

Für Menschen, die mit Lärm, Abgasen und steigenden Mieten im Ballungsraum zu kämpfen haben. Aber genauso entschieden auch für die, die auf den Dörfern beheimatet sind. Für die Unternehmen, die Tausenden von Hessinnen und Hessen gute Arbeit geben, die nicht berühmt, aber Weltspitze sind. Für Gründerinnen und Gründer, die neue Ideen im Grün verwirklichen wollen, werden wir Funklöcher und Internetwüsten angehen. Für junge Paare, die dort Familien gründen, wo die Kita, die Schule und der Arbeitsplatz sicher sind.

Deswegen werden wir für räumliche Gerechtigkeit sorgen. Der Sozialstaat darf nicht an der Stadtgrenze aufhören. Gesundheit, Pflege, Bildung und Kultur müssen wohnortnah bereitstehen. Wir werden Straßen, Breitbandleitungen, Funknetze und Dorfinfrastruktur modernisieren. Damit auch morgen auf dem Land in gute Arbeit investiert wird und sich Unternehmen ansiedeln. Wir werden auch als Land vorangehen und Arbeitsplätze in die Regionen verlagern. Wir wollen kein Hessen der zwei Klassen: Alle Hessinnen und Hessen haben ein gutes Leben verdient, ob sie in der Großstadt oder in unseren Dörfern zu Hause sind.

In den fünf Jahren Regierungsverantwortung, für die wir uns bewerben, werden wir Schwerpunkte setzen. Trotzdem haben wir auch darüber hinaus einen Plan, mit dem wir die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt Schritt für Schritt angehen wollen und mit dem wir gute Bildung, die Förderung von Innovation, Zusammenhalt in der Gesellschaft, Sicherheit und die Modernisierung unserer Infrastruktur verbinden. Mit dem wir investieren, wirtschaftlichen Aufschwung in Gang setzen, gute Arbeit und faire Löhne schaffen. Denn die zentralen Gestaltungsaufgaben, die Energiewende, die Umbrüche in der Industrie und die Modernisierung des Verkehrsbereichs verlangen nach Weitsicht, wie sie Georg-August Zinn mit seinem Hessenplan in den 1960ern hatte. Von dem Aufschwung zehren wir noch heute. An diese Tradition werden wir mit modernen Ansätzen anknüpfen.

Im Zentrum steht für uns der Anspruch, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen zu bieten. Denn Teilhabe darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort. Dafür stehen wir. Das treibt uns an.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... für junge Familien

Hessen soll familienfreundlich werden! Zwar konnten mithilfe der SPD in den vergangenen Jahren bundesweit manche Verbesserungen erzielt werden, etwa beim Kitausbau und Elterngeld. Dennoch leidet die junge Familie zu oft an Geld- und Zeitmangel und an mangelnder Vereinbarkeit mit den beruflichen Wünschen. Deshalb wollen wir die Kindergärten und auch Krippen komplett gebührenfrei gestalten, die Qualität durch mehr Personal in den Kitas verbessern und den Anteil des Landes an den Betriebskosten bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode auf zwei Drittel anheben. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote auch für Grundschulkindern verankern und insbesondere Alleinerziehende stärker unterstützen.

Ziel jeglicher frühkindlichen Pädagogik ist die individuelle Förderung aller Kinder von Anfang an. Optimale Förderung setzt voraus, dass die individuellen Stärken und Bedürfnisse und der konkrete familiäre und soziale Hintergrund des Kindes beachtet werden. Vorhandene Fähigkeiten werden verstärkt und weiterentwickelt, individuelle Beeinträchtigungen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteiligungen ausgeglichen. Wir wollen diese individuelle Förderung ermöglichen und so einen großen Schritt hin zu Chancengerechtigkeit durch Bildung leisten.

1. Kitagebühren abschaffen – aber richtig

Die SPD steht, anders als Schwarz-Grün, für eine echte und **vollständige Entlastung junger Familien von Krippen- und Kindergartengebühren**. Die schwarz-grüne Landesregierung hat zuletzt auf Druck der SPD eine Teilentlastung für drei- bis sechsjährige Kinder in Aussicht gestellt. Im Krippenbereich (bis drei Jahre), wo die höchsten Kosten anfallen – bis zu 700 Euro pro Kind und Monat –, wollen CDU und Grüne nichts ändern.

Für uns steht fest: Frühkindliche Bildung in Kinderkrippe und Kindergarten muss gebührenfrei sein, weil

- frühe Bildung die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg darstellt. Je früher die Förderung, umso größer sind die Bildungschancen.
- jede Form von Beiträgen als Bildungsbarriere wirkt. Allen Kindern soll die Kita offenstehen. Frühkindliche Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit.
- Gebühren in der Krippe (U3) vor allem den Müttern die Rückkehr in den Beruf erschweren.
- gerade Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müssen.

Die SPD macht Schluss mit halben Sachen. Wir werden die vollständige Befreiung der Eltern von allen Gebühren umsetzen – im Gegensatz zu Schwarz-Grün nicht nur zeitweise für Kinder über drei, sondern auch ganztags, für alle Altersgruppen und für die Tagespflege.

Deshalb wollen wir den auf Hessen entfallenden Anteil der auf Bundesebene in der laufenden Wahlperiode bereitgestellten Mittel in Höhe von 2 Mrd. Euro (Anteil für Hessen: ca. 160 Mio. Euro) für die Kitas komplett für die Freistellung der Eltern von Beiträgen einsetzen.

2. Mehr Qualität für bessere Betreuung, Erziehung und Bildung

In Hessen ist eine Vollzeiterzieherin bzw. ein -erzieher im Durchschnitt allein für vier Kinder in der Krippe (unter drei Jahre) oder für zehn Kindergartenkinder (drei bis sechs Jahre) verantwortlich. Damit hat Hessen den schlechtesten Personalschlüssel aller westdeutschen Flächenländer in den Kitas.

Wir werden für eine **Qualitätsverbesserung** bei der Kinderbetreuung sorgen:

- Wir werden erstens eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Freistellung von Personal für wichtige Leitungsaufgaben ermöglichen,
- zweitens den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für Vor- und Nachbereitungen und für Elternarbeit sowie Weiterbildung einräumen,
- drittens eine realistische Einberechnung von zu erwartenden Ausfallzeiten durch Krankheit oder Urlaub bei der Stellenberechnung vornehmen,
- viertens die Sprachentwicklungsförderung für alle Kinder optimieren,
- fünftens den Einsatz von multiprofessionellen Teams ausbauen und
- sechstens den Ausbau der Kooperationen mit außervorschulischen Einrichtungen unterstützen.

Als Voraussetzung werden wir **die Anzahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher massiv erhöhen**. Der Erzieherinnen- und Erzieherberuf muss angemessen entlohnt werden.

3. Kommunen entlasten – gerechte und nachhaltige Finanzierung für die Familienförderung

Die für all dies notwendige **Entlastung der Kommunen** bei den Betriebskosten werden wir im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden ebenfalls in mehreren Schritten vornehmen.

Unser Ziel ist es, dass Hessen – unter Anrechnung der dem Land aus dem Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau für den weiteren Ausbau und insbesondere den gut 1 Mrd. Euro Betriebskostenzuschüssen zustehenden Bundesmitteln – verbindlich und dauerhaft zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tagespflege übernimmt. Gleichzeitig mit der Abschaffung der Elternbeiträge und der Erhöhung des Landesanteils an der Finanzierung der frühen Bildung werden wir die Mittelzuweisung erheblich unbürokratischer gestalten.

Da das Land mit der Finanzierung von zwei Dritteln der Betriebskosten die Kommunen finanziell deutlich entlastet, eröffnet dies Spielräume für Kommunen für besondere Angebote, wie z. B. **Betreuung in den Tagesrandzeiten**, die berufstätige Eltern und gerade Alleinerziehende benötigen.

4. Kitas zu Familien- und Beratungszentren aufwerten

Wir wollen den Ausbau von Familienzentren an allen Kindertagesstätten in Hessen vorantreiben. Damit wollen wir niederschwellige Angebote an Beratung für alle Familien in Hessen in Zusammenarbeit mit Kommunen und freien Trägern gewährleisten. Wir wollen, dass Eltern in Hessen über ihre Krippe bzw. ihren Kindergarten regelmäßig zu Elternabenden und zu **Beratungsangeboten in Sachen Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förderung** eingeladen werden und dort kompetente, gute und professionelle Ansprechpartner/-innen vorfinden.

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Betreuungsgarantie und flexible Angebote

Viele hessische Familien stehen vor dem Problem, dass Arbeitszeiten und Betreuungszeiten in Kitas und Schule nicht zueinander passen. Der schwarz-grüne „Pakt für den Nachmittag“ hat daran nichts geändert. An kaum einer hessischen Grundschule sind dadurch neue Betreuungsplätze entstanden. Im Wesentlichen wurden dafür schon bestehende Betreuungsangebote umetikettiert.

Berufstätige Eltern sehen sich nach fünf Jahren Schwarz-Grün einem Flickenteppich an völlig unzureichenden und oft sehr teuren Angeboten gegenüber. Bis endlich auch in Hessen ein bedarfsdeckendes Angebot an echten Ganztagschulen existiert, muss es für hessische Eltern einen **Rechtsanspruch auf Nachmittags- und Schulferienbetreuung** geben.

6. Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Alleinerziehende Mütter und Väter tragen die alleinige Verantwortung für Kinder in oft anspruchsvoller persönlicher und beruflicher Situation. Mehr als 40 % der Alleinerziehenden in Deutschland sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Ein Grund dafür ist, dass Betreuungszeiten von Kita und Schule oft nicht zu den vorhandenen Arbeits- und Ausbildungsangeboten passen. Wir werden deshalb alleinerziehende Eltern in besonderem Maße unterstützen. Wir unterstützen auf Bundesebene Arbeitszeitmodelle, die beiden Eltern auch nach der Elternzeit mehr Zeit für ihre Kinder ermöglichen, wie das SPD-Konzept der Familienarbeitszeit. Neben mehr Betreuungsangeboten zu Tagesrandzeiten wollen wir Alleinerziehenden auch bei der **Schulwahl** mehr Möglichkeiten einräumen, Grundschulen mit geeigneten Betreuungszeiten auszuwählen. Wir werden ihnen mehr Flexibilität geben, indem wir ihren Gestattungsanträgen für Schulen, die hinsichtlich Ort und Betreuungszeiten zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation passen, Priorität gewähren.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcentern hessenweit für Angebote sorgen, die die besonderen Bedürfnisse von Alleinerziehenden bei Schulabschluss, Ausbildung, Studium, Rückkehr in den Beruf und bei der Wohnungssuche berücksichtigen. Dafür bedarf es eines passgenauen Programms zur Förderung der beruflichen Qualifikation Alleinerziehender.

7. Kurze Beine, kurze Wege: wohnortnahes Schulangebot erhalten

Wohnortnahe Kitas und Schulen sind für jede Familie eine große Erleichterung. Wir unterstützen deshalb ein wohnortnahes Kitaangebot. Gleiches gilt für den **Erhalt von Schulen im ländlichen Raum** bei zurückgehenden Einwohnerzahlen durch Verbundschulen und Konzepte der Binnendifferenzierung.

8. Schnell bezahlbaren Wohnraum für junge Familien schaffen

Familien mit kleinen Kindern und Alleinerziehende haben es auf dem privaten Wohnungsmarkt in den hessischen Ballungsräumen besonders schwer. Wir legen deshalb Förderschwerpunkte auf die zügige Schaffung von mehr **bezahlbaren Wohnungen** für diese Gruppen.

9. Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit für Mütter und Väter schnell umsetzen

Wir begrüßen, dass die SPD im Koalitionsvertrag der Großen Koalition gegenüber CDU/CSU das **Rückkehrrecht von Eltern in Vollzeit** durchgesetzt hat. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine möglichst schnelle und unbürokratische Umsetzung starkmachen. Wir werden dazu beitragen, dass alle Eltern über ihre neuen Rechte informiert werden.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit besseren Schulen

Die SPD steht wie keine andere Partei für das Versprechen des sozialen Aufstiegs und gleicher Lebenschancen für alle Menschen. Der Schlüssel hierzu ist Bildung. Der Bildungserfolg eines Kindes hängt in Deutschland noch immer sehr stark vom Bildungsstand der Herkunftsfamilie und vom Einkommen der Eltern ab. Das werden wir ändern.

Wir werden mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit schaffen, indem wir mehr echte Ganztagschulen anbieten, längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, die Schulsozialarbeit an allen unseren Schulen verankern und soziale Gruppenbildungsprozesse einbeziehen.

Wir sehen den **Zugang zu Bildung als ein lebenslanges Grundrecht jedes Menschen** an, auch nach dem Schulabschluss. Dafür brauchen wir eine weitere Verbesserung der Kooperation zwischen Bund und Land. Wir begrüßen daher, dass die SPD in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich verankern konnte und werden auf die Umsetzung dieser Vereinbarung achten. Nur dadurch ist es möglich, dass der Bund die Mitfinanzierung der kommunalen Bildungsinfrastruktur auf alle Kommunen ausweitet, die Mittel weiter aufstockt und im Rahmen des vereinbarten Digitalpakts die Modernisierung der Schulen mit 5 Mrd. Euro bundesweit mitfinanziert.

Wir werden in Regierungsverantwortung die Schule vom Kind aus denken und die **individuell zugeschnittene Förderung des einzelnen Kindes** in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

Entscheidungen über die Köpfe der Beteiligten hinweg sind nach unserer Überzeugung in der Schule fehl am Platz. Die notwendigen Veränderungen an unseren Schulen wollen wir deshalb schrittweise im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen an Schulen und Schülervertretungen sowie mit den Schulträgern umsetzen. Dabei spielen am Bedarf der einzelnen Schule ausgerichtete Angebote sowie Modellversuche eine wesentliche Rolle. Versuchsschulen, die alternative pädagogische Konzepte zu individuellem und selbstständigem Lernen entwickeln, wollen wir stärken und ausbauen.

Zur Stärkung der Transparenz werden wir regelmäßig einen hessischen Bildungsbericht veröffentlichen.

1. Bildung ist für uns mehr als die Aneignung von Wissen

Bildung befähigt den Menschen zur Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Verantwortung in einer globalisierten Welt. Sie ist entscheidend für die **Entfaltung der Persönlichkeit** und schafft Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe. Dabei geht es gleichermaßen um kreative, soziale, ethische und politische Bildung wie um die praktische Vermittlung von Wissen und Qualifikationen, die den Zugang zu Arbeit gewährleisten.

Wir wollen Bildungseinrichtungen, die Kinder und Jugendliche zu gegenseitiger Achtung, zu Freiheit, zu Selbstständigkeit, zu sozialem Verantwortungsbewusstsein und im Sinne der Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung anregen.

2. Schluss mit Schubladendenken: mehr Durchlässigkeit nach oben durch mehr individuelle Förderung

Kinder bringen unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Die Unterschiede zwischen familiären und kulturellen Lebensentwürfen in den Klassenzimmern und Elternhäusern nehmen zu. Wir wollen ein **offenes und durchlässiges Bildungssystem, das kein Kind zurücklässt** und allen die gleichen Chancen eröffnet, ihre Potenziale zu nutzen.

Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, wollen wir erstens Möglichkeiten zur Erfassung der Lernvoraussetzungen für jedes einzelne Kind zur Verfügung stellen. Zweitens wollen wir auch die Rahmenbedingungen zur schulischen Umsetzung (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung) schaffen, damit diese festgestellten Lernvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden. Notwendig dafür sind entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte sowie die Zusammenarbeit mit den Sozialpädagoginnen und -pädagogen in der Schule, aber auch Veränderungen bei den Klassengrößen. Auf unnötige Vergleichsarbeiten, durch die keine Rückmeldung an die Lernenden erfolgt, werden wir verzichten.

Mit mehr individueller Förderung wollen wir **„Zwangsabstiege“ reduzieren** und auf diese schrittweise ganz verzichten. Sie frustrieren Kinder und Jugendliche und führen nicht selten zu gebrochenen Bildungsbiografien. Die bestehenden Projektbüros für individuelle Förderung werden mindestens verdoppelt. Wir legen wie andere europäische Länder ein Förderprogramm zum Lesen, Schreiben und Rechnen auf, um Lern-, Leistungs- und Teilleistungsschwierigkeiten zu vermeiden.

Besondere Begabungen werden wir fördern. Für diesen Personenkreis werden wir einen Anspruch auf besondere pädagogische Förderung schaffen, um allen Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf gerecht zu werden. Grundlagen dafür sind die Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention.

Beratungs- und Förderzentren werden wir zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ über die Sonderpädagogik hinaus weiterentwickeln. Als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung beraten sie Schulen multiprofessionell aus einer Hand, vernetzen die Schulen mit außerschulischen Einrichtungen und stellen notwendiges Material zur Verfügung.

3. Wir garantieren Chancengleichheit

Der Bildungsabschluss darf nicht von der kulturellen und sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder anderen äußeren Faktoren abhängen, wie dies offenkundig im hessischen Schulsystem derzeit häufig der Fall ist.

Die Aufnahme in die weiterführenden Schulen geschieht durch direkte Anmeldung durch die Eltern und Aufnahme durch die Schulleitung.

Zur Stärkung des Elternwahlrechts wollen wir erreichen, dass **jede Schule die Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss** führt, die sie aufgenommen hat. Schulformempfehlungen werden wir durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in denen Kompetenzen beschrieben werden. Um eine für die Jugendlichen sinnvolle Entscheidung treffen zu können, sollten Eltern frühzeitig über die verschiedenen Ausbildungswege im Anschluss an die jeweilige Schulform informiert werden.

Wir unterstützen die religiöse und weltanschauliche **Vielfalt des Angebots durch freie Schulträger** und werden das **Einhalten des grundgesetzlichen Sonderungsverbots** sicherstellen. Schülerinnen und Schüler mit neun Schulbesuchsjahren können den untersten Bildungsabschluss auch im Rahmen einer intensiv geförderten dualen Berufsausbildung erwerben. Es ist eine „Allgemeine Berufsbildungsreife“ auch in Berufsschulen einzurichten, welche im Rahmen einer dualen Ausbildung erfolgen kann. Dieser Schulabschluss ist gleichzusetzen mit dem Hauptschulabschluss.

4. Wir stehen für vergleichbare Bildungschancen in der Stadt und auf dem Land

Wir setzen uns für ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot und damit auch für den **Erhalt kleiner Schulstandorte** ein. Wir werden die Schulträger bei ihrer Schulentwicklungsplanung unterstützen, damit sie ihre Angebote möglichst nah am Bedarf der Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern ausrichten können. Die Wahlfreiheit der Eltern für den Bildungsgang in erreichbarer Nähe für ihre Kinder wird von uns garantiert.

Wir wollen ein übersichtliches Schulsystem, das in allen Teilen Hessens die gleichen Bildungschancen sicherstellt.

5. Unser Ziel: keine Schülerin und kein Schüler ohne Schulabschluss

Unser Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss verlassen. Wir wollen erreichen, dass **jede Schule am Ende der Pflichtschulzeit einen Schulabschluss** vergibt. Dieses Ziel ist nur durch eine Erweiterung der Berechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre zu erreichen, damit die Gruppe der „Bildungsverlierer“ zielgruppenorientiert und effektiv eingebunden werden kann. Dazu werden wir schulformunabhängige Bildungsstandards entwickeln, die beschreiben, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollten.

Um Brüche in den Bildungsbiografien der Kinder zu vermeiden, wollen wir, dass die Übergänge von der Kita in die Grundschule und von dort in die weiterführende Schule, in die Berufsausbildung bzw. zum Studium durch verbindliche Zusammenarbeit aller beteiligten Bildungseinrichtungen verbessert werden.

Schulsozialarbeit hilft bei der Schul- und Berufsorientierung durch das Herausarbeiten von Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Mobiles Lernen und Online-lernen werden ebenso gefördert, um Brüche in Bildungsbiografien einzudämmen.

6. Echte Ganztagschulen statt Schulgeld am Nachmittag

Wir werden den Ausbau echter Ganztagschulen massiv vorantreiben. Während die schwarz-grüne Landesregierung Schulen mit wenigen Stunden Nachmittagsangeboten in der Woche bereits als Ganztagschulen bezeichnet, wollen wir für alle hessischen Familien mit diesem Bedarf ein Angebot schaffen, das diesen Namen auch tatsächlich verdient.

Echte Ganztagschulen bieten allen Kindern über den Tag verteilt Unterricht, Sport, Spiel, Bewegung, individuell betreute Lernzeiten sowie Fachförderung an. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit sowie zur Vereinbarung von Familie und Beruf und ermöglichen bessere schulische Leistungen, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Ihre Vorteile liegen auf der Hand: Sie bieten mehr Zeit zum Lernen, geben Schulen Möglichkeiten, ihren Unterricht kindgerechter über den Tag zu verteilen („Rhythmisierung“) und entlasten berufstätige Eltern. Wir werden deshalb unsere Schulen schrittweise zu **echten und kostenfreien Ganztagschulen** in gebundener und teilgebundener Form weiterentwickeln.

Ein **Recht auf den Besuch einer Ganztagsklasse** wollen wir im Schulgesetz verankern und entsprechende Angebote für alle Schülerinnen und Schüler in erreichbarer Nähe sicherstellen. Schulen, die ihr Ganztagsangebot erweitern wollen, werden wir unterstützen und eine am tatsächlichen Bedarf der Lerngruppen orientierte Personalausstattung zur Verfügung stellen, damit kein Antrag schon beim Schulträger zurückgewiesen werden muss. Dazu werden wir ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen verabschieden, das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet. Inklusive Beschulung und besondere Förderung müssen auch am Nachmittag qualitativ hochwertig möglich sein.

Die Einführung eines Schulgelds durch die Hintertür, wie beim konzeptionslosen „Pakt für den Nachmittag“ der schwarz-grünen Landesregierung, lehnen wir ab. Den Schulen, die am „Pakt“ teilnehmen, bieten wir die Möglichkeit der Weiterentwicklung.

Ganztagsschulen sollen nicht in Konkurrenz zu Vereinen und deren Angeboten stehen, sondern dabei helfen, Kinder und Jugendliche für **Sport, Kultur und weitere freiwillige außerschulische Aktivitäten** zu begeistern. Daneben soll den Kindern und Jugendlichen auch weiterhin Zeit für selbstbestimmte Freizeit und Ehrenamt zur Verfügung stehen. Die Grundprinzipien und Ziele der Jugendarbeit werden wir absichern.

Zu guten Ganztagsschulen gehören für uns auch Standards für **gesunde Ernährung** sowie die Bereitstellung von ausreichend Sport- und Bewegungsangeboten. Hierzu wollen wir mit den Schulträgern gemeinsame Vereinbarungen treffen, auch für bauliche Mindeststandards. Gesunde Ernährung gehört auf den Lehrplan. Die hessische Blockade des EU-Schulobstprogramms werden wir aufheben und die kostenfreie tägliche Versorgung unserer Schulen mit Obst ermöglichen.

Unser Ziel ist es, die **Kosten für das Schulessen spürbar zu senken**. Langfristig bedeutet kostenfreie Bildung für uns auch, dass Familien nicht für das Essen in der Schule bezahlen müssen.

7. Schulen als Ort des sozialen Miteinanders stärken

Eine demokratische Schule hat den Auftrag, zu Solidarität, sozialem Bewusstsein und sozialer Interaktion hinzuführen. Eine besondere Herausforderung ist dabei, den sozialen Zusammenhalt in der Gruppe mit individualisierten Förderkonzepten zu verbinden.

Gemeinschaftsbildungs- und Gruppenprozesse sind von zentraler Bedeutung, um in der Schulgemeinschaft als „Soziales Haus“ Respekt, Toleranz und Solidarität zu entwickeln und zu verankern. Neben dem Bildungsauftrag übernimmt die Schule die Aufgabe, in einer öffentlichen Lebenswelt zu sozialisieren, Schülerinnen und Schüler anzuregen, sie aktiv in Rechte und Pflichten einzubinden und zu schützen. Schülerinnen und Schüler müssen ihre Schule als einen Ort wahrnehmen, in dem sie frei von Diskriminierung, Gewalt und Angst ihre eigene Identität finden können. Soziales Lernen hat einen hohen Stellenwert für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen.

Es darf **keine Toleranz für Mobbing** oder sexualisierte Gewalt geben. Betroffene Jungen und Mädchen benötigen Schutz und Verständnis sowie Hilfe bei der Aufarbeitung des Erlebten. Wir unterstützen das Angebot von Sozialtrainings für Klassen und Projekte zur Mobbingprävention und werden den Schulen Präventionsprogramme, Handlungsleitfäden und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen.

Um bei Bedarf koordinierte individuelle Unterstützung für einzelne Kinder bzw. Jugendliche zu erreichen, regen wir die Einrichtung von runden Tischen unter Einbeziehung der Familien und der außerschulischen Familienarbeit sowie der Schulsozialarbeit, der Jugendarbeit und weiterer relevanter Stellen an.

Um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen sowie Lehrkräfte von nicht unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten, werden wir die Schulen mit multiprofessionellen Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler Verantwortlichkeit ausstatten.

8. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie am bestehenden Bedarf ausrichten

Um den Bedarf nach Schulsozialarbeit zu decken, ist ein flächendeckender Ausbau erforderlich. **An jeder Schule soll es Schulsozialarbeit geben**, die sich an den örtlichen Rahmenbedingungen orientiert. Wir werden dafür sorgen, dass Kommunen und Schulträger mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Hierzu werden wir eine neue Förderpauschale zur Unterstützung der Träger einführen, damit die Kosten gleichermaßen zwischen Land, Schulträger und Kommunen geteilt werden.

Daneben werden wir den schulpsychologischen Dienst ausbauen und Wartezeiten reduzieren. Dadurch unterstützen wir nicht nur die Lehrkräfte, sondern stärken auch Maßnahmen für Kriseninterventionen.

9. Bedingungen für individuelle Förderung und jahrgangsübergreifendes Lernen in den Schulen verbessern

Durch mehr jahrgangsübergreifendes und gemeinsames Lernen werden wir nicht nur den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum und damit die wohnortnahe Schulversorgung sichern. Wir wollen eine Unterrichts- und Schulorganisation ermöglichen, die an den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Schülerin bzw. des einzelnen Schülers ausgerichtet ist. Auch durch individuelle Förderung mit Förderplan und intensiver sowie regelmäßiger Beratung von Schülerinnen und Schülern und Eltern im Verlauf eines jeden Schuljahres streben wir den **Verzicht auf Versetzung in die nächstniedrigere Schulform** und auf die Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse an.

Wir werden die Rahmenbedingungen für Schulen verbessern, die **jahrgangsübergreifendes Lernen** realisieren wollen, z. B. in Form von gemeinsamen Lerngruppen der Klassen 1 und 2 („Schuleingangsstufe“), oder dem Nebeneinander unterschiedlicher Lerngeschwindigkeiten („Binnendifferenzierung“) und durch andere Lehr- und Lernformen.

Dazu wollen wir Lehrkräften durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen ermöglichen, Schülerinnen und Schüler stärker individuell zu bewerten und ihre Kompetenzen zu fördern, statt nur das Erreichen von Lernzielen zu dokumentieren. In der Lehrkräfteaus- und -fortbildung muss der Unterricht in heterogenen Lerngruppen stärker gewichtet werden.

10. Die flexible Oberstufe: maßgeschneiderte Schuldauer und bessere Vorbereitung auf die Zukunft

Wir sind davon überzeugt, dass der neunjährige Besuch von Gymnasium bzw. Gesamtschule – also das Abitur nach 13 Schuljahren – der Normalfall und eine sinnvolle Grundlage für den Erwerb des Abiturs ist. Wir wollen jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler die Oberstufe entsprechend ihren **individuellen Bedürfnissen und ihrer Lerngeschwindigkeit** in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen können. So wird das Abitur wahlweise schon nach zwölf, im Normalfall nach 13, in Ausnahmefällen nach

einem längeren Zeitraum möglich – ohne ganze Jahrgangsstufen überspringen oder wiederholen zu müssen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei mehr Möglichkeiten erhalten, ihren eigenen Bildungsverlauf in Abstimmung mit Lehrerschaft und Eltern selbst zu steuern. Damit schaffen wir echte Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulzeit verkürzen wollen oder aufgrund ihrer Lebensumstände mehr Zeit benötigen. Gleichzeitig erleichtern wir durch mehr jahrgangsübergreifendes Lernen den Erhalt von kleineren wohnortnahen Oberstufen im ländlichen Raum. Ein weiteres Element der von uns angestrebten Oberstufenreform wird eine **bessere Vorbereitung auf die nachschulische Lebenswelt** sein. Dies schließt die Vorbereitung auf Hochschule und Arbeitswelt, Berufs- und Studienorientierung ebenso ein wie das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Sozialkompetenzen und Gemeinschaftsbildungen. Die reformierte Oberstufe setzt darüber hinaus die verstärkte Förderung von Eigenständigkeit, Verantwortung und Selbstbewusstsein sowie die Stärkung der Fähigkeit zu fachübergreifendem und fächerverbindendem Arbeiten um. Bei den Prüfungsfächern in der Abiturprüfung wollen wir mehr Auswahlmöglichkeiten zulassen, um die individuelle Schwerpunktsetzung von Schülerinnen und Schülern zu fördern.

Bei allen Veränderungen wollen wir gewährleisten, dass die Schulen flexibel agieren können. Sie sollen befähigt werden, eigene Konzeptionen zu entwickeln und umzusetzen. Verpflichtende Vorgaben für genehmigungsfähige Praxiskonzepte wollen wir möglichst gering halten. Die **Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen** und Lernergebnissen werden wir dabei immer sicherstellen.

11. Das schwarz-grüne Inklusionschaos beenden

Hessen hat seit mehr als 30 Jahren Erfahrung mit dem „Gemeinsamen Unterricht“ von Kindern mit und ohne Behinderung. Daran wollen wir anknüpfen und das derzeitige Inklusionschaos beenden. Lehrkräfte werden nicht länger kostbare Zeit auf den Straßen zwischen den Schulen vergeuden, sondern im inklusiven Unterricht mit unseren Schülerinnen und Schülern arbeiten. Dazu wird es eine auskömmliche sonderpädagogische Grundversorgung an allen Schulen geben, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird, ohne Lehrkräfte zusätzlich zu belasten. So wollen wir erreichen, dass durch bessere Rahmenbedingungen für alle Schülerinnen und Schü-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

ler auch alle von der schulischen Inklusion profitieren. Denn gut organisierter und ausgestatteter inklusiver Unterricht ermöglicht es, dass Schülerinnen und Schüler zu selben Zeit Unterschiedliches lernen. Zudem stärkt er das soziale Miteinander. Denn wer von vornherein mit Menschen aufwächst, die als behindert oder beeinträchtigt gelten, lernt von Anfang an, dass es normal ist, verschieden zu sein und Rücksicht auf andere zu nehmen.

Dafür werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrer-/innenbildung ausweiten. Damit sorgen wir dafür, dass Schulen ihre inklusive Weiterentwicklung organisieren können, ohne dass ein Qualitätsverlust entsteht. Jedes Kind hat das Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Das bedeutet, dass **jede Schule in die Lage versetzt wird, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten**. Den Einsatz der Förderpädagogen an den allgemeinen Schulen werden wir transparenter und vor allem verlässlicher gestalten. Sie werden mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest, an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule eingesetzt.

Mit einem Masterplan Inklusion werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren. Dabei werden alle Schulsituationen eines Kindes mit Unterstützungsbedarf ins Auge gefasst, insbesondere auch die Ganztagsangebote. Ein solcher Masterplan muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein. Er beinhaltet auch einen Handlungsleitfaden zur individuellen Unterstützung.

12. Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht: Medien- und Digitalisierungskompetenz als neuen Lerninhalt für alle Schulformen verankern

Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen insgesamt wurde von der Landesregierung noch nicht annähernd begriffen. Wir wollen, dass Schulen die Grundlagen für einen reflektierten Umgang von Jugendlichen mit der Digitalisierung schaffen.

In der Digitalisierung und Medienentwicklung ergeben sich vielfältige Chancen. Gleichzeitig hat dadurch jedes Kind heute ungehindert Zugang zu jugendgefährdenden Inhalten. Gruppen in sozialen Netzwerken definieren Mobbing völlig neu. Wir werden deshalb die **Vermittlung von Medienkompetenz zur Aufgabe für jede Schule** machen und ein Zertifikat dafür einführen.

Ein **Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht**, Unterrichtsdidaktik sowie ein Landesmedienkonzept sind längst überfällig. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler die Neuen Medien selbstbewusst und kreativ nutzen, aber auch mit Risiken, etwa in Bezug auf Suchtverhalten, Mobbing, sexistische und gewaltverherrlichende Inhalte, Datenschutz usw., verantwortlich umgehen lernen. Gleichzeitig sollen die Chancen der Neuen Medien zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse (u. a. bei individueller Förderung) herangezogen werden, wo sie sinnvoll und altersgerecht eingesetzt werden können. Klar ist: Digitale Medien können keine Lehrkraft ersetzen.

Dazu benötigen die Schulen Ausbau, Wartung und Administration der technischen Infrastruktur, entsprechend durch Fortbildung qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit schnellem Internet. Wir setzen uns für die Entwicklung einer gemeinsam von Bund und Ländern verantworteten bundesweiten, durch die Länder, Schulen und Lehrkräfte anpassbaren, kostenfrei nutzbaren, adaptiven multimedialen Lernplattform ein. Zur Förderung der digitalen Lernmittelfreiheit werden wir die Rahmenbedingungen zur Erstellung und Bereitstellung offen lizenzierter Lehr- und Lernunterlagen durch qualifizierte Lehrkräfte schaffen. Open Educational Resources (OER) sollen in Hessen fester Bestandteil des schulischen Lebens werden.

Digitale Bildung ist für uns mehr als der Einsatz Neuer Medien, technologiegestütztes Lehren und die Vermittlung von Anwendungskompetenzen. Wir wollen, dass junge Menschen nicht nur lernen, neue Technologien zu bedienen, sondern sie zu beherrschen, selbst Entwicklungen vorzunehmen und ihre Auswirkungen zu verstehen.

Entsprechende Kulturkompetenzen und Inhalte müssen in unseren Schulen vermittelt werden. In einer digitalen Welt gehört neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch das Coden zu den grundlegenden Fähigkeiten. Coden wird zur neuen Kulturkompetenz. Lehrpläne müssen entsprechend evaluiert und bedarfsgerecht angepasst werden.

13. Neue Lehrkräfte braucht das Land: Lehrermangel beenden, Lehrerausbildung reformieren, Lehrerfortbildung stärken

Wir wollen den Lehrer/innenmangel beenden, fachfremden Unterricht reduzieren, die Lehrerausbildung reformieren und die Lehrkräftefortbildung stärken. Durch **bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung** werden wir für Lehrkräfte, die bisher in Teilzeit arbeiten, Anreize schaffen, ihre Arbeitszeit wieder zu erhöhen. So kann dem Lehrkräftemangel mit qualifizierten Kräften zeitnah begegnet werden.

Die derzeitige Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern darf die geltenden Standards für die Qualifikation von Lehrkräften nicht aushebeln. Wir werden die jetzt noch unabdingbare Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern verbindlich mit Maßnahmen verknüpfen, die die Professionalität aller dauerhaft als Lehrkräfte tätigen Personen sicherstellt. Für Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer werden wir für eine **Weiterqualifizierung mit entsprechender Besoldung** sorgen.

Um die permanente Lehrkräftefortbildung vor Ort zu stärken, wird die Hessische Lehrkräfteakademie um drei regionale Kompetenzzentren und ein Fortbildungskolleg mit der Zuständigkeit für berufsbegleitende Weiterentwicklung und Schulentwicklung erweitert.

Wir werden **allen Lehrkräften, die als Quereinsteiger/-innen derzeit an unseren Schulen unterrichten, Angebote zur Weiterqualifizierung anbieten**. Falls die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, werden wir ihnen durch diese Weiterqualifizierungen den Erwerb einer Lehrbefähigung oder eines Lehramts ermöglichen.

Der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften wird auch künftig hoch sein. Eine **vorsorgende Personalbedarfsplanung** für Hessen ist längst überfällig. Auf dieser Basis werden wir eine mittelfristige Gesamtbedarfsplanung erstellen, die unter Berücksichtigung demografischer Faktoren, der von uns geplanten Reformen in Unterricht und Schulorganisation sowie unter Einbezug einer seriösen Finanzkalkulation Mangelfächer, Personal-, Ausbildungs- und Qualifikationsbedarf definiert und die erforderlichen Maßnahmen plant. Wir werden deshalb die Zahl der Lehramtsstudienplätze und der Studienplätze für Sozialpädagogik in Absprache mit den Universitäten so erhöhen, dass wir den **künftigen Einstellungsbedarf decken** können. Um mehr Studierende für Mangelfächer zu gewinnen, werden wir die Einführung eines eigenen Hessenstipendiums für Mangelfächer initiieren.

Die zweite Phase der Lehrer/innenausbildung an den Studienseminaren und deren Verankerung in der Fläche ist für uns unerlässlich. Angehende Lehrkräfte, die ihr Erstes Staatsexamen erfolgreich in Hessen abgelegt haben, erhalten von uns eine Ausbildungsgarantie zur zeitnahen Absolvierung des Vorbereitungsdienstes.

Die Anforderungen an das hessische Lehramtsstudium sind gestiegen. Zum einen sind in der Unterrichtspraxis solide Fachkenntnisse in den unterrichteten Fächern sowie erziehungswissenschaftlicher Kenntnisse zentral. Gleichzeitig müssen **Lehramtsstudierende auf veränderte Praxisanforderungen angemessen vorbereitet** werden, etwa auf Inklusion, Gruppen mit unterschiedlicher Lerngeschwindigkeit, Berufsorientierung, den Umgang mit Kindern, bei denen zu Hause wenig deutsch gesprochen wird, den praxisnahen und anwendungsbezogenen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht sowie den Jugendmedienschutz. Diese Defizite werden wir unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus der vom Bund mit 500 Mio. Euro geförderten Qualitätsoffensive Lehrerbildung angehen und dazu die Fortbildung der im Schuldienst arbeitenden Lehrkräfte systematisch ausbauen. Um zukünftige Lehrkräfte auf die gestiegenen Anforderungen ihres Berufs besser vorzubereiten, wollen wir die universitäre Phase aller Lehrämter auf zehn Semester anheben. Um berufsbiografische Brüche möglichst zu vermeiden, werden wir **mit Beginn des Lehramtsstudiums eine Reflexion persönlicher Kompetenzen** und der Eignung verbindlich gestalten.

Die **Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte werden wir vor allem in den Bereichen Fachkompetenz, Fachdidaktik und Erziehungskompetenz auf- und ausbauen.** Für die Kooperationskompetenz in Schulen mit hohem Migrantenanteil und Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf entwickeln wir neue Formen der Beratung und Weiterbildung. In den Fächern, die in der Schulpraxis zu einem sehr hohen Anteil fachfremd unterrichtet werden, werden wir besondere Weiterbildungsangebote für langfristig Unterrichtende entwickeln. Gleichzeitig werden wir den fachfremden Unterricht durch die Einstellung von Fachkräften reduzieren.

14. Die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer verbessern

Die Attraktivität des Lehrerinnen- und Lehrerberufs in Hessen hat in den vergangenen Jahren stark nachgelassen, was sich im aktuell auftretenden Lehrermangel niederschlägt. Fast 10 % aller Lehrkräfte sind mit befristeten Verträgen beschäftigt und werden spätestens nach fünf Jahren entlassen, um einem Anrecht auf eine Entfristung zu entgehen. Bei der Anzahl der Lehrkräfte, welche für die Dauer der Sommerferien entlassen werden, um Geld einzusparen, ist Hessen Spitzenreiter.

Wir werden diese unsägliche Praxis beenden.

Überlastungsanzeigen von Lehrkräften aufgrund unbesetzter Stellen sind an der Tagesordnung. Wir werden deshalb prüfen, wie wir **Lehrkräfte entlasten** können. Zusätzliche Unterstützung werden wir durch den Ausbau multiprofessioneller Teams sowie durch Assistenzkräfte (Erasmusprogramm sowie Freiwilliges Soziales Jahr) an allen Schulformen schaffen. Wir werden den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften ausbauen.

Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige **Ombudsstelle** schaffen.

Wir werden dafür sorgen, dass der Berufseinstieg künftig professionell begleitet wird und dass **für alle Lehrämter Beförderungsmöglichkeiten** mit schulspezifischen Aufgaben an den einzelnen Schulen geschaffen werden.

Die Grundschullehrkräfte haben eine große Verantwortung für den zukünftigen Bildungsweg eines jeden Kindes. Durch die Ausweitung auf zehn Semester werden die Grundschulstudiengänge inhaltlich aufgewertet. Um dies zu würdigen und die Ungleichbehandlung von Lehrämtern zu beenden, soll die Einstiegsvergütung künftig für **alle Lehrämter gleich bei A13/E13** liegen. Die Angleichung der Besoldung soll auch bereits im Schuldienst befindlichen Lehrkräften zugutekommen können. Deshalb werden wir durch entsprechende Qualifizierungsangebote die Voraussetzungen dafür schaffen.

Die Arbeitszeit von Lehrkräften ist nicht begrenzt auf Unterrichtsstunden, sondern neu realistisch zu definieren im Hinblick auf erheblich veränderte Anforderungen des Berufs, z. B. Beratung, Förderpläne, Inklusion, Ganztagschule usw. Für schulinterne Absprachen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akteuren müssen feste Kooperationszeiten angerechnet werden. **Fristgerechte Stellenbesetzungen** müssen wieder selbstverständlich werden. Die mobile Vertretungsreserve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen.

15. Leitungsverantwortung wieder attraktiv machen

Auch Schulleitungsstellen bleiben zunehmend vakant. Unter anderem der zunehmende Verwaltungsaufwand schreckt viele Lehrkräfte von der Übernahme von Verantwortung als Schulleiterin oder Schulleiter ab. Um die Übernahme von Leitungsfunktionen in der Schule wieder attraktiv und effektiv zu gestalten, muss das **Leitungsdeputat von Schulleitungen** ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden. Wir wollen für eine bessere Vorbereitung und Begleitung für diese Positionen sorgen. Den Einsatz von zusätzlichen Verwaltungsfachkräften werden wir erleichtern.

16. Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen und der Schülerschaft stärken

Die Weiterentwicklung von Schulen zu selbstständigen Schulen ist in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten. Die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Gestaltungsspielräume ermöglicht es, neue pädagogische Wege auszuprobieren. Um dies zu erreichen, bedarf es einer **Entlastung von verwaltungstechnischen Zwängen**. Für ihre Schulentwicklung und Evaluation wollen wir den Schulen ein eigenes Budget bereitstellen. Dieses Budget wird keine Verlagerung finanzieller Verantwortlichkeiten des Landes oder der Schulträger auf die Schulen bedeuten. Wir wollen dabei die demokratische Selbstverwaltung von Schulen stärken. Insbesondere Schülerinnen und Schüler sollen ihr eigenes Schulumfeld stärker als bisher altersgerecht mitgestalten können. In der Schulkonferenz der Sekundarstufe, dem zentralen Entscheidungsgremium einer Schule, sollen künftig Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu jeweils einem Drittel vertreten sein.

Im Rahmen dieser zunehmenden Selbstständigkeit ist das Aufgaben- und Rollenverständnis von Schulleitung, Schulgemeinde und Schulaufsicht demokratisch verfasst weiterzuentwickeln. Zur Unterstützung und Begleitung der Schulen ist für uns eine in der Fläche verankerte, fachlich kompetente und angemessen ausgestattete Schulaufsicht auch in Zukunft unerlässlich.

17. Mehr Lehrerstellen an Schulen mit besonderen Herausforderungen bringen

Die derzeitige **Zuweisung von Lehrerstellen nach dem Sozialindex**, der die soziale Lage ihres Einzugsgebiets widerspiegelt, wollen wir im Sinne individueller Förderung ergänzen und stärker an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern der einzelnen Schule ausrichten. Darüber hinausgehende Lehrerstellenzuweisungen werden wir an das Schulprofil und die individuellen Bedingungen vor Ort koppeln.

Schulen, die besonders viel leisten, müssen zur Bewältigung von unterschiedlichen Lern- und Erziehungsvoraussetzungen auch besonders unterstützt werden.

Wir werden Schluss damit machen, dass verschiedene pädagogische Profile und Konzepte gegeneinander ausgespielt werden. Die unter Schwarz-Grün erfolgten **Stellenkürzungen bei den Grundschulen** und Stundenkürzungen im Bereich der Intensivbeschulung werden wir rückgängig machen.

18. Berufs- und Lebensweltorientierung der Schülerinnen und Schüler verbessern

Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Berufswahlentscheidung gut überlegt zu treffen. Schon eine entwicklungsgerechte Beschäftigung der Jugendlichen mit den verschiedenen Wegen, die sich ihnen bieten, ist hilfreich, um den späteren **Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf** zu erleichtern und um Abbrüche zu vermeiden.

Dazu gehören handwerkliches Arbeiten in der Grundschule und die frühzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen-technischen (MINT-)Fächern genauso wie Informationen über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orientierung und Kompetenzfeststellungen sowie individuelle Beratungen als Grundlage für die Berufswahlprozesse flächendeckend an allen weiterführenden Schulen. Hierfür werden wir die **Berufsorientierung**, wie sie im Fach Arbeitslehre vermittelt wird, auch an Gymnasien mit Pflichtstunden unterlegen und genügend Zeit und Raum in allen Schulformen gewähren. Praktika sollten in der Schule gut vor- und nachbereitet werden, damit sie einen Gewinn für Schülerinnen und Schüler sowie Betriebe darstellen.

Wir unterstützen die Lehrerschaft dabei, sich für die Möglichkeiten der Berufswahl ihrer Schülerschaft auf dem aktuellen Stand zu halten und sich mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen auszutauschen. Die Berufsorientierung an den Schulen darf allerdings nicht die Pflicht der Hochschulen und Ausbildungsbetriebe ersetzen, über ihre Angebote außerschulisch zu informieren. Wir werden deshalb ein Konzept für regelmäßige Praxistage, die Lehrkräften einen kurzen und intensiven Einblick in die Arbeitswelt und Ausbildungsberufe ermöglichen, entwickeln.

Wir wollen Jugendliche auf die Bewältigung von Fragen des Rechts und des Verbraucherschutzes vorbereiten und diese Themen dazu in den Fächern Arbeitslehre sowie Politik und Wirtschaft angemessen verankern.

19. Berufliche Schulen fit für neue Aufgaben machen

Als Träger der dualen Ausbildung stehen die beruflichen Schulen gleichwertig neben der gymnasialen Oberstufe. In dieser Stellung sind sie auf den nichtakademischen und praxisorientierten Teil der Bildung von Schülerinnen und Schülern fokussiert. Wir wollen die beruflichen Schulen in die Lage versetzen, auch in der neuen Arbeitswelt ihre zentrale Funktion als wichtiger Lernort neben dem Betrieb zu erfüllen, an dem theoretisches Wissen für eine moderne und entwicklungsfähige Berufstätigkeit vermittelt wird. Dafür müssen berufliche Schulen mit deutlich mehr Ressourcen ausgestattet werden, auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung. Wir begrüßen daher den auf Bundesebene vorgeschlagenen Pakt für berufliche Schulen und werden uns aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung beteiligen.

Wir wollen die beruflichen Schulen stärker darauf ausrichten, die Potenziale der Schülerinnen und Schüler auszuschöpfen und **junge Menschen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss flexibler zu qualifizierten Abschlüssen** zu führen.

Den Ausbau von Produktionsschulen werden wir möglichst in Kooperation mit beruflichen Schulen unterstützen.

Wir wollen auch die Akzeptanz von kleineren Lerngruppen und die Kooperation zwischen verschiedenen Berufsfeldern erwirken, um gerade auch im ländlichen Raum Standorte beruflicher Schulen zu erhalten. So können junge Menschen wohnortnah ihre Ausbildung wahrnehmen.

Wir wollen die Ausbildung von Berufsschullehrkräften an den Hochschulen durch zusätzliche Lehrstühle und innovative Lehrkonzepte stärken.

20. Demokratiebewusstsein und politische Bildung stärken

Demokratische Bildung ist für uns Aufgabe aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen. Dies setzt eine pädagogische Begleitung voraus. Wir wollen die politisch-demokratische Bildung an allen Schulen stärken und Schülerinnen und Schülern insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Partizipation sowie die Chancen und Risiken ökonomischen Handelns aufzeigen. Wir wollen bereits in der Grundschule damit beginnen und partizipative Ansätze, wie den Klassenrat, stärken.

Wir wollen durch Bildung **gegen die Ausbreitung extremistischer Haltungen** jedweder Art vorgehen und Schulen dazu ermuntern, sich europaweit auszutauschen und Programme zur Erinnerungskultur zu entwickeln. Wir werden sicherstellen, dass der Buch- und Medieneinsatz im Unterricht die Darstellung verschiedener Lebensweisen und Persönlichkeitsmerkmale berücksichtigt.

„Politik und Wirtschaft“ als Leitfach der politischen Bildung werden wir stärken, indem es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt wird. Eine Aufwertung dieses Fachs in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule ist ebenso notwendig wie die Neukonzeption eines entsprechenden Lehrplans in der Berufsschule. Die Möglichkeit fächerübergreifenden gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts werden wir erweitern. Für den Bereich „Gesellschaftslehre“ wird ein aktualisiertes Kerncurriculum entwickelt.

Demokratielernen muss ein verbindlicher Bestandteil der Lehrkräfteaus- und -fortbildung werden. Zudem werden wir die demokratische Schulentwicklung systematisch unterstützen.

21. Wertevermittlung durch Religion und Ethik gewährleisten

Wir wollen, dass Religionsunterricht für alle Glaubensrichtungen, die an einer Schule gehäuft vertreten sind, unter staatlicher Aufsicht angeboten wird, so wie dies bereits beim katholischen und evangelischen Religionsunterricht der Fall ist. Dazu gehört vielerorts der **islamische Religionsunterricht**, den wir evaluieren und weiter

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

ausbauen werden. Dabei werden wir sicherstellen, dass Religion nur von Lehrkräften mit abgeschlossenem Studium mit Lehramt unterrichtet wird und die Lehrkräfte ausschließlich der staatlichen Aufsicht verpflichtet sind.

Wir wollen das verbindende Potenzial gemeinsamer Werte stärken und werben für den gegenseitigen Austausch und das gleichberechtigte Miteinander von religiösen und nicht religiösen Weltanschauungen. Ethikunterricht werden wir mit qualifizierten Lehrkräften ausbauen und aufwerten.

22. Den Investitionsstau beenden und zeitgemäße Schulen ermöglichen

Ein leistungsfähiges Bildungssystem erfordert eine **zeitgemäße Schulausstattung** und moderne, barrierefreie Schulgebäude. Um für Schülerinnen und Schüler individuelle Förderung in Gruppen mit angepassten Lerngeschwindigkeiten zu ermöglichen, bedarf es einer dafür geeigneten Raumgestaltung und -unterteilung an Schulen („Differenzierungsräume“). Anträge auf Ganztagschulentwicklung dürfen nicht an fehlenden Sozialräumen und Mensen scheitern.

Unsere Schulpolitik wird für die Schulträger verlässlicher sein als die derzeitige. Wir wollen durch eine Verstetigung der Mittel die Schulträger unterstützen, den Investitionsstau an unseren Schulen beenden, die Schulausstattung modernisieren und die Rahmenbedingungen für digitales Lernen schaffen. Wir wollen künftig die verlässliche und planbare Finanzierung des Aus-, Um- und Neubaus von Schulen gewährleisten.

23. Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit umsetzen und Fremdwerbung an der Schule unter Kontrolle bringen

Die Erhebung versteckter Lehr- und Lernmittelkosten, wie z. B. die Anschaffung von Arbeitsheften und Lektüren, Kopierpauschalen, „Bring your own device“ usw., stellt eine zusätzliche Belastung von Schülerinnen und Schülern aus Elternhäusern mit geringem Einkommen dar und muss beseitigt werden.

Wir wollen die **Unabhängigkeit von Schule** sichern und Beeinflussung verhindern. Lehrkräfte sind zunehmend dem Einfluss einer speziell auf Schule ausgerichteten Werbebranche ausgesetzt. Ob durch Wettbewerbe oder Unterrichtsmaterial – zahlreiche Firmen versuchen, ihren Markennamen in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern und ihrer Eltern zu platzieren. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle und klare Regelungen für ein Verbot von Fremdwerbung an Schulen. Wir werden weiterhin die Einflussnahme von Dritten auf Schule und Unterricht durch Schul sponsoring regeln, um eine Spaltung der öffentlichen Bildungseinrichtungen zu verhindern und Chancengleichheit zu garantieren. Diese kann als Anlaufstelle für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler fungieren, aber auch selbstständig Recherchen vornehmen und sowohl Unterrichtsmaterialien als auch weitere Angebote sichten und bewerten. Anhand transparenter Kriterien wird das Ergebnis öffentlich zugänglich gemacht.

24. Recht auf Bildung auch nach dem Schulabschluss

Allen Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe möglich sein. Der Erwerb versäumter Schulabschlüsse muss an den Schulen für Erwachsene gewährleistet sein. Wir wollen **lebensbegleitende Weiterbildung** durch die Volkshochschulen und öffentlich geförderte Träger der Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichwertigen Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen und gemäß diesen Erfordernissen finanzieren sowie durch eine flächendeckende Bildungsinfrastruktur absichern. Den Weiterbildungspakt werden wir mit aktualisierten Handlungsschwerpunkten fortführen. Dabei sind für uns die öffentlichen und freien Träger der Erwachsenenbildung mit ihren Bildungsangeboten bei der Gestaltung von Lernprozessen, die fundamentale gesellschaftliche Veränderungen begleiten, unverzichtbar. Unser Ziel ist ein über alle Lebensabschnitte hinweg bildungsfreundliches gesellschaftliches Klima mit einer anwachsenden Weiterbildungsbeteiligung. Wir wollen ein wohnortnahes, koordiniertes und flächendeckendes Angebot von biografieorientierter Bildungsberatung schaffen. Programmbereiche, die wir besonders unterstützen und langfristig absichern werden, liegen in der politischen und kulturellen Bildung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung.

... mit gutem Start für junge Menschen

Junge Menschen wollen die Freiheit, sich zu entfalten und verschiedene Wege im Leben für sich auszuprobieren. Dazu benötigen sie verlässliche Angebote und Perspektiven für Ausbildung oder Studium, für den Beruf und die spätere Familiengründung.

Wir wollen allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft ermöglichen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, sozialer und kultureller Herkunft.

Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Bedeutung erhält. Deswegen werden wir die Funktionen des Landesjugendamtes stärken und aufwerten. Es soll wieder die örtlichen Jugendämter und die freien Träger unterstützen und überregionale Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und deren Weiterentwicklung wahrnehmen. Wir reduzieren Jugendpolitik nicht auf die Frage, welche Probleme Jugendliche machen, sondern welche sie haben, und stellen auch ihre Zukunftswünsche in den Mittelpunkt unseres Handelns. Deshalb wollen wir Jugendliche bei Mobilität, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Ausbildung und Arbeit, Demokratie und Integration mitreden lassen.

Wir streben an, einen Jugend-Check einzuführen, mit dem alle Gesetze auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Dabei wollen wir die auf Bundesebene bereits gemachten Erfahrungen berücksichtigen.

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche ausreichend Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote haben. Es geht auch darum, Ausgrenzung und Benachteiligung, die junge Menschen auf vielfache Weise erleben, entgegenzuwirken. Dabei ist insbesondere die Stärkung derjenigen notwendig, die selbst Benachteiligung, Diskriminierung oder Ausgrenzung im Alltag erleben. Eine Stärkung der breit gefächerten Angebote der Jugendsozialarbeit, der aufsuchenden Jugendarbeit sowie insbesondere präventiver Angebote ist dafür unabdingbar.

1. Die Ausbildungsgarantie: allen jungen Menschen eine berufliche Qualifikation garantieren

Wir wollen eine **Garantie für eine berufliche Qualifikation** für jeden jungen Menschen in Hessen bis 35 Jahren verankern. Denn trotz Fachkräftemangels haben viele junge Hessen am unteren Rand des Schulabgängerspektrums keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Rechnerisch kommen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber in Hessen nur 89 Ausbildungsplätze (bundesweit: 94). Zudem haben in keinem anderen Bundesland Jugendliche mit Migrationshintergrund so große Übergangsschwierigkeiten von der Schule in den Beruf wie in Hessen.

Wir wollen die **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung** erreichen, indem wir die Akzeptanz aller Berufswege stärken und die Durchlässigkeit gewährleisten. Niemand soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Dazu soll die duale Ausbildung bei Bedarf ergänzt werden, z. B. durch Produktionsschulen.

Statt einer unübersichtlichen Förderlandschaft wollen wir Schulabbrecher/innen und anderen jungen Menschen ohne Ausbildungsperspektive deshalb Hilfen aus einer Hand anbieten. Wir werden an allen hessischen Schulen die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung ausbauen und verbessern. Wir wollen die duale Ausbildung in Hessen stärken.

Wir werden die bestehenden Angebote des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung besser koordinieren und regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen.

2. Kostenübernahme für die Schülerbeförderung auch für Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler der Oberstufen und beruflichen Schulen

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für die Schülerbeförderung nicht nur in der Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I durch die Träger der Schülerbeförderung übernommen werden, sondern **auch für den Besuch der Sekundarstufe II sowie der gesamten dualen Berufsausbildung**. Das Land beteiligt sich analog zu den bisherigen Regelungen für die Sekundarstufe I an den Kosten.

3. Außerschulische Jugendbildung, politische Bildung, kritische Medienkompetenz stärken

Um Teilhabe an demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Solidarität erfahren zu können, brauchen Jugendliche selbst gestaltbare Freiräume, Orte ebenso wie freie Zeit. **Außerschulische Jugendbildung** bietet das und ist deshalb für uns eine eigenständige Bildungssäule neben Kita, Schule und Hochschule.

Wir brauchen mehr denn je politische Bildung als **Demokratiebildung**, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Hessen hat traditionell eine Vielfalt an Trägern der politischen Bildung: die Landeszentrale für politische Bildung, Volkshochschulen, Jugendverbände, Jugendbildungswerke und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln.

Darüber hinaus müssen Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Jugendliche stärker als Zielgruppe ernst nehmen. Ein vielfältiges regionales Angebot für Kinder und Jugendliche in allen Medienformaten der hessischen Sendeanstalten ist nötig, um Vielfalt und Medienkompetenz zu fördern.

Die Fähigkeit zum verantwortlichen und kritischen Umgang mit Informationsangeboten von Rundfunk, Print- und Onlinemedien und sozialen Netzwerken ist essenziell für den Fortbestand unserer Demokratie.

Wir wollen die Vermittlung eines verantwortlichen Umgangs mit den Chancen und Gefahren digitaler Medien und die Förderung der Auseinandersetzung mit diesen Medien bereits in der Schule und außerschulisch.

4. Kinder und Jugendliche entscheiden mit über ihre Zukunft

Wir wollen Kinder und Jugendliche stärken und mitbestimmen lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendpolitik auf Landesebene wieder eine größere Bedeutung erhält. Wir werden nicht über Kinder und Jugendliche sprechen, sondern mit ihnen gemeinsam unsere Gesellschaft gestalten. Dazu wollen wir

- die Einführung des aktiven Wahlalters von **16 Jahren** für Kommunalwahlen, um Jugendliche frühzeitig aktiv zu beteiligen und ihr politisches Interesse zu fördern,
- die Verankerung klarer, an den Kinderrechten orientierter Leitlinien zur Sicherstellung der **Beteiligung junger Menschen**,
- eine Ausgestaltung aller **Beteiligungsformen**, die auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Elternhäusern zur Mitwirkung anregt, sowie
- die dauerhafte Förderung der **Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte** in Hessen durch das Land, damit Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen Beratung und Unterstützung erhalten.

5. Freiräume für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen verteidigen

Ehrenamt entsteht in der Jugendphase. Wer als Kind oder als Jugendlicher ehrenamtlich aktiv ist, engagiert sich meist auch im späteren Leben für die Gemeinschaft. Die Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit bieten gute Bedingungen für den Einstieg in **ehrenamtliches Engagement**; wir wollen sie erhalten und zeitgemäß weiterentwickeln.

Jugendliche können sich aber nur im Ehrenamt engagieren, wenn sie dafür genügend Freiräume haben. Dafür unterstützen wir den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen, auch im Bereich der Ganztagsschulangebote.

Ebenso muss es für Studierende geschützte Zeiten in der vorlesungsfreien Zeit geben, damit sie neben Veranstaltungen und Prüfungen noch ehrenamtlich in Freizeiten, Ferienspielen und Zeltlagern tätig sein können. Die Jugendleiter-Card (Juleica) wollen wir aufwerten, die Jugendleiter/-innen sollen die gleichen Vergünstigungen bekommen wie bei der Ehrenamts-Card.

Die Jugendfreiwilligendienste, insbesondere im Freiwilligen Sozialen Jahr, sind ein wichtiger Bestandteil des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen. Für über 6.000 junge Menschen in Hessen ist dieses Freiwillige Soziale Jahr eine Zeit, um sich persönlich und beruflich zu orientieren. Die bestehende Förderung der Jugendfreiwilligendienste durch das Land muss daher weiter fortgeführt und erweitert werden.

6. Die Freiheit, zu studieren und sich beruflich weiterzuqualifizieren

Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er die Freiheit, zu studieren, in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen eine öffentliche Aufgabe. Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: Das Studium an hessischen Hochschulen **ist wie an allen anderen Bildungseinrichtungen gebührenfrei**. Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle offengehalten und eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungschancen erfüllt werden. Auch die Gebühren für den Erwerb des Meistertitels wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kammern abschaffen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das **BAföG** kontinuierlich angehoben und das Schüler-BAföG ausgeweitet wird. Beides sind wichtige Instrumente zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

Wir wollen die Zahl der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell schwächer gestellten Elternhäusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins BAföG zurückgeführt werden.

Wir werden den Bau von **Wohnungen für Studierende und für Auszubildende** mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

Die SPD Hessen setzt sich für eine **Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende** ein und für eine entsprechende Reform des hessischen Studentenwerkesgesetzes. Sie sollen **zu Bildungsförderungswerken ausgebaut** werden, die Beratungsangebote, Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur vorhalten. Sie sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell auskömmlich auszustatten. Ihre Verwaltungsräte sollen um Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften und der Auszubildenden erweitert werden.

7. Mehr Zugänge und Möglichkeiten für Ausbildung, Studium und Teilzeitstudium schaffen

Zu einem modernen Bildungssystem, das alle Fähigkeiten ausschöpft und immer wieder neue Chancen bietet, gehört eine große Durchlässigkeit.

Wir wollen erstens, dass Studierende, die entscheiden, ihr Studium abzubrechen, einen besseren Zugang zur dualen Ausbildung erhalten. Wir wollen die **Anrechnung von Studienleistungen in der Berufsausbildung** erreichen. Zweitens soll es umgekehrt aber genauso möglich sein, **von einem Ausbildungsberuf in ein Studium** zu wechseln. Dazu wollen wir eine bessere Anerkennung und Anrechnung von Vorleistungen und beruflich erworbenen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge. Drittens wollen wir den Übergang zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten weiter erleichtern.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein **Teilzeitstudium** mit dem Ziel Bachelor oder Master in allen Fächern möglich ist. Dies soll auch berufsbegleitende Studienmöglichkeiten eröffnen. Insgesamt wollen wir so viel Flexibilität im Studium ermöglichen, dass es mit den unterschiedlichsten Lebenssituationen vereinbar wird.

Ferner sollen **Studienmöglichkeiten am Abend** für Berufstätige und Studierende mit Kind geschaffen werden. Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Promotion ermöglichen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit bezahlbaren Mieten und einem guten Leben im Ballungsraum

Die Lebensbedingungen unterscheiden sich nicht nur zwischen Stadt und Land immer mehr, sondern auch stärker innerhalb der Städte. Eine zentrale Aufgabe wird es sein, bezahlbaren Wohnraum auch für normale Einkommen zu schaffen und damit die neue soziale Frage im gesamten Ballungsraum zu lösen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir mehr investieren, Kommunen und Wohnbaugesellschaften stärken und die kommunale Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften verbessern. Denn regionale Herausforderungen werden nur regional gelöst. Wir haben Mut zur Stadt.

1. Herausforderungen in der Region meistern

Der Ballungsraum Rhein-Main ist sehr attraktiv für viele Menschen. Seit 2001 sind 100.000 Menschen in die Stadt Frankfurt gezogen. Der Zuzug ins engere Rhein-Main-Gebiet ist ungebremst. Dies schafft neue Herausforderungen: Bereits heute gehören Frankfurt und Darmstadt hinsichtlich der Mieten zu den acht teuersten Orten Deutschlands. Allein in der Stadt Frankfurt fehlen bereits heute 30.000 Wohnungen. Die Pendlerströme bringen den Verkehr werktags zum Erliegen. Die großen Herausforderungen in der südhessischen Metropolregion können nicht mehr von einzelnen Kommunen allein bewältigt werden.

Die SPD steht zu einer **Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main**, die exemplarisch und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Pilotprojekte für Leben, Wohnen, Arbeiten und Mobilität heute entwickelt – in wachsenden wie auch in schrumpfenden Städten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine städtische Politik der kurzen Wege starkmachen – wir wollen Wohnen, Leben und Arbeiten in den Städten besser ermöglichen. Für jede neue Siedlung sollen günstige und vernetzte Verkehrsanbindungen mitgeplant werden.

Trotz der wachsenden Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet wurden von den rund 2.300 Hektar, die seit 2010 im Regionalplan zur Bebauung vorgesehen sind, von den Kommunen dafür nur 27 % verbindlich ausgewiesen. Lediglich weitere 14 % sind tatsächlich bebaut worden. Wir wollen den Wohnungsneubau deshalb vereinfachen. Wir werden uns mit den Beteiligten an einen Tisch setzen, um **Planungsverfahren handlicher zu gestalten** in Bezug auf Beteiligungsrechte, Vorschriften und juristische Auseinandersetzungen. Denn häufig liegt es nicht am fehlenden Geld, sondern an den Anforderungen an die Schaffung von Bauland, die bezahlbaren Wohnraum verhindern.

Wir wollen Kommunen und Regionalplanung mit Blick auf die Entwicklungen im Metropolraum im Bereich der Flächenplanung **handlungsfähiger machen**. Eine Struktur, die bei der Wachstumsdynamik des Ballungsraums acht bis zehn Jahre für die Flächennutzungsplanung benötigt, versündigt sich an den Entwicklungschancen der Region. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bestehenden Regelungen zur Flächennutzungsplanung so ändern, dass bei Bedarf schneller gehandelt werden kann und einzelne Kommunen bei akuten Problemen wie dem aktuellen Wohnungsmangel schneller aktiv werden können.

Auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist mehr Kooperation geboten. Denn Unternehmen fühlen sich weniger den Kommunen verpflichtet, sondern suchen für sich häufig den besten Standort mit Blick auf Flächenplanung, Kosten und Infrastruktur. Gemeinsame Strategien zur Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaftskraft bieten die Chance, als Region wirtschaftlich erfolgreich zu sein und unzumutbare Lärm- und Umweltbelastungen zu reduzieren.

2. Wohnen wieder bezahlbar machen – für alle

Für Schwarz-Grün hat der Bau von günstigen Mietwohnungen keine Priorität. Derzeit sind die Zuständigkeiten für bezahlbares Wohnen und Stadtentwicklung nur Anhängsel im Umweltministerium. Es gibt derzeit nicht einmal eine eigenständige Abteilung für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Landesregierung. Das werden wir ändern.

Wir werden uns mit höchster Priorität der Aufgabe annehmen, **möglichst zügig für mehr bezahlbaren Wohnraum** zu sorgen. Wir benötigen dafür Planung aus einer Hand und werden deshalb die Bereiche Wohnungsbau und Landesentwicklung wieder in einem Ministerium bündeln. Wir werden den Wohnungsbau zusätzlich zu den Mitteln des Bundes mit originären Landesmitteln ergänzen. Unser Ziel ist es, dass jährlich der Neubau von mindestens 6.000 Wohnungen mittels erstem und zweitem Förderweg finanziell unterstützt wird. Wohnen muss überall bezahlbar bleiben oder es wieder werden. In den Ballungszentren sorgen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum, der auf die unterschiedlichen Bedarfe Rücksicht nimmt: kleinere Wohnungen für die vielen Ein-Personen-Haushalte, aber auch große Wohnungen für Familien und Wohnheime für Studierende und Auszubildende. Unser Ziel ist dabei immer eine gute Mischung der Wohnungen – frei finanziert und öffentlich gefördert.

Die Hessische SPD setzt sich für die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in allen Landesteilen ein. Dazu bedarf es einer Wohnungsförderung, die darauf zielt, die auslaufenden **Sozialbindungen** zu erneuern oder durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindestens zu kompensieren. In der derzeitigen Niedrigzinsphase muss die öffentliche Förderung mit einer Tilgungs- und/oder Zuschussförderung flankiert werden. Alleinige Zinszuschüsse sind zurzeit nicht attraktiv.

Zur Sicherstellung der zielgenauen und nachhaltigen Förderung werden wir bei der Vergabe von Fördermitteln des Landes kommunale Wohnraumversorgungskonzepte zugrunde legen. Dadurch wird sich die Förderung des Landes noch stärker als bisher am regionalen Bedarf orientieren. Die Wohnraumförderung soll dabei auch die Entwicklung in den Städten unterstützen. Wir wollen außerdem den privaten

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Wohnungsbau fördern. Insbesondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen wir in Hessen die **Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen senken**, um damit einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen.

Wir setzen uns nachhaltig für den Erhalt der Nassauischen Heimstätte und der Projektstadt als Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Wohnen ist Daseinsvorsorge. Es geht um 62.500 Wohnungen und um 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragende Arbeit leisten.

Wir wollen, dass das Land mit seinen Beteiligungen an Wohnbaugesellschaften Verantwortung für die Dämpfung der Mieten übernimmt. Landeseigene Wohnbaugesellschaften sollen daher ihre Mietsteigerungen auf maximal 1 % pro Jahr begrenzen (Mietpreisstopp). Wir wollen, dass sie darüber hinaus mehr bauen, davon mindestens 50 % geförderten Wohnraum.

Wohnen in **genossenschaftlich organisierten Formen** wird in Zukunft immer bedeutsamer und erstrebenswerter sein. Bei einer Genossenschaft handelt es sich insofern um eine besondere Art von Vermieter, als dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile am Eigenkapital beteiligt sind, also quasi Eigentümer/-innen der Genossenschaft sind. Sie genießen dadurch mehr Mitbestimmungsrechte. In Zeiten, in denen der Bau eines Eigenheims aufgrund der hohen Kosten vielerorts auch für mittlere Einkommen finanziell schwierig umzusetzen ist, bietet genossenschaftlicher Wohnungsbau eine attraktive Alternative. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht auch fast automatisch ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

Wir werden den Wiedereinstieg von Unternehmen in den Bau von **Werkwohnungen** anregen. Damit sollen auch die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden, für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wohnungen zu schaffen, die Durchschnittsverdiener/-innen bezahlen können. Die Förderung soll durch Abschreibungsmöglichkeiten oder Wohnungsbauzuschüsse auch in Kooperation mit den Kommunen erwirkt werden. In zahlreichen Regionen hat das Land die Sperrfristen für Vermieterkündigungen verkürzt oder gänzlich aufgehoben und

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

damit die Lage der Mieterinnen und Mieter verschärft. Wir werden die Sperrfristen in besonders angespannten Wohnungsmärkten prüfen. Wo nötig, werden wir sie wieder ausweiten und die Lage der Mieterinnen und Mieter über den gesetzlichen Kündigungsschutz hinaus verbessern.

Nach wie vor haben wir einen hohen Bedarf an Wohnungen für Studierende an den Hochschulstandorten. Wir werden deshalb den Bau von Wohnungen für Studierende und für Auszubildende mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

Wir werden das hessische **Wohnungsbaufördergesetz** novellieren. Unsere Kernpunkte für ein solches Gesetz sind: intelligente energetische Sanierung als Verpflichtung bei Neu- und Umbauten, Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau, Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern, Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung, Verlängerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen, Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen, staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser und verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten.

Beim Ausbau der Solarenergie legen wir besonderen Wert auf die Ermöglichung von **Mieterstrom-Modellen**, die es Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für Solarstrom teilzuhaben. Um den Wohnungsmarkt in den Innenstädten zu entlasten, unterstützen wir die Nachverdichtung der Bebauung bei verbindlicher Wahrung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner. Gegen Luxussanierungen und überteuerte Modernisierungen zulasten der bisherigen Mieterschaft wollen wir dagegen mit allen landesrechtlichen Möglichkeiten und mit Initiativen auf Bundesebene vorgehen.

Eigentum verpflichtet – das gilt ganz besonders, wenn es um bezahlbares Wohnen geht. Alle Menschen haben ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Der Umgang mit dem endlichen Gut Boden darf daher nicht nur den Kräften und Gewinninteressen des Marktes überlassen werden, sondern bedarf einer stärkeren gemeinwohlorientierten Steuerung. Deswegen wollen wir Gemeinden in die Lage versetzen, ihren Grundbesitz zu halten, sich für die Schaffung von geförderten Wohnungen und In-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Infrastruktur einzusetzen und im Rahmen **kommunaler Bodenfonds** zu vermehren. Hierzu muss auch der Trend zum Verkauf öffentlicher Grundstücke grundsätzlich gestoppt und in die befristete Überlassung zur Nutzung mit Erbbaurechten umgekehrt werden.

Viele Kommunen kämpfen tapfer gegen die Spekulation, indem sie Bauland ausweisen und das Baurecht nutzen, wo es nur geht. Eine SPD-geführte Landesregierung muss beim Kampf gegen Spekulation helfen, statt diese – wie unter der derzeitigen Landesregierung der Fall – noch zu belohnen. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für eine neue **Grundsteuer C auf Flächen einsetzen, die trotz vorhandener Baugenehmigung für Wohnraum ungenutzt brachliegen**. Kommunen müssen mit dieser Grundsteuer C die Möglichkeit erhalten, baureife, aber unbebaute Baugrundstücke mit deutlich höheren Abgaben zu belegen als solche, auf denen Sozialwohnungen oder andere Mietwohnungen stehen, sodass Anreize gesetzt werden, dass wirklich gebaut wird. Gleichzeitig wollen wir die Bodenwertspekulanten bremsen, indem wir Spekulationsgewinne aus Bodenwertsteigerungen stärker besteuern. Denn diese Wertsteigerungen beruhen überwiegend auf Leistungen der Allgemeinheit, vor allem der Schaffung von Infrastruktur und Baurecht.

Wir werden das **Wohnungsaufsichtsgesetz** novellieren. Es muss der Spekulation durch Leerstand ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit für Kommunen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Wir werden den Bau von behindertengerechten und altengerechten Wohnungen unterstützen. Dies ist die notwendige Konsequenz aus dem demografischen Wandel.

Mieterinnen- und Mieterschutz ist für uns eine zentrale Aufgabe. Deshalb wollen wir, dass der gesetzliche Mieterschutz auch im Hessischen Wohnungsbaugesetz verankert wird.

3. Mehr Lebensqualität in den Innenstädten

Ein entscheidender Baustein für eine höhere Lebensqualität in den Innenstädten ist, dass wir Strategien für den Handel im 21. Jahrhundert entwickeln und die Luft- und Lärmbelastung im Verkehrsbereich senken.

Mit unseren Konzepten für Radschnellwege und attraktivere Bus- und Bahnverbindungen fördern wir den Umstieg von Pendlern auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und das Fahrrad und sorgen so für weniger Autoverkehr in den Innenstädten. Wir setzen uns dafür ein, **kostenfreies Parken im Rahmen von Park&Ride-Systemen** auszubauen. Wir unterstützen darüber hinaus die Einführung von weiteren Tempo-30-Zonen in verkehrsbelasteten Wohngebieten. Die Möglichkeiten von Sharingangeboten, digitalisierte Mobilitätskonzepte wie z. B. Mitnahmemöglichkeiten und die Erprobung von autonomen Shuttles müssen ausgeweitet werden.

Angebote der Mobilitätsberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir unterstützen. Wir wollen zudem ein wohnungsbezogenes Mobilitätsmanagement etablieren.

Neue Bauprojekte und die digitale sowie sozialökologische Modernisierung der Städte müssen Hand in Hand gehen. Wir unterstützen daher, dass die technologische Infrastruktur bei neuen Wohngebieten und öffentlichen Bauprojekten mit geplant und gebaut wird und neue Siedlungen möglichst Smartcity-kompatibel errichtet werden.

Wohnortnaher Einzelhandel ist ein wichtiges Element für Lebensqualität. Der Onlinehandel hat bereits jetzt einen großen Anteil am Einzelhandel. Hier gilt es, Internet- und lokalen Handel miteinander zu verknüpfen. Wir wollen, dass ein **Förderprogramm vonseiten des Landes gemeinsam mit den Einzelhandelsverbänden** initiiert wird, um gerade kleineren Einzelhändlern diese Möglichkeit der Netzpräsenz zu geben.

4. Stadtplanung und Sozialpolitik zusammen denken

Stadtplanung ist mehr als nur Bau, Stadtplanung gestaltet das Leben von Menschen und steigert die Lebensqualität. Eine aktive Stadtentwicklung schafft Raum für Begegnungen und trägt entscheidend dazu bei, dass sich Menschen wohl- und sicher fühlen.

Wir brauchen die **Beteiligung von allen Bevölkerungsgruppen** vor Ort, damit auf die unterschiedlichen Bedarfe der Menschen eingegangen wird. Dazu ist es nicht ausreichend, allein in Bürgerversammlungen die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Wir brauchen die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Ausweitung der Bürgerbeteiligung ersetzt nicht die Entscheidung in den Kommunalparlamenten.

Wir wollen eine Aufwertung der öffentlichen Räume – Beseitigung von Angsträumen, Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung von Barrierefreiheit. Dies wird bei uns zu einem Schwerpunkt in der Städtebauförderung werden.

Wir sorgen für Integration von der Kinderbetreuung über Schule, Vereine, Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Museen, Theater und Initiativen, von Stadtteilstesten bis hin zu interkulturellen Angeboten, von der Beteiligung in den Parlamenten über die Eröffnung von Geschäften. Integration heißt, die Offenheit zu haben, dass Menschen ihre Identität bewahren und sich um ihre Stadt und das Gemeinwohl kümmern und sich verantwortlich zeigen.

Kreise, Städte, Gemeinden und Vereine haben in den vergangenen Jahren Unglaubliches bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Menschen auf der Flucht geleistet. Verwaltungen und Ehrenamtliche haben Hand in Hand dafür gearbeitet, dass wir die Menschen gut aufgenommen haben.

Die Landesplanung und Förderprogramme müssen auf die demografischen Veränderungen reagieren. Dabei geht es nicht um das Gegeneinander der Generationen, sondern darum, dass alle ihre Möglichkeiten und Erfahrungen einbringen.

Wir unterstützen die Kommunen, damit eine aktive Politik den demografischen Wandel vor Ort gestaltet. Jede Generation braucht ihre Infrastruktur – von der Kinderkrippe bis zum Treffpunkt für Senioren.

5. Programm „Soziale Stadt“ – Integration gelingt im Quartier

Das Bund-Länder-Programm **„Soziale Stadt“** ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und sich um ihre sozialen Brennpunkte zu kümmern und dort Chancen zur Teilhabe zu schaffen. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen eine zusätzliche Stärkung und Verstetigung des Investitionspakts **„Soziale Integration im Quartier“**. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der **„Sozialen Stadt“** gezielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, infrastrukturellen und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Ausgrenzung einzelner Gruppen und für sozialen Zusammenhalt gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmenschliche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.

... mit einem Recht auf Mobilität: für alle, überall und bezahlbar

Jeder Mensch in Hessen hat ein Recht auf Mobilität: überall und dennoch an den örtlichen Bedarfen orientiert, sicher und bezahlbar. Die SPD tritt mit dem Anspruch an, dieses Recht durchzusetzen.

Dabei gilt dem Schutz vor Lärm- und Umweltbelastungen ein besonderes Augenmerk. Hessens Verkehr hat sich in den vergangenen Jahren zur Großbaustelle entwickelt. Die Pendlerinnen und Pendler versinken jährlich auf 119.000 Kilometern in 38.000 Stunden Stau. Das reicht dreimal um die Erde. Gleichzeitig sind Züge völlig überlastet, Schienenstrecken fehlen. Versäumte Investitionen beeinträchtigen Straßen und Brücken und damit wirtschaftliche Entwicklungschancen in Hessen. Gleichzeitig werden die Mobilitätsbedarfe der Menschen im ländlichen Bereich, die ganz andere Antworten verlangen, nicht erfüllt. Das muss sich ändern. Die Möglichkeiten von Sharingangeboten, digitalisierte Mobilitätskonzepte, wie z. B. Mitnahmemöglichkeiten und die Erprobung von autonomen Shuttles müssen ausgeweitet werden.

1. Mobilität überall: ob in der Stadt oder auf dem flachen Land

Wir wollen die Mobilität in den wachsenden Städten genauso wie in den ländlichen Regionen sicherstellen. Dafür werden wir die lokalen Nahverkehrsorganisationen und die Verkehrsverbünde stärken und die Übergänge zwischen dem Fahren mit dem eigenen Auto und der Nutzung von Bussen und Bahnen vereinfachen. Wir werden den **öffentlichen Nahverkehr** ausbauen, um die Mobilität in allen Landesteilen, Ballungsräumen und ländlichen Räumen sicherzustellen. Gerade mit Blick auf demografische Entwicklungen wollen wir im ländlichen Raum zusätzlich auf alternative Angebote wie Rufbusse, Bürgerbusse, Taxis und Mietwagen sowie Anrufsammeltaxis setzen. Mobilität zur Erledigung täglicher Geschäfte, zum Besuch von Freunden und Familie oder zum Aufsuchen von Gesundheitseinrichtungen darf keine Frage des Wohnortes sein.

In den Ballungsräumen geht es vorrangig darum, die Kapazitätsengpässe zu beseitigen, in den ländlichen Räumen um ein kontinuierliches Fahrtangebot über den Tag mit guten Umsteigemöglichkeiten durch Verknüpfung der Angebote. Gleichwohl muss ein wesentlicher Baustein einer auf die Zukunft ausgerichteten Mobilitätsstrategie in Stadt und Land die **Reduzierung von Verkehr** sein. Angebote der Mobilitätsberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir unterstützen. Wir wollen zudem ein wohnungsbezogenes Mobilitätsmanagement etablieren.

2. Mobilität für jeden Geldbeutel

Wir wollen das Fahren mit Bussen und Bahnen in Hessen attraktiver machen, indem die **Fahrpreise deutlich gesenkt** und die Einnahmeausfälle über die Solidarfinanzierung kompensiert werden.

3. Verkehre verzahnen – Übergänge verbessern

Wir werden ein **integriertes Mobilitätskonzept** auflegen. Ein Konzept, das alle Verkehrsträger verzahnt und eine nahtlose Mobilitätskette schafft: von der Schiene über den Bus, das Taxi, den Pkw, das Fahrrad bis hin zu den eigenen zwei Beinen. Dafür werden wir beispielsweise die **kommunalen Verkehrsunternehmen** dabei unterstützen, sich zu Mobilitätsdienstleistern weiterzuentwickeln, die die Nutzung von Bussen und Bahnen, Carsharing und Mietfahrrädern unter einem Dach verbinden.

Den Veränderungen im individuellen Mobilitätsverhalten sowie den wirtschaftlichen, ökologischen und regionalen Herausforderungen wird damit Rechnung getragen. Ein integriertes Mobilitätskonzept muss auf die ländlichen Bedarfe etwa im hinteren Vogelsberg andere Antworten geben als auf städtische wie in Frankfurt. Wir brauchen ein Mobilitätsversprechen für Hessen. Denn alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität.

Wir werden eine **Mobilitätsberatung** für die Nutzerinnen und Nutzer des Landes-Jobtickets, das wir unter denselben Bedingungen auch den Kommunen eröffnen wollen, anbieten. Die Mobilitätsberatung ermöglicht eine bewusste Wahl des optimalen Verkehrsmittels. Zudem kann eine effektive Beratung die Schwachstellen im ÖPNV-System explizit darstellen.

4. Saubere Mobilität fördern, Busse und Bahnen besser finanzieren

Wir werden die Belastung von Mensch und Umwelt durch Abgase und Feinstaub in den Städten und Gemeinden weiter reduzieren, ohne dabei die Mobilität einzuschränken. Wir wollen, dass sich jede und jeder Mobilität leisten kann. Unser Ziel ist es, dass bis 2030 in allen hessischen Großstädten keine Busse mit konventionellem Antrieb mehr fahren. Dazu werden wir die Nachrüstung von Dieselnissen und Taxis sowie die Anschaffung von Bussen mit **alternativen Antriebsformen** mit Unterstützung des Bundes fördern. Kommunale Verkehrsunternehmen sollen bei der Umstellung ihrer Fuhrparke auf alternative Antriebe ermutigt werden.

Die **Fahrradinfrastruktur** wollen wir ausbauen: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren, aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere sowie komfortable Abstellmöglichkeiten.

Für einen zuverlässigen **öffentlichen, auch schienengebundenen Personennahverkehr** sind Investitionen in eine gute Infrastruktur notwendig, die verlässlich finanziert sind.

5. Kommunen für mehr Mobilität unterstützen

Wir werden daher die Mittel für den **kommunalen Straßenbau und den ÖPNV** im Rahmen des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf 200 Mio. Euro verdoppeln und den Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen begrenzen. Gleichzeitig werden wir uns dafür starkmachen, dass die vereinbarte Aufstockung der Bundesmittel auf 1 Mrd. Euro zügig umgesetzt wird. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir den öffentlichen Personenverkehr fit ma-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

chen. Bei Ausschreibungen für den Betrieb von Bus- und Bahnstrecken wollen wir eine stärkere Berücksichtigung von Arbeits- und Tarifstandards und örtlicher Unternehmen bei der Auswahl der Anbieter.

6. Abschaffung der Zwangsbeiträge für den Straßenausbau in Hessen

Die kommunalfeindliche Politik der schwarz-grünen Landesregierung ist verantwortlich dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger in Hessen mit viel Geld an der Finanzierung von Straßen beteiligen müssen. Schwarz-Grün hat die Probleme in den kommunalen Haushalten immer weiter verschärft. Der Investitionsbedarf bei der kommunalen Infrastruktur wurde seit Jahren ignoriert und unzureichend im Kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt. Die Kommunen werden dadurch gezwungen, die Bürgerinnen und Bürger mit immer höheren Steuern und Abgaben zu belasten, um die Genehmigung ihrer Haushalte nicht zu gefährden.

Ziel der SPD ist es, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Die Kommunen brauchen dafür einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss. Denn auch ohne die Erhebung von Beiträgen müssen die Kommunen den Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur leisten können. Hier besteht erheblicher Investitionsbedarf. Wir wollen deshalb den Kommunen eine Investitionspauschale zur Verfügung stellen, die den Verlust der Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen ausgleichen soll.

7. Investitionsstau und Blockaden beim Autobahn- und Straßenbau auflösen

Eine gut ausgebaute Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und sichert somit Arbeitsplätze. Das gilt aber nicht nur mit Blick auf die Anbindung der vielen geheimen Champions im Mittelstand, die sich häufig in der Fläche des Landes angesiedelt haben. Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen ist in Milliardenhöhe unterfinanziert und wird schon seit vielen Jahren nur noch auf Verschleiß gefahren.

Wir werden den Investitionsstau bei den Landesstraßen in Hessen auflösen. Dabei legen wir den besonderen Schwerpunkt auf den Erhalt der bestehenden Landesstraßen. Außerdem werden wir uns beim **Neu- und Ausbau** auf Lückenschlüsse und sinnvolle Erweiterungen konzentrieren. Wir werden die Investitionen in den Landesstraßenbau innerhalb der Legislaturperiode auf die Höhe der Abschreibungen aufstocken. Um die Finanzierung der Investitionen sicherzustellen, setzen wir uns für eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Landesstraßen ein. Die Einnahmen müssen zweckgebunden mit dem Erhalt und Ausbau der Landesstraßen eingesetzt werden. Wir werden prüfen, wie das Land die Kommunen bei ihrem Straßenbau besser unterstützen kann. Wir werden die Straßenbauverwaltung Hessen Mobil stärken und mehr Personal für Planung, Bau und Betrieb einstellen.

Für die Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwaltung brauchen wir gute und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen Nachwuchs fördern und ausbilden. Das Instrument „Studium plus“ (berufliche Qualifikation in der Praxis in Verbindung mit einem Studium) hat sich in der Wirtschaft bewährt. Wir wollen mithilfe von „Studium plus“ zusätzlichen Nachwuchs ausbilden. Wir werden den Hochschulen zur Förderung der Bauingenieurausbildung mehr Mittel zuweisen. Eine Privatisierung der Landesstraßenbauverwaltung Hessen Mobil wird es mit uns nicht geben.

Wir werden für den zügigen Weiterbau der A 44, der A 49 und weiterer Bundesstraßen sorgen und keine weiteren Verzögerungen bei den Planungen dulden.

8. Schienenverkehr attraktiver machen

Die Mobilitätswende in Hessen braucht einen starken **Schiienenpersonennah- und -fernverkehr**. Pünktlichkeit, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit müssen das Markenzeichen der Eisenbahnen in unserem Land sein.

Um den Schienenverkehr im ländlichen Raum zu stärken, werden wir Strecken wie die Lumdatalbahn, Horlofftalbahn, die Bahnstrecke zwischen Baunatal und Kassel-Wilhelmshöhe sowie die Waldkappeler Bahn im Stadtgebiet Kassel reaktivieren. Gleichzeitig setzen wir uns für die Elektrifizierung wichtiger Strecken wie die Taunusbahn, die Odenwaldbahn, die Niddertalbahn und die Eisenbahnstrecke Vellmar–Wolfhagen ein.

Wir werden darüber hinaus wichtige Schienenprojekte für den Regionalverkehr vorantreiben, wie z. B. das dritte und vierte Gleis für die S6 von Frankfurt nach Friedberg (zweiter Bauabschnitt, Bad Vilbel–Friedberg), das dritte Gleis für die Main-Weser-Bahn nach Gießen, die Nordmainische S-Bahn oder die Regionaltangente West. Neben einer Verkürzung der **Planungszeiten**, bei gleichzeitiger früherer Beteiligung der Bürger, müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zeitnah bereitgestellt werden. Schon heute könnte der schienengebundene Nahverkehr in Frankfurt/Rhein-Main und in den Verdichtungsräumen in Mittel- und Nordhessen einen signifikant höheren Anteil an Menschen befördern. Die dafür notwendige Infrastruktur und die Leistungsangebote sind aber nicht in dem benötigten Umfang vorhanden.

Zur Beschleunigung des **Fernverkehrs** in Hessen setzen wir uns außerdem für den Ausbau der Strecke Hanau–Fulda/Würzburg/Bad Hersfeld, Mannheim–Frankfurt ein. Die Mitte-Deutschland-Verbindung muss zwischen Kassel und Thüringen/Sachsen ausgebaut werden.

Bahnhöfe haben in den Städten und Gemeinden neben ihrer verkehrlichen Funktion häufig eine große städtebauliche Bedeutung. Wir wollen ihre Attraktivität erhöhen. Dazu werden wir auf Landesebene ein „Bahnhöfe-Förderprogramm 2030“ auflegen und damit Bahnhöfe mit vielen Pendlern und bedeutender städtebaulicher Funktion sanieren und die Standortkommunen so entlasten. Wir werden uns zudem für die Umsetzung der Barrierefreiheit an allen Bahnhöfen einsetzen.

9. Hessen: Land der Mobilität 4.0

Mit der Digitalisierung wollen wir unsere Mobilität sicherer und effizienter organisieren. Wir werden daher Hessen zum **Vorreiter** der Mobilität des digitalen Zeitalters machen. Um eine nutzerfreundliche, schnelle, umweltfreundliche und bezahlbare Verkehrswende zu erreichen, werden wir mit den dafür zuständigen Verbänden, Initiativen und Interessenvertretungen intensiv zusammenarbeiten. Als die Voraussetzung für eine landesweite Vernetzung der Mobilität werden wir den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets und das Ausrollen des neuen Standards 5G vorantreiben. Gemeinsam mit der Automobilindustrie, mit Zulieferern sowie Wissenschaft und Forschung wollen wir auf dem Autobahnnetz und auf Landstraßen in Hessen ein Testfeld für die Erprobung des **vernetzten Fahrens** schaffen.

Gleichzeitig werden wir junge Unternehmen fördern, die neue digitale Mobilitätskonzepte entwickeln, um die Vernetzung des ÖPNV mit der Nutzung von Autos und Fahrrädern voranzutreiben. Damit die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die verschiedenen Mobilitätsangebote in Hessen verbessert wird, wollen wir eine digitale Mobilitätsplattform Hessen Mobil 4.0 schaffen. Wir werden die in Hessen zur Verfügung stehenden Instrumente für unsere verkehrspolitischen Zielsetzungen überprüfen und ggf. anpassen. Ein Instrumentarium hierfür ist für uns das House of Logistics and Mobility (HOLM).

Wir unterstützen die Initiativen auf Bundesebene, das Personenbeförderungsgesetz dahin zugehend zu ändern, dass die uneingeschränkte Direktvergabe der ÖPNV-Konzessionen von Kommunen an ihre Verkehrsbetriebe möglich ist.

10. Mehr Akzeptanz von Mobilität durch mehr Lärmschutz

Wir werden den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm zu einer wichtigen Säule unserer Verkehrspolitik machen. Ohne eine wirksame Eindämmung der negativen Folgen auf Gesundheit und Umwelt wird die weitere Entwicklung des Verkehrs keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Daher wollen wir innerorts mehr Möglichkeiten für die Einrichtung von verkehrsberuhigten Tempo-30-Zonen erreichen. Der Aus- und Neubau von Schienenstrecken muss mit einem **effektiven**

Lärmschutz einhergehen. Dazu wollen wir eine schrittweise Angleichung der Regularien für die Lärmsanierung an Bestandsstrecken an die Vorschriften der Lärmvorsorge an neuen Strecken erreichen.

11. Transport und Logistik als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung

Hessen ist aufgrund seiner zentralen Lage der wichtigste Transport- und Logistikstandort in Deutschland. Hunderte von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Hessen sorgen dafür, dass die deutsche Wirtschaft ihre Waren weltweit zu ihren Kunden transportieren kann. Dabei finden Tausende von gut qualifizierten Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in der Transport- und Logistikbranche. Wir setzen uns für den Ausbau von **weiteren Güterverkehrs- und Logistikzentren in Hessen** ein und werden in den Städten die Erprobung neuer städtischer Logistikkonzepte unterstützen. Wo möglich, fördern wir dabei den Umstieg von der Straße auf die Schiene.

Wir setzen uns für **bessere Arbeitsbedingungen** der Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ein und wollen erreichen, dass die Rahmen- und Kontrollbedingungen für Lenk- und Ruhezeiten gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir im Einvernehmen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern den Bau von Lkw-Parkplätzen an Autobahnraststätten vorantreiben, damit die Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer ihre gesetzlich vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten unter menschenwürdigen Bedingungen verbringen können.

... mit Chancen und gutem Wohnen für den ländlichen Raum

Der ländliche Raum ist Heimat für Millionen von Menschen in Hessen. Wir wollen seine Chancen nutzen und die Lebensqualität steigern. Den Abzug des Sozialstaates aus der Fläche zu stoppen hat deswegen Priorität. Öffentliche Leistungen wie Gesundheit, Bildung und Kultur müssen allen Menschen zugänglich sein. Unser zweites Augenmerk gilt der regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Ansiedlung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Als Land wollen wir vorangehen und Teile der Landesverwaltung wieder verstärkt dezentral zu den Menschen in die Fläche verlagern. Schon jetzt ist der ländliche Raum häufig Sitz vieler „Hidden Champions“ im Mittelstand. Im Dialog mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik wollen wir regionale Entwicklungspotenziale ausschöpfen und neue Impulse für die regionale Wirtschaftskraft geben. Basis ist die Modernisierung der regionalen Infrastruktur. Auch das wird den ländlichen Raum weiter aufwerten.

1. Günstig und bedarfsgerecht wohnen auf dem Land

Bezahlbare, bedarfs- und altersgerechte Wohnungen für alle Einkommensgruppen und in allen Regionen sind unser erklärtes Ziel. Hierfür braucht es konkrete Antworten für den ländlichen Raum mit seinen Besonderheiten der demografischen Entwicklung, der Leerstände, des hohen Anteils an Ein- und Zweifamilienhäusern und der Tendenz zum Eigenheim.

Wir wollen u. a. den **Umbau von ungenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern** zu kleineren und altersgerechten Wohneinheiten fördern. Denn der Wunsch nach Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen scheitert im ländlichen Raum häufig nicht allein an zu hohen Quadratmeterpreisen, sondern am Fehlen von bedarfsgerechten Wohnungen. Kleine Wohnungen für Studierende, Auszubildende, Berufseinsteiger und Teilzeitberufstätige mit altersgerechter Ausstattung sind hier häufig Mangelware. Auch die Förderung von Mehrgenerationenwohnkonzepten wollen wir erhöhen, um Menschen auch im fortgeschrittenen Alter den Verbleib in ihrer Heimat zu

ermöglichen. Gleichzeitig hilft die effektive Nutzung von bestehendem Wohnraum, den Leerstand zu reduzieren und die Ortskerne der Dörfer zu beleben. Wir wollen, dass attraktive Dörfer und gutes Wohnen Hand in Hand gehen.

Auch wenn die Bodenpreise vor allem in den Städten anziehen, besteht die Herausforderung zur Schaffung von preiswertem Wohnraum ebenso auf dem Land. Deshalb werden wir den **Bau von Sozialwohnungen und von bezahlbaren Wohnungen für mittlere Einkommen** nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkreisen fördern, in deren Kommunen es ebenfalls angespannte Wohnungsmärkte gibt. In Regionen mit eher niedrigen Bodenpreisen gewinnen bei der Gesamtbelastung von Eigentümern und Mietern aber vor allem die Betriebskosten an Bedeutung. Deswegen wollen wir eine höhere Förderung für energetische Sanierungen und erneuerbare Energien und die weitere Senkung der Energiekosten durch Mieterstrommodelle.

Insbesondere im ländlichen Raum gibt es den Wunsch nach dem Eigenheim. Wohnen im Eigenheim ist gleichzeitig ein Beitrag zur Vorsorge für das Alter. Wir wollen die Eigenheimbildung erleichtern, indem wir die Eigenheimförderung erhöhen. Das Eigenheim muss erschwinglich sein.

2. Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen – für eine wohnortnahe Infrastruktur

Gerechtigkeit bedeutet für uns immer auch räumliche Gerechtigkeit. Dieses Ziel ist gleichzeitig ein Plädoyer für den ländlichen Raum. Denn der ländliche Raum ist keine staatliche Rückbaufläche. Wir werden daher verhindern, dass sich die Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land weiter auseinanderentwickeln. **Wir sagen JA zum ländlichen Raum.**

Durch veränderte Mittelzuweisungen wollen wir dafür sorgen, dass es in ganz Hessen wohnortnah ein **von der Einwohnerzahl unabhängiges Grundangebot** geben kann. Dafür gilt es, die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Schulen, Kindertagesstätten und andere öffentliche Einrichtungen sollen nicht automatisch geschlossen werden, wenn Nutzungszahlen **sinken**. Die Gebühren für leitungsge-

bundene Infrastruktur (z. B. Wasser, Abwasser) **müssen für die Bürgerinnen und Bürger finanzierbar bleiben**. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die bisherige Abwärtsspirale aufhalten. Deswegen wollen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam auch ein **Vorhalteprinzip für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge** entwickeln. Infrastruktur soll so auch dann gehalten werden können, wenn bestimmte Nutzerzahlen nicht erreicht werden. Klar ist, dass wir die kommunale Familie bei der Finanzierung nicht im Regen stehen lassen werden. Wer bestellt, bezahlt. Diesem Prinzip wollen wir wieder zur Geltung verhelfen.

Das wirtschaftliche Betätigungsverbot der Gemeinden werden wir zum Schutz der örtlichen Daseinsvorsorge lockern.

Um auch dem Anspruch **flächendeckender Mobilität** gerecht zu werden, wollen wir zusammen mit den Verkehrsverbänden innovative Modelle wie Anruf- und Sammeltaxis weiter ausbauen. Gerade in der Fläche hängt das öffentliche Verkehrsangebot häufig an den Schülerverkehren. Rückläufige Schülerzahlen dürfen allerdings nicht zum vollständigen Rückzug öffentlich geförderter Mobilität führen. Diese Spirale werden wir aufbrechen. **Alle Hessinnen und Hessen haben Anspruch auf Mobilität**, unabhängig davon, ob sie im Ballungsraum oder in anderen Regionen Hessens leben.

3. Gesundheitsversorgung überall erreichbar

Gerade angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir Gesundheitsversorgung und Pflege in ländlich geprägten Gebieten sichern und aufwerten. Bestehende Krankenhäuser auf dem Land wollen wir erhalten. Wir wollen diese Kliniken unterstützen, **Leistungen, die sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr würden anbieten können, im Verbund mit anderen Anbietern aufrechtzuerhalten**. Krankenhäuser der Vollversorgung und Akutkrankenhäuser müssen überall gut erreichbar sein. Für die Ansiedlung von **Landärzten** wollen wir neue Anreize schaffen. Deshalb unterstützen wir Alternativen zum immer noch vorherrschenden Einzelpraxensystem wie medizinische Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen und genossenschaftliche Modelle.

Vor allem wollen wir aber mit flächendeckenden qualifizierten **Gemeindeschwestern bzw. Gesundheitsassistenten** in ausreichender Zahl auch innovative Angebote im Zugang zur Gesundheitsversorgung schaffen. Die rheinland-pfälzische SPD hat das Konzept in einem Flächenland erfolgreich etabliert. Als Fachkräfte sollen die qualifizierten Gemeindeschwestern bzw. Gesundheitsassistenten Patientinnen und Patienten am Wohnort aufsuchen und bei der Einschätzung des Gesundheitszustands unterstützen. Darüber hinaus sollen Versorgungsassistentinnen und Versorgungsassistenten Hausarztpraxen erheblich entlasten. Ärzte und Ärztinnen können mit telemedizinischer Unterstützung fachlich begleiten. Gerade für hochbetagte Menschen, die noch keine Pflege brauchen, ist dies eine Unterstützung und Beratung im aktuellen Lebensabschnitt.

Darüber hinaus sollen Versorgungsassistentinnen und Versorgungsassistenten Hausarztpraxen erheblich entlasten. Wir wollen so für eine wohnortnahe Ansprechpersonen im Bereich von Gesundheit und Pflege sorgen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum verbessern.

4. Kommunale Teilhabe schaffen – Gemeinschaft stärken

Mit einer Aufwertung von kommunaler Bildung, Kultur und Orten der Begegnung wollen wir die kommunale Gemeinschaft stärken.

Bildung bedeutet dabei mehr als Lernen. Bildung ist die Eintrittskarte für unsere Gesellschaft. Bildung ist Teilhabe. Einrichtungen müssen für die Menschen erreichbar sein. Deswegen dürfen Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Volksbildungsvereine, Volkshoch- und Musikschulen, Museen und kulturelle Einrichtungen nicht als „freiwillige Leistungen“ der kommunalen Familie nach Belieben weggespart werden.

Das schwarz-grüne **KiföG** („Kinderförderungsgesetz“) gefährdet die Finanzierung kleiner Kitas im ländlichen Raum. Das werden wir ändern und es durch ein besseres Gesetz ersetzen. Wir werden es durch Regelungen ersetzen, die die Bedürfnisse von Familien im ländlichen Raum berücksichtigen.

Sport ist Verfassungsziel – jedoch werden die Kommunen mit der Bereitstellung und dem **Betrieb von Sportanlagen** allein gelassen. Gerade **Hallen- und Freibäder** sind im Betrieb teuer und defizitär. Hier werden wir für finanzielle Unterstützung sorgen, damit Kinder schwimmen lernen und die Gesundheit von Jung und Alt gefördert wird.

Mit dem Weggang von Läden, Gastronomie und Banken verschwinden vielerorts auch die Treffpunkte und Begegnungsorte. Deswegen werden wir die Bürgerhäuser als Begegnungsstätten wiederbeleben. Dafür braucht es nicht nur eine Sanierung maroder Bausubstanz, die wir mit Landesmitteln unterstützen werden. Wir werden auch mehr Fördermittel für Dorfkümmerer und **Dorfaktivierer** bereitstellen, damit ein inhaltliches Angebot für Jung und Alt entstehen kann.

Dabei sollen die Digitalisierung und der Umgang mit neuen Technologien in Form von Reparaturcafés und offenen Werkstätten Einzug in die Bürgerhäuser halten. Gleichzeitig kann dies ein Beitrag zum generationenübergreifenden Austausch sein.

5. Regionale Wirtschaftskraft stärken – Arbeitsplätze schaffen

Perspektiven für regionale Entwicklung und Ansätze gegen den Wegzug der Jüngeren hängen wesentlich von der Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Zentral ist hier der Mittelstand. In Hessen befinden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Bereich zur Weltspitze gehören. Zur Förderung des Mittelstands wollen wir daher **regionale Netzwerke** und die **Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern** wie Fachhochschulen stärken. Wissens- und Forschungseinrichtungen wollen wir unterstützen, regionale Ausgliederungen zu schaffen, um die **Präsenz in der Fläche** zu erhöhen. Wir werden Strategien zum Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum entwickeln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Ausbildung essenziell. So geben wir Impulse für Wachstum, das gute Arbeit schafft sowie sichert und den Regionen zugutekommt.

Hessens starke Regionen mit ihren erfolgreichen Unternehmen in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft sollen stark bleiben, deshalb werden wir uns für

einen Branchendialog einsetzen, um gemeinsam auf Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren. Wir wollen ein Gesprächsformat als Dialog zwischen der Landesregierung, Arbeitgeberverbänden sowie den Gewerkschaften und Betriebsräten einrichten. Dieses muss in den einzelnen Regionen unseres Landes organisiert werden. Über regelmäßige Strukturberichte sind Handlungsbedarfe aufzuzeigen und konkrete Handlungsschritte im Sinne der Beschäftigten einzuleiten. Wir wollen echte, integrierte Regionalentwicklung in allen Teilen unseres Landes. Dazu brauchen die regionalen Akteure die tatkräftige Unterstützung durch das Land.

Die Landesregierung versagt bei ihrer Aufgabe, die Regionen in Hessen über den Landesentwicklungsplan zu stärken. Wir werden den Landesentwicklungsplan grundlegend überarbeiten, um gerade den ländlichen Raum zu stärken. Grundlegende Regelungen wie das Prinzip der zentralen Orte im Landesentwicklungsplan werden wir überprüfen.

Für regionale Entwicklung wollen wir klare Verantwortlichkeiten in der Landespolitik schaffen. Wir wollen einen **Mr. oder eine Mrs. „Ländlicher Raum“** installieren, um gebündelt Ansprechpartner für Akteure vor Ort sein zu können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium bündeln und im Namen verankern. **Regionalentwicklung darf kein Randthema sein.** In enger Abstimmung mit den Verantwortlichen vor Ort werden wir dezentrale, **regionale, landkreisübergreifende Entwicklungspläne** erarbeiten, wie wir es bisher nur im Rahmen der Regionen im LEADER-Programm praktizieren. **Mittelzentren sollen gestärkt werden**, um die Infrastruktur, mit der sie umliegende Ortschaften versorgen, abzusichern. Regionale Entwicklung wird so im Verbund gefördert.

Die Rolle der Landespolitik für die Zukunft der regionalen Entwicklung und des ländlichen Raums nehmen wir an. Deswegen wird eine SPD-geführte Landesregierung einen **Gesetz- und Verordnungsscheck für den ländlichen Raum** einführen. Damit werden wir die Auswirkungen und Folgen von Landespolitik für die regionale Entwicklung prüfen und stärker im Sinne der Regionen steuern. Für die Schaffung guter Arbeit in der Fläche werden wir vorangehen. Dabei werden wir einerseits den **flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes** für **Hochgeschwindigkeitsinter-**

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

net beschleunigen, um den ländlichen Raum für alle Unternehmen attraktiver zu machen, die auf einen schnellen Zugang angewiesen sind. Andererseits werden wir Teile der Justiz und Landesverwaltung selbst in die Regionen verlagern und neue Behördenstrukturen, wenn möglich, vorrangig gleich im ländlichen Raum aufbauen. So werden unmittelbar Arbeitsplätze bei den Menschen geschaffen und wird die regionale Wirtschaftskraft angeregt.

6. Sparkassen vor Ort sichern

Sparkassen sind Teil öffentlicher Infrastruktur, sie gehören zu einer an den Bedürfnissen der Menschen wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgerichteten Daseinsvorsorge. Wir wollen die **Sparkassen** in Hessen leistungsfähig und regional verankert erhalten und stärken. Sparkassen sind – gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken – als Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu Finanzdienstleistungen unentbehrlich und für die Menschen und Betriebe in allen Teilen des Landes ein verlässlicher und innovativer Partner.

Sparkassen haben ein risikoarmes und solides Geschäftsmodell. Daher unterstützen wir Vorschläge, den bürokratischen Regulierungsaufwand den tatsächlichen Risiken anzupassen. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Zukunft sichern und die enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern. **Eine Konzernbildung im Sparkassenwesen lehnen wir ab**, weil wir die erfolgreiche dezentrale Geschäftsstrategie stärken wollen. Diese Ausrichtung ist unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet und gut für Hessen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) hat sich in Kooperation mit den Sparkassen vor Ort als die führende Verbund- und Sparkassen-Zentralbank in Deutschland etabliert. Wir stehen hinter dem langfristig ausgerichteten Geschäftsmodell der Helaba mit den drei Säulen integrierte Geschäftsbank, Sparkassen-Verbundinstitut und öffentliche Förderbank. Wir werden die Helaba bei ihrer Weiterentwicklung in den Bereichen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Wohnungsbau aktiv unterstützen.

7. Tourismus als gelebte regionale Wirtschaftsförderung

Für die hessische SPD ist Tourismuspolitik gelebte regionale Wirtschaftspolitik. Hessens Tourismus-Destinationen müssen besser gefördert werden. In Hessen hat sich in den vergangenen fünf Jahren die touristische Entwicklung zwischen den großen Städten und den ländlichen Regionen gegensätzlich entwickelt. Die amtierende Landesregierung hat bei der Aufgabe versagt, mit geeigneten Förderprogrammen eine planvolle Tourismusentwicklung zu ermöglichen. Gerade die Nachfolgeproblematiken im ländlichen Raum wollen wir in den Blick nehmen, denn mit jeder Schließung eines gastronomischen Betriebs verliert der Ort ein Stück Lebensqualität und Attraktivität. Deshalb wird sich die hessische SPD dafür einsetzen, **Förderprogramme** zu folgenden Themen in den ländlichen Räumen anzubieten: touristische Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Qualitätsverbesserung der touristischen Angebote, Fachkräftegewinnung und Innovationsunterstützung. Um den unterschiedlichen Herausforderungen im Tourismus gerecht zu werden, bedarf es einer ressortübergreifenden Tourismuskoordination innerhalb des Landes.

8. Perspektiven für Kassel-Calden

Für Nordhessen ist der Kassel Airport ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Der Flughafen ist als **Gewerbe- und Industriestandort** für luftfahrtaffine Betriebe führend unter den Regionalflughäfen. Derzeit befinden sich hier fast 900 direkte Arbeitsplätze und rund 3.000 indirekte und induzierte Arbeitsplätze bei einer direkten Bruttowertschöpfung von rund 50 Mio. Euro. Die schwarz-grüne Landesregierung hat bisher keine Bemühungen unternommen, sich für noch mehr Gewerbeansiedlung einzusetzen und den Flughafen weiterzuentwickeln. Wir werden das ändern.

Dass der Flughafen sich nicht so entwickelt hat wie erhofft, ist auch der schwarz-grünen Evaluierung des Flughafens anzulasten. Diese von den Grünen geforderte und kürzlich vollzogene Evaluierung hat der Entwicklung des Flughafens geschadet, denn jede Investition braucht Planungssicherheit. Während die EU-Kommission dem Flughafen bis 2024 Zeit gegeben hat, sich zu entwickeln, hat Schwarz-Grün dafür gesorgt, dass in den vergangenen Jahren ständig die Herabstufung zu einem Verkehrslandeplatz im Raum stand.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem House of Logistics & Mobility (HOLM) ein Konzept zur **Ansiedlung für luftfahrttaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen** entwickeln sowie eine Beteiligung der nordhessischen Wirtschaft an der Trägergesellschaft einfordern.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit guter Arbeit und wirtschaftlicher Stärke

Hessen als Land in der Mitte Deutschlands und Europas hat beste Voraussetzungen, Arbeitswelt und Wirtschaft von morgen zu gestalten und zu entwickeln. Wir wollen sie so gestalten, dass **Fortschritt, Innovationen** und **neue Technologien** zu Chancen für die gesamte Bevölkerung werden. Wirtschaft dient der Gesellschaft – nicht umgekehrt. Dafür müssen wir für **Ordnung auf dem Arbeitsmarkt** sorgen. Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt müssen so gestaltet werden, dass sie neue, gut bezahlte Arbeit für alle schaffen und keine Bedrohung darstellen. In gleichem Maße müssen wir Nachhaltigkeit und Innovation fördern. Diesem Ausgleich der Interessen verschreibt sich die SPD seit dem Godesberger Programm. Aus technischem Fortschritt muss sozialer Fortschritt werden. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Erhalt und der **Stärkung von Produktion und Verarbeitung** in der Fläche. In Hessen befinden sich viele industrielle Arbeitsplätze im ländlichen Raum, dies soll im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land auch so bleiben.

1. Tarifpartnerschaft: alte Werte und neue Technologien

Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen sind die Basis der sozialen Marktwirtschaft, sorgen in Krisen für Stabilität und gelten als Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb.

Damit die Herausforderungen des digitalen Wandels gemeistert werden, bedarf es einer Stärkung der sozialpartnerschaftlichen und betrieblichen Aushandlungsprozesse.

Auch und gerade bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien durchgesetzt werden. Das **Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz** hat zu keinerlei Verbesserungen im öffentlichen Auftragssektor geführt. Nach wie vor sind Dumpinglöhne und Gesetzesverstöße an der Tagesordnung. Die SPD bleibt dabei: Das beste Gesetz nützt nichts, wenn es nicht kontrolliert wird. Wir setzen uns daher für wirkungsvolle Kontrollmechanismen, die Begrenzung von Subunternehmerketten und harte Strafen bei Verstößen ein.

Wir sehen in einem neuen, verbesserten Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz ein Instrument zur Wiederherstellung von Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und zur Durchsetzung von guter Arbeit für alle Arbeitenden. Unser Ziel ist es, dass nur Betriebe mit Tarifbindung, Mitbestimmung und Arbeitsschutz künftig öffentliche Aufträge erhalten.

Gleichzeitig wollen wir Wirtschaftsförderung stärker an soziale Kriterien wie die Tarifbindung und die innerbetriebliche Mitbestimmung ausrichten. Wir werden endlich Gleichbehandlung einführen und arbeitgeber- sowie arbeitnehmerorientierte Beratungs- und Bildungseinrichtungen, insbesondere in den Bereichen Strukturwandel und Digitalisierung institutionell fördern.

2. Gute Arbeit und Wirtschaft 4.0

Um den Industriestandort Hessen zu sichern und Zukunftsmärkte zu erschließen, müssen Unternehmen, Gewerkschaften, Staat und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Wir werden daher umgehend ein **„Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen“** ins Leben rufen. Wir wollen Digitalisierung zur Chefsache erklären und werden diesbezügliche Kompetenzen in der Landesregierung bündeln. Diese soll Entwicklungschancen gemeinsam analysieren und im gesellschaftlichen Konsens wegweisende Projekte erarbeiten.

Dabei muss es auch darum gehen, die regionale Entwicklung und Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben. Start-up-Unternehmen wollen wir verstärkt fördern, um den Wirtschaftsstandort Hessen zukunftsfähig zu gestalten.

Die Digitalisierungsberatung der Unternehmen muss zwingend um die Beratung und Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich aktiv im Bund für die **Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes gerade im Bereich der Digitalisierung** engagieren. Die Digitalisierung wird Berufsbilder und damit Anforderungen an die Ausbildung von Fachkräften verändern.

Entscheidend ist aber, dass auch morgen jeder und jede eine Arbeit findet. Niemand darf durch die Digitalisierung abgehängt werden. Deswegen wollen wir die berufliche Bildung und Weiterbildung, die Qualifikation und Nachqualifikation stärken und Unternehmen sowie Beschäftigte dabei unterstützen, **Qualifizierung und berufliche Weiterentwicklung vorausschauend für die Herausforderungen des digitalen beziehungsweise strukturellen Wandels** zu nutzen. Dafür brauchen wir u. a. eine starke Bundesagentur für Arbeit und starke Jobcenter. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich im Bund dafür einsetzen, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umzuwandeln. Diese soll auch Leistungen für Beschäftigte anbieten, beispielsweise für solche, die sich auf neue Berufsbilder vorbereiten wollen. Alle sollen ein verbindliches Recht auf Weiterbildung erhalten.

Wir wollen den Bildungsurlaub als Element guter Arbeitsbedingungen, Fachkräftesicherung und Weiterbildung stärken. Wir wollen die arbeitgeberseitige Akzeptanz stärken, den **„Bildungsurlaub“ dazu zu einer „Bildungszeit“ weiterentwickeln** und kleine sowie mittelständische Betriebe unterstützen und anregen, dieses Instrument zu nutzen.

Wir werden ein Programm „Digitalisierung der Arbeitswelt“ auf den Weg bringen. Dieses soll interdisziplinär ausgerichtet sein und wissenschaftliche Forschung mit konkreten Praxisbeispielen verbinden. Bei der konkreten Ausgestaltung des Programms sollen die Gewerkschaften und Betriebs- sowie Personalräte ebenso wie die Wirtschaft beteiligt werden.

Unser Ziel: Hessen soll zum **Zentrum der Wirtschaft 4.0** – der Verschmelzung von Fertigung, industriellen Dienstleistungen, Handwerk und anderen Wirtschaftsbereichen mit datenbasierten Diensten werden. 82 % der Beschäftigten sind von der Digitalisierung betroffen. Viele verspüren Mehrbelastungen und Unsicherheit. Die Arbeitswelt der Zukunft wird digitaler, mobiler und vernetzter sein.

Wichtig ist uns, dass dabei die Menschen nicht unter die Räder kommen. Gerade in einer flexibleren und veränderten Arbeitswelt müssen Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung eine große Rolle spielen. Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind Ruhezeiten nötig. Wir werden uns für eine **Klarstellung des Rechts auf Nicht-erreichbarkeit** einsetzen, um Belastungen, die sich mit orts- und zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen. Dafür werden wir uns beispielsweise mit Blick auf das Arbeitszeitgesetz starkmachen. Wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung den Grundsätzen „Guter Arbeit“ folgt. „Gute Arbeit“ muss stärker und verbindlicher in den Prüfprozess für Fördermittel aufgenommen werden.

Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Souveränität bei der Einteilung ihrer Zeit erhalten. Deswegen wollen wir uns im Bund für die Einführung eines allgemeinen Rechts auf befristete Teilzeit einsetzen. Beschäftigte sollen in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit selbstbestimmt reduzieren können, ohne in die Teilzeitfalle zu geraten.

Wir wollen, dass der Sonntag auch zukünftig der Familie gehört und Zeit für Erholung und Entspannung vom Arbeitsalltag bietet. Er ist und bleibt für uns daher in besonders hohem Maße schutzwürdig. Sonntagsarbeit wird mit uns weiterhin nur in gesellschaftlich notwendigen und betriebswirtschaftlich unabwendbaren Bereichen zulässig sein. **Ladenöffnungen an Sonntagen** müssen auf das äußerste Maß begrenzt bleiben und dürfen nur für besondere Anlässe gelten.

3. Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen

Die anhaltend gute Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hat leider nicht dazu geführt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zurückgegangen ist. Deshalb müssen Hilfen für Langzeitarbeitslose noch gezielter eingesetzt werden. Dabei ist es besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Wir brauchen einen wirksamen „**Passiv-Aktiv-Transfer**“, mit dem Erwerbstätigkeit gefördert wird, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für diejenigen, die auf absehbare Zeit keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, müssen wir einen öffentlichen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, flankiert durch Maßnahmen der gesundheitlichen und psychologischen Unterstützung für die Betroffenen, wo erforderlich.

Wir wollen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit im Bereich der Haushaltswirtschaft schaffen. Zu viele Frauen arbeiten in diesem Bereich ohne Versicherung und ohne Anspruch auf Rente. Deshalb soll in einem Pilotversuch ein Gutscheinmodell analog zum Belgischen Modell erprobt werden. Ein solches Modell übernimmt die Differenz zwischen dem Lohn, der für Haushaltsdienstleistungen am Markt gezahlt wird, und einer tariflichen Entlohnung. Mit diesem Modell fördern wir auch die notwendigen Dienstleistungen rund um die Pflege und entlasten Familien. Wir unterstützen die Einrichtung lokaler Dienstleistungsagenturen, die Haushaltshilfen sozialversicherungspflichtig beschäftigen und tariflich entlohnen.

4. Energiewende und Mobilitätswende als Jobmotor

Die Veränderung der Mobilität, der Antriebstechniken und unserer Energiewirtschaft bietet Chancen, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Wir setzen uns auf Bundesebene und mit landespolitischen Mitteln dafür ein, dass energieintensive Industriestandorte in Hessen Anreize und Förderung für den Umstieg auf CO₂-einsparende Produktionsweisen unter Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

Als **Automobilstandort** hat **Hessen** großes Potenzial, die Mobilitätsstrategie der Zukunft zu entwickeln. Wir wollen mit den **erneuerbaren Energien** Arbeitsplätze und Wertschöpfung nach Hessen holen. Eine Verknüpfung der Energiewende mit der Mobilitätswende ist unabdingbar, wenn wir gute Arbeit schaffen wollen. Wir verfolgen einen sektorübergreifenden Ansatz, der den Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich integriert, statt nur einzelne Bereiche isoliert zu betrachten. Unser Augenmerk liegt dabei auch auf der Steigerung von Energieeffizienz, um unnötigen Energieverbrauch und Kosten einsparen zu können.

5. Netzinfrastruktur modernisieren

Hessen muss zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland werden. Denn der flächendeckende Zugang zu stabilen und schnellen **Glasfaser-Breitbandanbindungen** ist der Kern einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik. Ein flächendeckendes Glasfasernetz bis ins Gebäude wird nämlich nicht nur den stationären Zugang zum digitalen Raum gewährleisten, sondern ist auch die Basis für das Ausrollen von **5G-Funknetzen**, da jede Mobilfunk-Basisstation zur Weiterleitung des Datenverkehrs einen direkten Anschluss an ein Glasfasernetz benötigt. Damit schaffen wir indirekt auch die Basisinfrastruktur für autonomes Fahren und andere Zukunftstechnologien. Dabei werden wir jedoch nicht die alltäglichen Probleme aus dem Blick verlieren. Die noch verbleibenden „Funklöcher“ müssen gestopft werden, um die notwendige flächendeckende Verfügbarkeit von Sprachtelefonie und schneller mobiler Datenübertragung zügig sicherzustellen. Daher werden wir auf die Umsetzung der Versorgungsaufgaben durch die Mobilfunkanbieter drängen und diese für Hessen konkret anhand von Nutzerdaten überprüfen. Hierfür wird eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erfolgen. Eine digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger geben. Wir werden zudem den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots in Hessen, u. a. in Zusammenarbeit mit Freifunk-Vereinen, mit Landesmitteln zügig fördern. Außerdem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine der fünf geplanten 5G-Modellregionen in Hessen liegen wird und sowohl städtischen als auch ländlichen Raum umfasst.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Mit dem größten europäischen Internetknoten und einer Vielzahl kleiner und mittelständischer innovativer Firmen im Bereich der Digitalisierung verfügen wir in Hessen über weitere wichtige Standortfaktoren für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der hessischen Breitbandinfrastruktur. Die Förderprogramme für die Anbindung von Zentren der Wertschöpfung an eine gute Glasfaseranbindung wollen wir vereinfachen und auch für kleinere Zentren in der Fläche erweitern. Für die Gestaltung der Infrastruktur als Grundlage der Digitalisierung werden wir auch originäre Landesmittel einsetzen. Wir unterstützen Maßnahmen für den flächendeckenden digitalen Radioempfang (DHB+).

6. Fachkräfte sichern – Qualifizierung ausbauen

Wir bekämpfen den sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangel in Hessen. Rückgrat aller wirtschaftlichen Entwicklung sind gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellt sich diese Herausforderung für Hessen besonders. Deswegen wollen wir die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und die Maßnahmen der **Fachkräftesicherung** in unserem Land in einem Ministerium bündeln. Wir werden eine **Stabsstelle für Fachkräfte** „STAFF“ Hessen gründen und die strategische sowie praktische Arbeit dort bündeln. Wir wollen Hessens **Berufsschüler** fit machen. Deshalb investieren wir in die hessischen Berufsschulen, damit sie bestens ausgestattet sind für die Arbeitswelt von morgen.

Wir wollen eine **Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen unter 35 Jahren**. Dazu werden wir ein Programm auflegen, das jedem und jeder einen Anspruch auf eine berufliche Qualifikation eröffnet. Jeder junge Mensch, der heute über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügt, soll bis zu einem erfolgreichen Abschluss alle erforderlichen Angebote und Unterstützungen erhalten, wenn er oder sie es wünscht. Dabei hat für uns die duale Ausbildung Vorrang vor überbetrieblicher und diese vor außerbetrieblicher Ausbildung. Die Ausbildungsgarantie werden wir mit einer verbesserten Berufsorientierung in der Schule flankieren.

Wir werden **passgenaue zusätzliche Unterstützungs- und Hilfsangebote** ermöglichen, damit auch diejenigen jungen Menschen eine Berufsausbildung absolvieren können, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das können fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei jungen Eltern sein oder individuelle Problemlagen wie Sucht, Verhaltensauffälligkeiten, eine Behinderung oder eine chronische Krankheit. Andere finden keine Ausbildungsstelle, da sie mit ihren vorhandenen Qualifikationen von Betrieben als nicht „ausbildungsreif“ angesehen werden.

Eine weitere Gruppe, die besonderer Unterstützung beim Übergang in den Beruf bedarf, sind junge Geflüchtete, bei denen neben der Sprachförderung teils auch nachträgliche schulische Ausbildung notwendig ist, um ihnen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Daraus kann vor allem mittelfristig eine Chance für unser Land und die Sicherung von Fachkräften erwachsen. Integrationsbemühungen sollen belohnt werden: Wir setzen uns für einen Abschiebestopp von Menschen ein, die sich in Ausbildung befinden. Wer hier eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, soll sich leichter um einen dauerhaften Aufenthaltstitel bewerben können. Ergänzend dazu setzen wir uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das den Erfordernissen des Fachkräftebedarfs Rechnung trägt.

Aus- und Weiterbildung ist nicht mit Schule und Studium oder Berufsausbildung zu Ende – wir werden die Weiterbildung von Fachkräften zum Schwerpunkt erklären. Die laufende Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss auch stärker unabhängig vom Betrieb möglich sein.

Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites Weiterbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung zu installieren. Unser Ziel ist es, die akademische Weiterbildung im Erwerbsleben zu stärken und die Transferzeiten von akademischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen. Unternehmen wollen wir bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso unterstützen wie außerbetriebliche Bildungseinrichtungen der Wirtschaft und der Gewerkschaften.

Besondere Potenziale sehen wir bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Handicap. Wir wollen deshalb Möglichkeiten für alle Altersklassen ausbauen, einen **Berufsabschluss nachzuholen**. Kein Unternehmen soll den Standort Hessen verlassen oder meiden, weil ihm qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik sind hier gleichermaßen gemeinschaftlich gefordert.

Wir werden in Hessen ein **kostenfreies Meisterprogramm** einführen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass Empfänger des Meister-Bafögs, wie beim studentischen Bafög, nicht mehr als 50 % der Fördersumme als Darlehen zurückzahlen müssen.

Bestrebungen der Europäischen Union, den **Meisterbrief** abzuschaffen, erteilen wir eine klare Absage. Der Meisterbrief ist Garant für die hohe Qualität des deutschen Handwerks, und nicht zuletzt sichert er Ausbildung. Die Novellierung der Handwerksordnung in inzwischen 53 zulassungsfreien Gewerken hat zu erheblichen Qualitätsverlusten und einem Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in diesen Berufen geführt und sollte daher zurückgenommen werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dazu Initiativen ergreifen.

7. Nachwuchs für den Mittelstand gewinnen – Selbstverwaltung erhalten

64 % aller Beschäftigten in Hessen arbeiten in kleinen oder mittleren Unternehmen (KMU), nur 36 % in Großunternehmen. Mittelständische Unternehmen haben im Jahr 2014 159,5 Mrd. Euro Umsatz, 35,4 % des hessischen Gesamtumsatzes, generiert. Damit stellt der hessische **Mittelstand** eine unverzichtbare Wirtschaftsgröße dar. Der Fachkräftemangel ist zu einem großen Risikofaktor für eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung von Mittelstand und **Handwerk** geworden. Zunehmend fällt es schwer, qualifiziertes Personal zu finden. Schulen müssen vermitteln, welche **guten Perspektiven** die duale Ausbildung bietet, die **Berufsorientierung** muss gestärkt werden. Neben dem Fachkräftemangel liegt eine weitere Gefahr für den Mittelstand und das Handwerk im Rückgang von **Gründungen** und in den erheblichen Schwierigkeiten bei der **Unternehmensnachfolge**. Jeder fünfte Handwerksbetrieb sucht in den nächsten fünf Jahren einen Nachfolger. Viele junge

Menschen scheuen aber das Risiko der Selbstständigkeit. Die Selbstständigekultur muss daher schon in der Schule mit praxisorientierten Angeboten und Beispielen erfolgreicher Unternehmer angeregt werden.

Neben dem Handwerk gehören **freie Berufe** wie Rechtsanwälte, Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Gesundheitsberufe wie Hebammen/Entbindungspflegern, Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten oder Berufe aus dem Bereich der Sprache, Wissenschaft und Kunst zu den wichtigsten Säulen des selbstständigen Mittelstands. Sie tragen wesentlich zu unserer Wirtschaftskraft bei und sind drittstärkster Ausbilder. Wir stehen daher zu dem System der berufsständischen Selbstverwaltung und sind gegen weitere Liberalisierungen von Kosten- und Honorarordnungen der freien Berufe. Bestehende Berufszugangsvoraussetzungen dürfen nicht aufgeweicht werden. Zur Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der freien Berufe sollen Beratungsleistungen und Förderungen nicht nur im Bereich der Gründungsförderung weiter ausgebaut, sondern auch durch eigene Landesmittel ergänzt werden.

Wir stehen zur **Selbstverwaltung** der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern.

8. Forschung und Entwicklung stärken – Innovationen und Kreativität fördern

Für die Finanzierung der Forschungsförderung benötigt vor allem der Mittelstand der Industrie klare und konstante Rahmenbedingungen. Die **Forschungs Kooperation** muss unbürokratischer und einfacher, die Förderansätze müssen erhöht werden. Kleinere Unternehmen sollten eine höhere Förderung erhalten.

Wir werden den Austausch zwischen Hochschulforschung sowie Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft systematisch fördern und ausbauen. Zur **Förderung des Mittelstandes** müssen zudem regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern wie Fachhochschulen gestärkt werden. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nach-

wuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Berufsausbildung nicht zu trennen und sollten gemeinsam verstärkt adressiert werden. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auf Bundesebene für die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Forschung und Entwicklung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen und die Steigerung des Anteils der bundesweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung einsetzen.

9. Innovationsgeschwindigkeit erhöhen – Gründerinnen und Gründer sowie junge Unternehmen unterstützen

Gerade aufgrund der Bildungslandschaft in Hessen, seiner Universitäten und Hochschulen, der beruflichen Schulen und der Bildungsangebote der hessischen Wirtschaft haben wir ein hohes Maß an Kompetenz, Kreativität und Wissen in unserem Land. Dieses wollen wir vernetzen und unterstützen. Vielen jungen Unternehmen mangelt es an einfach zugänglichem **Wachstumskapital**. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landes und mit Akteuren des Finanzstandorts Frankfurt/Rhein-Main wollen wir Lösungen erarbeiten, schnell wachsenden Unternehmen **Eigenkapital und Managementunterstützung** durch erfahrene Gründerinnen und Gründer zur Verfügung zu stellen.

Zudem werden wir Kommunen unterstützen, dort günstige Flächen für kleine Unternehmen und Gründerinnen und Gründer zur Verfügung stellen, wo der Immobilienmarkt angespannt ist. Hierbei braucht es insbesondere Kreativität für Umnutzung und Entwicklung sich veränderter Quartiere.

Wir wollen Gründer in den ländlichen Regionen mit den international vernetzten **Knotenpunkten (Hubs)**, wie dem Social Impact Lab (Gründerzentrum in Frankfurt, wo junge Menschen mit Migrationshintergrund und Social Entrepreneurs an Geschäftsideen und ihrer beruflichen Entwicklung zusammenarbeiten), dem Tech-Quartier (Zentrum für Finanztechnologie in Frankfurt) oder dem House of Logistics and Mobility (HOLM), stärker vernetzen, um die Geschäftsmodelle – auch sozial orientierter Unternehmungen – schneller entwickeln zu können.

Außerdem unterstützen wir ein breites Netzwerk einfach zugänglicher Beratungsangebote und echte finanzielle und fachliche Unterstützung in der Startphase, um den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Auch Tech-Zentren, Gründerwettbewerbe und -preise fördern eine Kultur des Unternehmertums.

10. Strukturförderung für eine gute Entwicklung unseres Landes

Wir wollen die bestehenden **industriellen Strukturen in Hessen fördern** und verstärken, wie beispielsweise die Optoelektronik in Mittelhessen, die Chemie- und Pharmaindustrie im Rhein-Main-Gebiet, die Kautschuk- und Gummiindustrie im Odenwald oder den Erneuerbare-Energien-Schwerpunkt in Nordhessen. Es sollen die **vorhandenen regionalen Verbände für alle Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften weiterentwickelt** werden. Hessische Stärken in den Bereichen IT, Sicherheit, Pharmazie und Chemie, erneuerbare Energien, Transport und Logistik wollen wir weiter strukturpolitisch unterstützen und gemeinsam mit allen Akteuren in den betreffenden Wirtschaftsbereichen weiterentwickeln. Aufgrund der besonderen Stärke der Gesundheitsindustrie in Hessen wollen wir eine stärkere Beteiligung des Wirtschaftsressorts bei Themen der Gesundheitswirtschaft umsetzen.

Unser Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze im hessischen Kalibergbau. Voller Sorge um die Zukunft des Kalibergbaus und um die direkt und indirekt damit verbundenen Arbeitsplätze haben wir die Politik der willkürlichen und ohne strukturpolitischen Plan vorgenommenen Eingriffe der schwarz-grünen Landesregierung in den Kalibergbau kritisiert. Wir unterstützen die dezentrale Gewinnung von Bau- und Rohstoffen durch heimische Betriebe, um unnötige Transportwege und die damit verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen zu vermeiden und kostengünstige Angebote für die öffentliche Hand, die hessischen Industriekunden und alle anderen örtlichen Verbraucher zu ermöglichen. Die ausufernde Dauer der Genehmigungsverfahren für diese Branche wollen wir unter Wahrung der Beteiligung aller Betroffenen straffer gestalten.

11. Flughafen Frankfurt im Dialog weiterentwickeln: Arbeitsplätze sichern und Anwohner sowie Umwelt schützen

Die hessischen Unternehmen in Mittelstand und Industrie brauchen die Anbindung an die internationalen Handelsströme. Der Flughafen Frankfurt ist ein wichtiger Motor der **wirtschaftlichen Entwicklung** in Hessen und damit Arbeitgeber für viele Zehntausende Beschäftigte. Wir wollen dieses Potenzial weiter fördern, um gute Arbeit und Ausbildung in Hessen zu sichern.

Wir wollen den Konsens in der Region, der den wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens Frankfurt, gute Arbeit für die Beschäftigten und **Schutz der Bevölkerung** und der Umwelt vor Fluglärm miteinander in Einklang bringt, wiederherstellen.

Unser Ziel ist es, dass der Flughafen Frankfurt und die Luftverkehrswirtschaft in Hessen ihre wirtschaftliche Stärke behalten und sich im Wettbewerb behaupten können. Wir streiten dafür, dass dies nicht auf Kosten der Rechte der Beschäftigten und der Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner erfolgt. Wir wollen den Weltflughafen inmitten des Rhein-Main-Gebiets so leise wie möglich betreiben, ohne seine wirtschaftliche Bedeutung zu gefährden. Gleichzeitig werden die Grenzen des Wachstums durch die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen in der Region bestimmt. Billigfluggesellschaften, die Arbeitnehmerrechte mit Füßen treten, stehen nicht für eine gute Zukunft des Flughafens Frankfurt. **Daher lehnen wir die Ansiedlung von Fluggesellschaften, die sich nicht an das deutsche Tariffrecht und an grundlegende Arbeitnehmerrechte halten, ab.** Wir werden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene Initiativen ergreifen, um unlauteren Wettbewerb zulasten der Flughafen- und Airline-Beschäftigten zu verhindern. Wir lehnen die weitere Privatisierung der mehrheitlich in öffentlicher Hand befindlichen Fraport AG ab und wollen, dass das Unternehmen seine besondere Verantwortung in der Region für die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze und für die Belastungen der Menschen wahrnimmt. Wir setzen auf die erfolgreiche Systempartnerschaft zwischen dem Flughafen Frankfurt und der Deutschen Lufthansa AG. Außerdem wollen wir, dass die Fluggastkontrollen in die Verantwortung einer Landesgesellschaft übergehen, um gute Qualifikation und Bezahlung für die Beschäftigten sicherzustellen und damit ein hohes Sicherheitsniveau zu erreichen.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Wir wollen einen aktiven Beitrag zu mehr Lärmschutz leisten, indem wir die Einnahmen der Luftverkehrsteuer nutzen, um Investitionen in zusätzliche moderne und leisere Fluggeräte zu fördern. Damit verbessern wir gleichzeitig die Wettbewerbsbedingungen der Luftverkehrswirtschaft.

Das für den wirtschaftlichen Erfolg notwendige Wachstum des Flughafens Frankfurt als internationales Drehkreuz muss mit einem Mehr an **Lärmschutz** einhergehen. Andernfalls verlieren wir die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner.

Daher wollen wir eine rechtssicher **festsetzbare Lärmobergrenze** einführen, die die Grenzen der Lärmbelastung regional sowie lokal bestimmt und zugleich die Entwicklungsfähigkeit des Flughafens gewährleistet. Darüber hinaus wollen wir die lärmabhängige Komponente der Start- und Landegebühren sowie die durch das **Nachtflugverbot** von 23.00 bis 05.00 Uhr gewonnene nächtliche Ruhephase weiter optimieren, um ein „Nachtflugverbot+“ zu erreichen. Jede weitere Viertelstunde Nachtruhe zählt. Systematische Verstöße gegen das Nachtflugverbot, wie im Fall Ryanair, wollen wir schneller und effektiver sanktionieren.

Die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner wollen wir besser schützen, indem wir die Gremien, die mit der Entwicklung von aktiven Schallschutzmaßnahmen betraut sind, stärken. Darüber hinaus wollen wir ein Dialoggremium einrichten, das die Weiterentwicklung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm mit hinreichender Ressourcenausstattung vorantreibt.

Um die Kompensation von Lasten der Bevölkerung sowie der Kommunen durch den Flugbetrieb in Frankfurt zu verbessern, wollen wir das **Regionallastenausgleichsgesetz** verstetigen und entfristen. Außerdem werden wir ein Immobilienmanagement in den besonders stark belasteten Wohngebieten im Umfeld des Flughafens Frankfurt installieren, das es den Bewohnerinnen und Bewohnern von selbst genutzten Immobilien erleichtert, ohne finanzielle Einbußen in ruhigere Gebiete umzuziehen.

Im Bund und bei der EU werden wir uns für eine Überarbeitung der Luftverkehrs- und Fluglärmgesetze einsetzen, um einen besseren Schutz vor Fluglärm zu erreichen.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

12. Für einen Finanzplatz Frankfurt in sozialer Verantwortung

Frankfurt ist der zentrale **Finanzplatz** in Kontinentaleuropa. Finanzdienstleistungen sind eine wichtige Branche der hessischen Wirtschaft. Aufgrund der Krisen der vergangenen Jahre waren eine strenge Regulierung des Finanzsektors und ein Wandel des Denkens und Handelns in den Führungsetagen der Finanzhäuser erforderlich. Beide Prozesse sind vorangekommen, aber noch nicht am Ende. Wir müssen die **Regulierung der Finanzmärkte** weiter vorantreiben. Denn der Finanzmarkt ist kein Spielcasino. Der Grundsatz muss gelten: Die Marktakteure müssen an den Kosten beteiligt werden, die sie selbst verursacht haben. Deswegen werden wir uns weiterhin für die Einführung der **Finanztransaktionsteuer** einsetzen. Wir wollen die ehrbaren Kaufleute vor den Akteuren schützen, die ihren Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit machen.

Der **Brexit** und die damit verbundenen Verlagerungen aus Großbritannien heraus kommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich auch der Finanzstandort Frankfurt einigen Herausforderungen und Branchentrends stellen muss.

Durch die Unterstützung der Ansiedlung britischer Finanzmarktunternehmen können wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung des Finanzstandorts Deutschland mit Frankfurt als Zentrum schaffen. Einhergehen muss damit aber zwingend, etwaige negative Auswirkungen zu verhindern und mit Neuansiedlungen verbundene Zuwächse an Einkommen und Steuerkraft in der Region zu nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, öffentliche Schulen zu stärken und den ÖPNV deutlich auszubauen.

Die **Börse** ist ein entscheidender Baustein für den deutschen und europäischen Finanzplatz. Eine SPD-geführte Landesregierung wird partnerschaftlich die Börse weiterentwickeln, die Chancen, die sich aus dem Brexit ergeben, nutzen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Entscheidungen über das Börsengeschäft weiterhin in der Eurozone getroffen werden.

13. Landwirtschaftsförderung ordnen

Hessen als wirtschaftlich starkes Bundesland braucht eine stark aufgestellte **Landwirtschaftsförderung**. Eine Zersplitterung in Mehrfachzuständigkeiten sowie unterschiedliche Ansprechpartner für Wirtschaft, Regionen und Kommunen sind ineffizient und gehen an den Bedürfnissen des Landes vorbei. Wir werden im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und der Kommunalpolitik die bestehenden Strukturen der Wirtschaftsförderung des Landes überprüfen und neu justieren.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen insbesondere die Angebote an bezahlbarem Wohnraum und die Unterstützung der Wirtschaft beim Strukturwandel auf ein mit anderen Ländern vergleichbares Niveau deutlich ausgeweitet werden. Derzeit ist die Förderung in Hessen nicht in gleichem Maße wie in anderen Bundesländern möglich, da die **WIBank** kaum in der Lage ist, Förderangebote auf eigene Rechnung ohne Belastung des Landeshaushalts zu entwickeln. Um ohne den erweiterten Einsatz von Haushaltsmitteln die Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu steigern und den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen und Kommunen eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige Förderung zu bieten, sollte die Risikotragfähigkeit der WIBank nach dem Modell anderer Landesförderbanken erhöht werden.

Die Richtlinien für bestehende Förderprogramme des Landes Hessen werden wir überprüfen und wo notwendig anpassen. Wir wollen erreichen, dass Verwaltungsaufwendungen gesenkt und Förderprogramme kostengünstig abgewickelt werden können.

Unsere Förderprogramme werden wir für digitale Vertriebskanäle öffnen und Förderprogramme für die Digitalisierung in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft weiterentwickeln. Um auf den Wandel in allen Regionen Hessens angemessen reagieren zu können, ist eine regelmäßige Strukturberichterstattung auf Landesebene erforderlich.

14. Soziales, innovatives und nachhaltiges Wirtschaften fördern

Wir wollen, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung **soziale, innovative und nachhaltige Kriterien** berücksichtigt werden, um unseren Anspruch auf gute Arbeit umzusetzen. Die öffentliche Hand hat hier eine besondere Verantwortung. Schlechte Entlohnung und prekäre Beschäftigung sollen so eingedämmt werden.

Wir werden uns in Hessen auf zwei Förderschwerpunkte konzentrieren: erstens auf eine niedrighschwellige Grundförderung über zinsgünstige Hausbankendarlehen und Direktfinanzierungen für Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells bei Geschäftsbanken auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen. Hier können auch **Landesbürgschaften** ein Angebot sein, das den Landeshaushalt schont. Zweitens werden intensivere Förderungen auf die Unterstützung des Strukturwandels konzentriert: einerseits auf die **Innovationsförderung** bei Unternehmensgründungen und Neuentwicklungen insbesondere im Bereich Digitalisierung/Wirtschaft 4.0 und andererseits auf die Effizienzrevolution wie beispielsweise der energetischen Optimierung und der CO₂-Einsparung.

Wir wollen die Kombination öffentlicher und privater Finanzierungsangebote intensivieren (Konsortialfinanzierung) sowie die Förderung durch das Bereitstellen von **Eigenkapital** ausbauen. Wir wollen Landesbürgschaften zur niedrighschwelligen Förderung mit effizientem Einsatz von Haushaltsmitteln einsetzen. Wir wollen eine einheitliche Struktur für staatliche Beteiligungen mit einer Hessen Holding schaffen, um Unternehmensgründungen, Wachstumsrunden und Unternehmensnachfolgen begleiten zu können.

15. EU-Förderung effektiv nutzen

Gerade in der Strukturpolitik bieten **europäische Fördermittel** Chancen für unser Land, die bislang nur unzureichend für Hessen eingesetzt werden können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher die Beratung von Unternehmen und Kommunen beim Abruf europäischer Mittel in einer Hand bündeln und effektiv aufstellen. Das betrifft insbesondere den Abruf von EU-Fördermitteln für die Regionalentwicklung (EFRE) und den EU-Sozialfonds (ESF).

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

16. Für eine hessische Außenwirtschaft mit Konzept

Viele hessische Unternehmen sind Teil der internationalen Arbeitsteilung, viele Arbeitsplätze hängen davon ab, dass hessische Unternehmen in das europäische und auch außereuropäische Ausland exportieren können. Umgekehrt sind viele ausländische Unternehmen in Hessen mit Verwaltungen und Produktionsanlagen präsent. Eine proaktive **Außenwirtschaftspolitik** ist für Hessen unverzichtbar. Wir werden die außenwirtschaftspolitischen Aktivitäten auf der Basis einer Zusammenarbeit mit Unternehmen und Gewerkschaften erstellen und regelmäßig evaluieren und fortgeschriebenen Außenwirtschaftskonzepten bündeln.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit mehr Sicherheit und einer starken Demokratie

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit. Dem wird eine SPD-geführte Regierung Rechnung tragen.

Wir nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst. Wenn alle Menschen Sicherheit erfahren, schaffen wir mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen mehr Polizisten und Polizistinnen auf den Straßen einsetzen, um Straftäter abzuschrecken und die Menschen vor Alltagskriminalität zu schützen.

Die hessische CDU hat in ihrer Regierungszeit seit 1999 den Abbau von 1.000 Polizeivollzugsstellen und 600 Tarifstellen zu verantworten – und das bei neuen Aufgaben und zusätzlichen Belastungen für die Polizeibediensteten. Die CDU trägt damit die Verantwortung für den personellen Notstand und die Überlastung der hessischen Polizei. Die zuletzt vorgenommenen Neueinstellungen können die Personallücke nicht schließen.

ZUKUNFT
JETZT MACHEN

Polizistinnen und Polizisten in Hessen haben bereits jetzt ein sehr hohes Arbeitspensum. Es fehlt vielfach an ausreichenden Regenerationszeiten und einer Planbarkeit der Dienste. Wir werden deshalb **einen Funkstreifenwagen mehr je Station rund um die Uhr** auf die Straßen bringen.

Auch bei der Justiz gibt es nach 19 Jahren CDU-geführter Regierungen Missstände zu beseitigen. Verfahren dauern in Hessen länger als anderswo, die Gefängnisse sind in einem schlechten Zustand. Das werden wir ändern, denn Prävention und Resozialisierung leiden unter diesen Bedingungen.

Die SPD in Hessen steht für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir werden extremistisches Gedankengut – egal von wem und gegen wen es sich richtet – konsequent bekämpfen und junge Menschen in ihrem demokratischen Bewusstsein und in ihrer kritischen Meinung dauerhaft stärken. Zur Extremismusbekämpfung benötigen wir eine vielfältige Präventionsarbeit und einen demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz. Für eine starke Demokratie wollen wir eine plurale Medienlandschaft erhalten und mehr Vermittlung von kritischer Medienkompetenz in allen Altersgruppen, gerade in Bezug auf digitale Medien und Datenschutzstandards, die den Anforderungen der digitalen Gesellschaft gewachsen sind.

1. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen zielgenau annehmen

Die Terroranschläge in Berlin und in unseren Nachbarstaaten führen bei vielen Menschen zu Verunsicherung und Angst. **Extremisten** bedrohen unsere freie Gesellschaft. Um diesen großen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir neben einer umfangreichen Präventionsarbeit eine mit modernster Technik ausgestattete und auf diese Anforderungen speziell hin ausgebildete Polizei.

Dazu gehören einerseits spezialisierte Einsatzgruppen, andererseits müssen alle Polizistinnen und Polizisten geschult und ausgerüstet sein, um kurzfristig auf Terrorlagen reagieren zu können. Auch beim Informationsaustausch mit Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Bundesländer gibt es immer noch Verbesserungsbedarf, den wir angehen werden.

Gerade aufgrund der mittlerweile festgestellten Schnittstellen zwischen Aktivitäten von Terrornetzwerken und Strukturen der organisierten Kriminalität muss es eine Stärkung der hierfür zuständigen Kommissariate geben.

Ein zweites neues Handlungsfeld ist die **Cyberkriminalität**. Die Taten im und unter Nutzung des Internets sind vielfältig: Menschen werden Opfer eines Identitätsdiebstahls, Kreditkartenbetrugs oder Datendiebstahls. Kriminelle handeln mit Waffen oder Kinderpornografie. Unternehmen, Behörden und wichtige Infrastrukturen werden mit Cyberangriffen attackiert. Wir legen deshalb einen besonderen Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik auf die Bekämpfung von Cybercrime. Wir wollen dazu die personelle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Hessen wesentlich verbessern. Für kritische Infrastrukturen wie Versorgungseinrichtungen oder Krankenhäuser wollen wir Mindeststandards, für den Schutz gegen Hackerangriffe und andere Gefahren definieren wie regelmäßige Software-Updates und die verpflichtende Einsetzung von Beauftragten für digitale Sicherheit.

Um den neuen Herausforderungen wie Terrorismus, Wirtschaftskriminalität oder Cyberkriminalität auch in der Justiz begegnen zu können, schaffen wir in einzelnen Berufsfeldern, z. B. bei der Staatsanwaltschaft, Assistenzstellen, das heißt spezialisierte Mitarbeiter/-innen, die etwa als Wirtschaftsprüfer/-innen oder IT-Fachleute der Staatsanwaltschaft zuarbeiten können. Eine funktionierende Justiz ist nicht zuletzt ein wichtiger Standortvorteil für Wirtschaft und Industrie.

2. Mehr Polizei dort, wo sie gebraucht wird

Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Stellen im Innenministerium und in Führungsstäben geschaffen, die Polizei vor Ort jedoch vernachlässigt. Rechtsfreie Räume entstehen durch Abwesenheit der Polizei.

Um die Menschen vor Alltagskriminalität, wie Diebstahl, Wohnungseinbrüche, Vandalismus, besser zu schützen und Straftäter abzuschrecken, setzen wir uns für mehr Polizei im öffentlichen Raum ein. Die Polizei soll wieder **Ansprechpartnerin aller Menschen in Hessen** sein.

Die SPD wird deshalb die Zahl der Polizistinnen und Polizisten sowie die der Tarifbeschäftigten langfristig auf ein Niveau heben, das eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur garantiert. Das führt zu einer Entlastung aller, die bei der hessischen Polizei Dienst tun. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit der Polizei ein System entwickeln, mit dem die neuen Kräfte sinnvoll dorthin verteilt werden, wo die polizeilichen Kernaufgaben geleistet werden müssen: in den Streifendienst der Reviere und Stationen sowie in den Ermittlungsdienststellen und Kriminalkommissariaten, die unverzichtbare Arbeit leisten, um Straftäter zu ermitteln und aus dem Verkehr zu ziehen.

Auf Basis der bestehenden Reviere und Stationen wollen wir **einen Funkstreifenwagen mehr je Station rund um die Uhr auf die Straßen bringen.**

Daneben benötigen wir weitere Maßnahmen, die kurzfristig eine Entlastung bringen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sollen sich auf Sofortmaßnahmen, Ermittlungen und Prävention konzentrieren können. Sie müssen deshalb von **Verwaltungsaufgaben und von sachfremden Aufgaben**, wie z. B. der Begleitung von Schwertransporten, schnellstmöglich befreit werden. Gerade in der zunehmend digitalen Welt brauchen wir die Kompetenz der Polizei in der Fläche, um im Sinne einer Bürgerpolizei den Menschen im Revierbereich eine fachliche Anlauf- und Beratungsstelle sein zu können. Denn die virtuellen Tatorte im Internet verschmelzen mehr und mehr mit den Realen.

3. Attraktivität des Polizeiberufs steigern

Die Arbeit der hessischen Polizistinnen und Polizisten verdient Anerkennung und Respekt. Dies sollte sich auch in einer angemessenen Besoldung wiederfinden. Zudem werden wir ein besseres und faires Beförderungssystem entwickeln. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Polizeizulage wieder ruhegehaltfähig machen und in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurückkehren. Diese Maßnahmen können auch die Attraktivität des Polizeiberufs steigern, um für die hessische Polizei die besten Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Hierbei sollten insbesondere Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund angesprochen werden, um die interkulturelle Kompetenz der Polizei zu stärken und die kulturelle

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Vielfalt der Bevölkerung auch bei der Polizei widerzuspiegeln. Wir werden dem hohen Krankenstand bei unserer Polizei durch **mehr Gesundheitsförderung und -vorsorge** entgegenwirken und Möglichkeiten für eine **Altersteilzeit** einführen.

Wir wollen, dass das Land Hessen wieder ein Arbeitgeber wird, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gern arbeiten. Gute Beschäftigungsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass der öffentliche Dienst in Hessen gegenüber anderen Arbeitgebern konkurrenzfähig wird.

4. Häuser des Jugendrechts ausbauen

Wir wollen die Häuser des Jugendrechts, die auf Initiative der SPD erfolgreich in Hessen eingeführt wurden, **auf weitere Standorte ausweiten**. Die Häuser des Jugendrechts ermöglichen ein abgestimmtes und schnelles Reagieren auf strafbares Verhalten junger Menschen und sind damit ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Jugendkriminalität.

5. Dem Opferschutz einen höheren Stellenwert einräumen.

Hessen ist beim **Täter-Opfer-Ausgleich** bundesweit Schlusslicht. Das werden wir ändern. Wir wollen einen Opferfonds initiieren. Dieser soll in bestimmten Fällen Opfern von Straftaten unverzüglich und unbürokratisch finanziell helfen – beispielsweise, wenn man des Täters nicht habhaft werden konnte.

Beratungsstellen für Kriminalitätsoffer müssen vollumfänglich vom Land finanziert werden, damit sie ihre zentrale Aufgabe der Opferhilfe und -beratung wahrnehmen können. Wir wollen nicht nur in allen Landgerichtsbezirken, sondern bei allen Land- und Amtsgerichten Zeugenzimmer mit professioneller Betreuung, um Kriminalitätsoffern und -zeuginnen sowie -zeugen zu helfen und Begegnungen mit Angeklagten außerhalb des Gerichtsaals zu vermeiden.

6. Sicherheit im Justizvollzug gewährleisten

Mittlerweile sind viele hessische Gefängnisse marode und absolut sanierungsbedürftig. Solche Gefängnisse sind eine Gefahr für die Sicherheit in Hessen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diesen Sanierungsstau auflösen. **Marode Gefängnisse müssen saniert werden.** Hessen braucht ausreichend Personal im allgemeinen Vollzugsdienst und bei den Fachdiensten.

Durch eine Überbürokratisierung des Justizvollzugs sind insbesondere die Fachdienste enorm belastet. Engmaschig zu schreibende Vollzugspläne schaffen einen erhöhten Verwaltungsaufwand und nehmen Zeit in Anspruch, die für Gespräche und Auseinandersetzung mit den Gefangenen und deren Angehörigen tatsächlich fehlt. Wir setzen daher auf ausreichend Fachpersonal, damit genügend Zeit bleibt, sich den Gefangenen zu widmen.

Die von der CDU betriebene Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der Vollzug von Freiheitsstrafe, also der Entzug von Freiheit, ist für uns eine unveräußerbar staatlich-hoheitliche Aufgabe. Die Nachteile für Organisation und Abläufe sind zudem markant, eine Ersparnis ist nicht nachgewiesen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die **Teilprivatisierung der JVA Hünfeld schnellstmöglich zu beenden.**

7. Kriminalitätsbekämpfung durch verbesserte Resozialisierung

Für die zunehmende Zahl psychisch auffälliger und kranker Strafgefangener werden wir für ausreichend qualifiziertes Fachpersonal in den Justizvollzugsanstalten sorgen, um entsprechend auf diese Gefangenen einwirken zu können und so die Resozialisierung erleichtern.

Um eine bessere **Verzahnung von Übergangs- und Entlassungsmanagement** zu gewährleisten, werden wir die Schaffung eines Resozialisierungsgesetzes prüfen. Ziel ist die Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen mit der Resozialisierung von Straftätern befassten sozialen Dienste.

Der Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen leistet in diesem Zusammenhang einen unverzichtbaren Dienst. In der Bewährungshilfe wurde gegen erhebliche Widerstände die sogenannte Risikoorientierung eingeführt. Dies führt zu mehr Bürokratie, während offen ist, ob die damit verbundenen Ziele erreicht werden. Wir werden dies zeitnah nach einer Regierungsübernahme prüfen. Priorität hat für uns, dass die allgemeine Bewährungshilfe personell so ausgestattet wird, dass sie ihre Hauptaufgabe, die Resozialisierung von Straftätern, angemessen erfüllen kann.

Bewährungs- und Gerichtshilfe wollen wir zukunftsicher ausgestalten. Wir lehnen die Zusammenlegung der Bewährungs- und Gerichtshilfe ab. Wir wollen eine eigenständige Gerichtshilfe, die bei den Staatsanwaltschaften angegliedert ist und ihre Aufgaben, wie z. B. die Vermittlung und Überwachung gemeinnütziger Arbeit, erfüllen kann.

8. Justiz wieder voll handlungsfähig machen

Wir werden für eine personell und technisch gut ausgestattete Justiz sorgen, um in Zeiten des internationalen Terrorismus, der organisierten Steuerkriminalität und der Internetkriminalität den Herausforderungen gerecht werden zu können. Eine schnelle und handlungsfähige Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und ein wichtiges Element des sozialen Friedens.

In Hessen werden Strafverfahren wegen einer überlasteten Justiz teilweise ergebnislos eingestellt. Verfahren dauern länger als in anderen Bundesländern. Diese Missstände sind von den CDU-geführten Landesregierungen spätestens seit dem massiven Personalabbau 1999 zu verantworten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird diese Missstände beenden. Wir stehen für eine starke Justiz, die **effizient und bürgernah** ist, das heißt für den rechtsuchenden Bürger da ist. Dafür muss die Justiz personell und sachlich stets angemessen ausgestattet sein. Dies gilt insbesondere für die Folgedienste in der Justiz. Wir werden deswegen das Personal im nichttrichterlichen Dienst aufstocken.

Eine gut funktionierende Justiz setzt gute Arbeitsbedingungen voraus. Dazu gehören attraktive Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten. Die Richterbezahlung in Hessen muss gegenüber anderen Bundesländern konkurrenzfähig sein. Viele Justizbedienstete haben seit Jahren nur befristete Verträge und „hangeln sich von Vertrag zu Vertrag“, ohne Gewissheit für ihre eigene Zukunft zu haben. Das wollen wir grundlegend ändern. **Befristete Verträge müssen auch im Justizbereich die Ausnahme werden.**

Wir werden die Beförderungssituation in der Justiz verbessern. Eine kluge, zukunftsgerichtete Personalauswahl ist für die Justiz von größtem Interesse. Die Mitbestimmungsrechte des Richterwahlausschusses werden wir deshalb erweitern.

Wir wollen, dass die Justiz bei der Ausbildung in allen Berufsgruppen (vom Justizwachtmeister bis zum Rechtspfleger) eine Vorbildrolle einnimmt und bei den einzelnen Gerichten wieder mehr ausbildet.

Wir wollen auch im Bereich der Justiz die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** stärken und stehen für den Erhalt und bei Bedarf den Ausbau von Justizkindergärten. Als moderner Arbeitgeber werden wir die Telearbeit im Einklang mit den Bediensteten ausbauen. Die in der hessischen Justiz mittlerweile übliche Praxis, Stellen über längere Zeiträume unbesetzt zu lassen, werden wir ändern.

Für die Bediensteten schaffen wir bedarfsgerechte, regelmäßige Fortbildungsangebote vor Ort.

9. Die Justiz in der Fläche erhalten

Die CDU-geführten Landesregierungen haben zahlreiche Gerichtsstandorte geschlossen. In vielen Fällen müssen rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger nun lange Wege auf sich nehmen, um zu ihrem Recht zu kommen. Wir wollen, dass die Justiz **in allen Regionen erreichbar** bleibt, und werden dazu modellhaft an geeigneten Standorten die Wiedereinführung von Arbeitsgerichtstagen erproben, wie dies in Rheinland-Pfalz bereits der Fall ist.

10. E-Justice mit Augenmaß einführen und Mitbestimmungsrechte achten

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ den Startschuss für einen grundlegenden Umwandlungsprozess gegeben. Wir wollen, dass die Umstellung auf E-Justice Schritt für Schritt nach Erfahrungen aus der Praxis (z. B. Modellversuche an einzelnen Gerichten) und unter Beteiligung der Beschäftigten sowie der Nutzerinnen und Nutzer und bei Mitbestimmung der Vertretungsgremien erfolgt. Für diesen Umwandlungsprozess müssen die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die **Mitbestimmungsrechte der Personal-, Staatsanwalts- und Richterräte** werden wir durch eine Novelle des Hessischen Richtergesetzes und Hessischen Personalvertretergesetzes stärken.

Die Unabhängigkeit der Justiz erfordert es auch, dass die Datensicherung bzw. -speicherung ausschließlich bei ihr stattfindet. Bei der Datensicherheit im Justizbereich darf nicht gespart werden – im Gegenteil: Sie ist in höchstem Maße zu garantieren.

11. Alternative Streitbeilegung stärken

Wir wollen die alternative Streitbeilegung stärken, denn sie dient in vielen Fällen der Herstellung von Rechtsfrieden und entlastet die Gerichte. Dazu gehören für uns die Mediation, das Güterichterverfahren und das Schiedsamtswesen.

Insbesondere beim **Schiedsamtswesen** wollen wir die Zuständigkeiten erweitern. Um dieses noch bekannter zu machen, starten wir eine Informations- und Imagekampagne.

12. Feuerwehren und Rettungskräfte flächendeckend einsatzfähig halten

Die mehr als 2.600 freiwilligen Feuerwehren in den 423 Gemeinden und Städten in Hessen sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den Brand- und Katastrophenschutz in Hessen. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren, den Einsatzabtei-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

lungen und den Ehren- und Altersabteilungen sowie den Feuerwehrvereinen wird ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement geleistet. Diese Arbeit unterstützen und fördern wir.

Wir wollen die Kinder- und Jugendarbeit in der Feuerwehr stärken und dabei die Chancen von Integration und Inklusion nutzen. Wir wollen, dass Brandschutzerziehung Bestandteil des Schulunterrichts wird. Wir unterstützen das Freiwillige Soziale Jahr in der Feuerwehr und werden den Übergang von Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung mit geeigneten Programmen verbessern, damit die ehrenamtlichen Feuerwehren auch in Zukunft überall voll einsatzfähig bleiben.

Wir werden **ehrenamtliche Leitungsaufgaben attraktiver gestalten**, indem wir die Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben entlasten. Wir stehen für ein flächendeckendes System des Brandschutzes durch den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren, die zehnminütigen Hilfsfristen und die Stärkung der dezentralen integrierten Leitstellen in allen Landkreisen durch eine zukunftsfähige Technik. Bei Arbeitgebern wollen wir für die wichtige Arbeit der Hilfsorganisationen werben, damit Freistellungen für Übung, Ausbildung und Einsatz reibungslos funktionieren. Neben einer auskömmlichen Mittelzuweisung in Höhe von mindestens 35 Mio. Euro insbesondere für die Beschaffung von technischem Gerät fördern wir Initiativen der Vereine und Verbände zur Mitgliedergewinnung. Die hessische SPD wird die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren durch finanzielle Anreize und weitere Maßnahmen aufwerten. Zur Qualitätssicherung schaffen wir genügend Ausbildungsmöglichkeiten für Feuerwehrangehörige.

Neben den Feuerwehren tragen auch die Ehrenamtlichen in den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit bei. Im Rettungsdienst bilden qualifizierte Dauerarbeitsplätze, Mitbestimmung und Tarifvereinbarungen die Grundlage eines stabilen Systems mit öffentlichen, karitativen und privaten Leistungserbringern. Von privaten Trägern fordern wir, dass sie sich auch aktiv in den Katastrophenschutz einbringen.

13. Wertschätzung gegenüber Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes

Wir fordern **Wertschätzung** gegenüber den Einsatzkräften von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr und werden gegen die zunehmende Zahl von Angriffen geeignete Maßnahmen ergreifen.

Wir werden der steigenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegen Polizeibedienstete, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst entschieden entgegenzutreten. Die Täter/-innen müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften, die für unsere Sicherheit sorgen und Menschen in Notlagen helfen. Ein Fokus wollen wir auf die Präventionsarbeit legen. Kindern und jungen Menschen zu vermitteln, wie wichtig Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst für unsere Gesellschaft sind, ist ein erster Schritt, den zunehmenden Angriffen entgegenzuwirken.

Nach belastenden Einsätzen lassen wir die Helfer/-innen nicht alleine, sondern gewährleisten eine **psychosoziale Einsatznachsorge**, indem wir ein Netzwerk dieser Dienste aufbauen.

14. Extremismusprävention für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft

Wir stehen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft ein. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrer Sprache, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität, ihrer Behinderung oder ihres Geschlechts Anfeindungen ausgesetzt sind, dass rechtsextreme Parolen lauter werden, dass Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zunehmen, dass politisch-religiöser Extremismus zunimmt bis hin zu terroristischen Anschlägen. Eine schnelle und handlungsfähige Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und ein wichtiges Element des sozialen Friedens. Wir wollen **extremistisches Gedankengut konsequent bekämpfen** und junge Menschen in ihrem demokratischen Bewusstsein dauerhaft stärken.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Wir unterstützen das Engagement der zahlreichen Träger, Initiativen und Vereine, die sich für die Demokratie und gegen menschenverachtende Ideologien einsetzen. Ihre Interventions-, Bildungs- und Präventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft dar. Deswegen setzen wir uns für nachhaltige und dauerhaft finanzierte Strukturen ein. Für uns ist die Übernahme von erfolgreichen Konzepten in die staatlichen Regelstrukturen ein wichtiger Schritt. Zeitlich befristete Programme reichen nicht aus und schaden den Trägern und ihren Beschäftigten. Ihre Arbeit darf nicht dadurch erschwert werden, dass eine Extremismusklausel durch die Hintertür in Hessen eingeführt wird.

Um die ehrenamtliche Präventionsarbeit zu stärken, bedarf es einer unbürokratischen Förderung. Für **Opfer extremistischer Straftaten** werden wir ein flächendeckendes und dauerhaftes Beratungs- und Unterstützungsangebot gewährleisten.

Wir werden Demokratie lernen, politische Bildung und Extremismusprävention stärker in der frühkindlichen und schulischen Bildung verankern und unter Einbeziehung der Vielfalt externer Träger mit Projekttagen und -wochen umsetzen. Wir wollen, dass Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten in Kita und Schule gelebt werden. Die Voraussetzungen dafür in der Schule, in der Schulsozialarbeit und bereits in der Fort- und Ausbildung der Erzieher/-innen, Lehrer/-innen und Sozialpädagogen und -pädagoginnen werden wir schaffen. Wir wollen gemeinsam mit den Jugendverbänden, Jugendbildungswerken und Trägern der außerschulischen Bildung die politische Bildung auch im Bereich der außerschulischen Jugendbildung stärken.

15. Für einen demokratischen und transparenten Verfassungsschutz

Aufgaben des Verfassungsschutzes sind das frühzeitige Erkennen und die Abwehr von Gefahren für unser friedliches und demokratisches Zusammenleben durch Extremismus jeglicher Art. Wir benötigen einen modernen und transparenten Verfassungsschutz mit spezifisch für diesen Aufgabenbereich ausgebildeten Beamtinnen und Beamten, der einer wirksamen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen ist. Die Aufarbeitung des rechtsextremistisch motivierten Mordes an Halit Yozgat im Untersuchungsausschuss des Landtags hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz dazu grundlegend reformiert und deutlich transparenter

werden muss. Wir erkennen das grundsätzliche Erfordernis von Geheimschutzregelungen im Verfassungsschutz an, die Geheimhaltung darf jedoch nicht zu Abschottung, Intransparenz und Kommunikationsunfähigkeit des Verfassungsschutzes führen. Die derzeitige Praxis werden wir kritisch überprüfen und entsprechend ändern. Für diese Umgestaltung steht die hessische SPD.

Wir werden für klare und **eindeutige Regelungen seiner Eingriffsbefugnisse** sorgen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz muss gewahrt und ein angemessener Ausgleich zwischen Grundrechtseingriffen und dem Schutz der Bevölkerung geschaffen werden. Insbesondere müssen dringend die Anwerbung und der Einsatz von Vertrauenspersonen besser gesetzlich geregelt werden.

Wir werden den Verfassungsschutz in Hessen einer wirksamen **parlamentarischen Kontrolle** unterwerfen. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf. Dazu bedarf es effektiver Informations- und Kontrollrechte des Parlaments wie ein eigenständiges Akteneinsichtsrecht. Die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission sollen in der Verfassung verankert werden, um Minderheitenrechte tatsächlich zu gewährleisten. Wir werden interkulturelle Kompetenz und Lernen aus Fehlern als wesentliche Elemente im Leitbild des Verfassungsschutzes verankern.

16. Klassische und digitale Beteiligungsformen ausbauen

Wir werden digitale Technologien nutzen, um Bürgerinnen und Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Für Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zugang zu den digitalen Medien haben, wird das nicht zu Ausgrenzung führen. **Digitale Beteiligungsverfahren** erweitern die Möglichkeiten der Partizipation und fördern die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Prozessen inner-

halb der kommunalen Gremien stärker beteiligt werden. Jugendliche sollen über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können. Wir wollen deshalb, dass Jugendliche bei Kommunalwahlen schon ab 16 Jahren mitwählen dürfen.

Für eine gelingende Integrationspolitik ist es unerlässlich, dass Migrantinnen und Migranten stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen deshalb das **kommunale Wahlrecht für alle in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten** einführen.

Unter einer SPD-Landesregierung wird Hessen die Nummer eins in Deutschland beim **E-Government** werden. Hessen wird von Unternehmen, Start-ups und digitalen Bürgerinitiativen lernen und sich das Ziel stecken, alle Verwaltungsvorgänge für den Bürger online verfügbar zu machen. Dabei wird die Landesverwaltung alle Teile des digitalen Prozesses – von der sicheren Datensicherheit bis hin zur Archivierung – in der Cloud durchgehen.

Informationsfreiheit ist die notwendige Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung in einer modernen, lebendigen Demokratie. Wir werden deshalb den Zugang zu Informationen der Verwaltung erheblich erleichtern, um eine sinnvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Wir brauchen ein echtes Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das diesen Namen auch verdient. Begleitend zum IFG ist eine Förderung der Nutzung von Daten durch Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nötig.

Wir werden die Stelle eines Ombudsmannes/einer Ombudsfrau im Sinne eines/einer Bürgerbeauftragten schaffen, der/die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der Verwaltung nachgeht.

Transparenz und Öffentlichkeit politischer Entscheidungen und Debatten sind für uns wichtige Anliegen. Wir werden aus diesem Grund den barrierefreien Livestream am Hessischen Landtages einführen.

17. Recht auf Datenschutz verteidigen

Das **Grundrecht auf Datenschutz** ist weder verkäuflich noch verhandelbar. Es ist Voraussetzung der persönlichen Freiheit jeder Bürgerin und jedes Bürgers in der digitalen Informationsgesellschaft. Über die Verwendung seiner Daten muss jeder Mensch grundsätzlich selbst bestimmen können. Der Missbrauch von Daten wie z. B. im Facebook-Skandal muss verhindert werden. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung setzt dafür klare Regeln, die wir in Hessen vollständig anwenden werden. Gleichzeitig sind Daten zu einem neuen wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden („Big Data“). Die Nutzung der Daten von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen soll möglich sein, allerdings nur, wenn die Endkunden dafür ihr Einverständnis gegeben haben. Dieses Einverständnis muss auf einer klaren, transparenten und verständlichen Zusammenfassung beruhen, wofür wer wie welche Daten nutzt. Wir setzen uns dafür ein, dass es **für die wirtschaftliche Nutzung von personenbezogenen Daten klare Regeln und Grenzen** gibt. Auch die Privatsphäre von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss in einer digitalen Wirtschaft gegenüber dem Arbeitgeber gewahrt bleiben.

Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit persönlichen Daten als bildungspolitischen Auftrag an den Schulen verankern und auch für ältere Menschen Bildungsangebote für den Umgang mit der digitalen Welt entwickeln.

Wir werden den Datenschutzbeauftragten unseres Landes weiter als unabhängige Behörde stärken und mit den notwendigen Mitteln und Möglichkeiten ausstatten, um umfassende Beratungs- und Kontrollmöglichkeiten zur Sicherung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger vorhalten zu können.

18. Medienpolitik und Medienkompetenz im digitalen Wandel gestalten

Die hessische SPD bekennt sich zu einer pluralen Medienordnung, in der private wie öffentlich-rechtliche Anbieter gleiche Chancen für ihre Entwicklung haben. Gerade unter den Bedingungen der digitalen Welt ist der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** wichtiger denn je: Er stellt für die gesamte Gesellschaft eine Grundversorgung mit Informationen, Bildung und Unterhaltung zur Verfügung. Insbesondere starke

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Informationsangebote bieten den Menschen verlässliche und vertrauenswürdige Orientierungspunkte in einer zunehmend unübersichtlich werdenden Medienwelt. In der aktuellen Diskussion um das Gleichgewicht zwischen öffentlichen-rechtlichen Anbietern und privaten Zeitungsverlegern werden wir auf einen Kompromiss hinwirken, der das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Vielfalt und Qualität in den Mittelpunkt stellt.

Auch die **privaten Rundfunkanbieter** tragen eine gesellschaftliche Verantwortung, demokratische Teilhabe zu ermöglichen und bestimmte gesellschaftlich relevante Angebote auszustrahlen.

Die SPD wird die **Vielfalt der Presse in Hessen erhalten und fördern**. Eine freie Presse ist für eine gelingende Demokratie von großer Bedeutung. Deshalb werden wir Rahmenbedingungen schaffen, die es Zeitungen ermöglichen, mit ihren Geschäftsmodellen erfolgreich zu sein, um ihren Nutzer/-innen Qualitätsjournalismus anbieten zu können. Nach dem Vorbild von NRW werden wir eine Stiftung zur Sicherung der Vielfalt im Lokaljournalismus gründen. Das Medienkonzentrationsrecht werden wir im Licht der digitalen Entwicklungen überprüfen.

Wir sind uns bewusst, dass gerade auch neue Onlineangebote auf den Markt drängen. Diese sind eine gute und wichtige Ergänzung zu den bestehenden Printmedien.

Meinungs- und Informationsfreiheit zu schützen heißt für uns vor allem, die Grundlagen für Chancengleichheit beim technischen und inhaltlichen Zugang zu den Medien herzustellen. Es gilt, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Das veränderte Medienangebot und die veränderte Nutzung von Medien erfordert eine stärkere **Verankerung von kritischer Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssystem**, über alle Altersgruppen hinweg. Sowohl im vorschulischen Bereich als auch in der Schule und Hochschule sowie in der Jugend- und vor allem in der Erwachsenenbildung sind passende Lehr- und Lernangebote für die Vermittlung von Medienkompetenz und digitale Alphabetisierung (digital literacy) zu schaffen. Medienbildung sehen wir als wichtigen Bestandteil eines selbstbestimmten und souveränen Handelns mit Medien. Wer Wahrheit nicht von Unwahrheit, Fakes

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

nicht von News und echte nicht von unechten Bildern unterscheiden kann, wird zum manipulierbaren Spielball von Interessen.

Wir setzen uns für juristische Mindeststandards auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene im Kinder-, Jugend- und Verbraucherschutz ebenso wie in Bereichen der Sicherheit und im Urheberrecht ein.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben. Leitgedanke unserer Sozialpolitik ist die Inklusion. Sie bedeutet, dass trotz aller Unterschiede bei Geschlecht, Alter, physischer, psychischer und geistiger Konstitution, sozialer, ethnischer oder kultureller Herkunft und sozialem Status jeder Mensch von Anfang an die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat.

Dazu benötigen wir einen aktiven und vorbeugenden Sozialstaat, der unterstützt und fördert, ohne zu bevormunden. Ein vorbeugender Sozialstaat verhindert Benachteiligungen, bevor sie entstehen. Er nützt nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern der gesamten Gesellschaft, indem er „Reparaturkosten“, wie sie etwa durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität entstehen, verhindert und indem er die Grundlagen eines friedlichen, gleichberechtigten und solidarischen Zusammenlebens schafft. Wir fordern die Aufnahme der Inklusion als Grundrecht in die Hessische Verfassung.

1. Soziale Infrastruktur wieder aufbauen

Durch die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 wurden in Hessen zentrale Elemente eines aktiven, vorausschauenden, ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats zerschlagen. Deren Sozialpolitik erschöpft sich bis heute weitgehend in Modellvorhaben, Schaufensterprojekten ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne nennenswerten Mehrwert. Die finanzielle und operative Verantwortung wurde und wird vor allem auf die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wir werden einen grundlegenden Richtungswechsel einleiten.

Für uns ist es die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik, die soziale Infrastruktur, ohne die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist, zu erhalten und auszubauen. Dazu gehören Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Einrichtungen der Jugendhilfe und der Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prävention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen und in sozialen Notlagen, Arbeitsförderung, Migrationsberatungsstellen und andere Beratungsangebote und sozialer Wohnungsbau. Diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabilität und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit einem **konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten Sozialbudget** werden wir die soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Betroffenen, mit Wohlfahrtsverbänden und Kommunen wiederaufbauen und ein neues tragfähiges soziales Netz für Hessen knüpfen.

Landeszuschüsse müssen im Fall von Tarifsteigerungen entsprechend erhöht werden, damit angemessene Löhne nicht zu Kürzungen des Angebots führen.

2. Gute Arbeitsbedingungen für gute Leistung in den sozialen Einrichtungen

Gute soziale Arbeit ist nur bei guten Arbeitsbedingungen möglich. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Einrichtungen **angemessen entlohnt** und **vor Überlastung geschützt** und **Mindeststandards für Alten- und Krankenpflege** definiert werden. Wir werden Landeszuschüsse zu sozialen Einrichtungen regelmäßig der Tarifentwicklung anpassen. Ein

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

neues soziales Netz für Hessen kann niemals allein von der Landespolitik geknüpft werden, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Trägern, Verbänden und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband entstehen.

3. Armuts- und Reichtumsbericht wiedereinführen und Aktionsprogramm Armutsbekämpfung

Wir werden eine **Sozialberichterstattung schaffen**, die diesen Namen verdient. Sie wird die Grundlage einer neuen Kultur der bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hessen bilden. Sie muss konsequent in Form eines Reichtums- und Armutsberichts des Landes Hessen Armut, Reichtum und weitere soziale Unterschiede landesweit abbilden. Wir werden sicherstellen, dass ein solcher Bericht fristgerecht vorgelegt wird und dass die darin enthaltenen Empfehlungen Richtschnur der Politik werden.

Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Alleinerziehende, zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung sind betroffen. Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder Sucht bedingen den Verlust der sozialen Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit. Unser Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die die Kinderarmut, Armutsfolgen und Armutswirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung ist die **Teilhabe an Arbeit und der Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und kulturellen Angeboten, Sport und Begegnung**. Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen wieder aufbauen. Wir werden ein **Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung** auflegen.

Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Armutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Beratung für Migranten und Flüchtlinge, Obdachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, lokale Beschäftigungsinitiativen und Jugendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Le-

benslagen, Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenarbeit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, sozialpsychiatrische Dienste, Psychiatrieerfahrene und Angehörige und alle Formen der Hilfe zur Selbsthilfe und vieles mehr.

Wir wollen dabei auch die Anerkennung und die Bedingung für das soziale Ehrenamt verbessern, also für diejenigen, die sich privat und ehrenamtlich für die soziale Teilhabe von benachteiligten Menschen einbringen.

Besonderes Augenmerk werden wir auf die steigende Zahl von Wohnungslosen richten und dabei spezielle Angebote für besonders schutzbedürftige Gruppen vorsehen (z. B. junge und ältere Menschen, Frauen, teilweise mit Kindern, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen). Wir werden eine Wohnungsnotfallstatistik einführen, um mit diesen Daten Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit vernünftig planen zu können.

4. Ehrenamt und Vereinsarbeit als Kitt der Gesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Ehrenamt und individueller Einsatz für andere sind eine wesentliche Säule unserer Demokratie und die Grundlage für Lebensqualität über die staatliche Absicherung der Daseinsvorsorge hinaus. Wir setzen auf starke Kommunen, die **ehrenamtliches Engagement wertschätzen**. Wir werden den Kommunen helfen, Beratung und die Förderung unterstützender, bedarfsgerechter hauptamtlicher Strukturen für das Ehrenamt anzubieten.

Wir wollen neue Wege der Beteiligung insbesondere auch von jungen Menschen erproben sowie – u. a. in Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Organisationen – Engagement als gesellschaftliche Teilhabe erfahrbar machen.

Vereine, Verbände, Sport, Glaubensgemeinschaften und -gemeinden, Gewerkschaften und Initiativen leben vom ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer, die ihre persönlichen Erfahrungen und ihr berufliches Know-how einbringen. Passgenaue Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Ehrenamtliche, die Förderung von Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

von Netzwerken sichern diese personellen Grundlagen von Vereinen und Verbänden. Wir setzen uns dafür ein, das Angebot und den Berechtigtenkreis der Ehrenamtskarte auszubauen.

5. Mit Sportförderung Zusammenhalt, Gesundheit und Teilhabe für alle Altersklassen erreichen

Wir wollen mit einem Programm „Sport in Hessen 2025“ die Umsetzung des Staatsziels Sport stärken. Für nahezu jede Sportart benötigen wir geeignete Sportanlagen. Unser Ziel ist deshalb, in Hessen eine zeitgemäße und gut ausgestattete Sportstätteninfrastruktur zu schaffen. Wir wollen Kommunen und Vereine bei Neubau und Sanierung von Schwimmbädern und Sportanlagen unterstützen und fördern die interkommunale Zusammenarbeit. Wir wollen neue Sportarten und Angebotsformen berücksichtigen und der demografischen Entwicklung sowie unterschiedlichen Sportbedürfnissen, beispielsweise für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen, Rechnung tragen.

Sportpolitik ist für uns auch aktive Sozialpolitik. Denn Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Herkunft, sozialem und kulturellem Hintergrund, Nationalität sowie individuellen körperlichen und intellektuellen Voraussetzungen zusammen und stärkt damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dieses Potenzial verlangt eine Sportpolitik, die ein Netzwerk in alle Politikbereiche spannt und deren Zusammenarbeit unterstützt. Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen zum Einstieg oder Wiedereinstieg in Sport und Bewegungsaktivitäten entscheiden.

Eine SPD-Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen auf Augenhöhe fördern und alle nötigen Voraussetzungen für vielfältige Angebote in Ganztagschulen und Schulen mit freiwilligen Nachmittagsangeboten schaffen, damit der Ganztagschulausbau nicht zulasten der Nachwuchsarbeit der Vereine geht. Wir wollen alle Schulen mit Ganztags- und Nachmittagsangeboten organisatorisch und personell in die Lage versetzen, Kooperationen mit den Sportvereinen in ihrem Umfeld aufzubauen und mehr Schülerinnen und Schüler aus allen Schichten für Sport und Ehrenamt begeistern.

Wir wollen **junge Menschen im Wettkampf- und Spitzensport fördern**. Dies hilft nicht nur bei der Entfaltung ihrer Talente, sondern schafft zugleich wichtige Vorbilder und Identifikationsmöglichkeiten für andere Jugendliche. Dies werden wir durch die Bereitstellung der notwendigen Strukturen unterstützen. Fairness und humaner Spitzensport sind dabei der Gradmesser für die Integrität von Vereinen und Verbänden.

6. Gleiche Rechte und Toleranz für Menschen aller geschlechtlicher und sexueller Identitäten

Wir fordern gleiche Rechte für Menschen, die gleichgeschlechtlich lieben oder eine sexuelle Orientierung haben, die jenseits der heterosexuellen Mehrheit liegt, oder eine andere oder geschlechtliche Identität haben. **Wir bekämpfen Hass und Diskriminierung**, gleich aus welcher Richtung, und werden Maßnahmen ergreifen, um ein Klima der Offenheit und Akzeptanz für verschiedene Lebensentwürfe bereits in den Bildungseinrichtungen zu verankern.

Angelehnt an bestehende Initiativen werden wir ein Gütesiegel „Schule der Vielfalt“ schaffen. Schulen, die ein Diversity-Konzept in ihrem Schulprogramm verankern, werden wir unterstützen. Beauftragte Lehrkräfte für Vielfalt werden wir fortbilden, vernetzen und für ihre Arbeit entlasten und Initiativen und Projekte fördern, die eine niedrigschwellige Einführung in das Themengebiet ermöglichen. Vielfältige Lebensweisen sollen nicht nur punktuell behandelt, sondern in den Alltag integriert sein. Die Einbindung von Projekten wie „SCHLAU“ können das Verständnis steigern.

Um zielgenaue Maßnahmen planen zu können, werden wir eine wissenschaftliche Untersuchung initiieren, die ermittelt, welche Haltungen gegenüber vielfältigen Lebensweisen und Identitätsmerkmalen an hessischen Schulen in welchem Umfang verbreitet sind.

Auch jenseits des Projekts „SCHLAU“ wollen wir **alle Schulen für das Problem der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und transsexuellen Menschen sensibilisieren**. Wir werden die Schulen mit geeigneten Konzepten in die Lage versetzen, solche Probleme frühzeitig zu erkennen, einzugreifen und Betroffene zu schützen.

Wir unterstützen die Einrichtung einer Landesfachstelle, die diesbezüglich Angebote für die in der Jugendarbeit Tätigen bzw. für öffentliche und freie Träger unterbreitet.

Wir unterstützen regionale Jugendzentren, Anlaufstellen und Beratungs- sowie Unterstützungsangebote für Jugendliche mit sexuellen Identitäten jenseits der heterosexuellen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen erreichen, dass in allen Regionen Hessens entsprechende Angebote vorhanden sind.

Wir wollen ein Hessisches Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, das die Verwaltungsbehörden an die Gleichbehandlungsgrundsätze bindet, mit dem Ziel der Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie die Förderung der Wertschätzung einer Kultur der Vielfalt.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit Vorbildfunktion als Arbeitgeber

Nach 19 Jahren CDU-geführten Regierungen in Hessen ist für die Wertschätzung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Politikwechsel dringend erforderlich. Jahrelang mussten sie als Sparsbüchse der Landesregierung herhalten. Keine oder nur geringe Besoldungs- und Tarifierhöhungen, die längste Wochenarbeitszeit bundesweit und Kürzungen der Beihilfe sind nur einige Beispiele.

Wir werden den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften und den Berufsverbänden eine Vereinbarung für den öffentlichen Dienst unter dem Motto „Vertrauen gegen Vertrauen“ anbieten, der durch einen respektvollen Umgang miteinander und durch Wertschätzung der geleisteten Arbeit geprägt sein wird.

Für uns ist es wichtig, dass das **Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt** und alle Be-

schäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen an der Einkommensentwicklung teilhaben können. Besoldungsdiktate und Nullrunden wird es mit uns nicht geben.

Seit den 1990er-Jahren gilt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe ein Tarifvertrag. Das Land Hessen hat mit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2004 diesen Weg leider mitbestritten. Wir werden im Fall eines Wahlsieges **das Land Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der alle anderen Bundesländer angehören, zurückführen.** Für Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvollzugs werden wir die Ruhegehaltfähigkeit der Stellenzulagen einführen. Wir setzen uns außerdem für die Erhöhung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein.

Die Attraktivität des Landes Hessen als Arbeitgeber im öffentlichen Sektor hängt jedoch nicht nur von finanziellen Rahmenbedingungen ab. Für uns spielen auch die Gestaltung von flexiblen (Lebens-)Arbeitszeitmodellen sowie Aus- und Fortbildungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen eine entscheidende Rolle.

Wir werden die **Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten** ebenso wie bei den Tarifbeschäftigten **auf 40 Stunden in der Woche begrenzen.**

Die zahlreichen Ruhestandsversetzungen in den nächsten Jahren sind vor dem Hintergrund des erheblichen Personalabbaus CDU-geführter Landesregierungen eine große Herausforderung. Daher müssen wir jetzt die Weichen dafür stellen, dass der öffentliche Dienst auch in Zukunft handlungsfähig und vor allem wettbewerbsfähig ist. Wir wollen deshalb in den Nachwuchs investieren und einen Schwerpunkt bei der Ausbildung und der Übernahme junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen.

Die verbreitete grundlose Befristung von Arbeitsverträgen verstetigt prekäre Beschäftigung und verbaut jungen Menschen die Perspektive zur Familiengründung. **Wir werden darauf hinwirken, dass das Land als Arbeitgeber und seine Betriebe und Beteiligungen auf grundlose Befristungen verzichten.**

Die Verwaltung in Hessen werden wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zukunftsfähig gestalten. Um eine bessere Mitwirkung bei Reform- und Organisationsentwicklungen zu ermöglichen, wollen wir eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes vornehmen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten einen Entwicklungsprozess zu einer umfassenden Staatsmodernisierung im Sinne einer bürgernahen, effektiven und modernen Verwaltung in Gang bringen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... für Zugewanderte und ihre Familien

1. Integration als Erfolgsgeschichte fortschreiben

Hessen ist seit Jahrzehnten ein in hohem Maße **erfolgreiches Einwanderungsland**. Zugewanderte Menschen und ihre Familien mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen sind heute aus unserer Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik nicht mehr wegzudenken. Gleichwohl gibt es für die erfolgreiche Integration aller Zugewanderten und ihrer Familien immer noch vieles zu tun und zu verbessern. Für uns ist Integration deshalb eine der wichtigsten politischen Zukunftsaufgaben der kommenden Landesregierungen.

Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Status in einer unserem Grundgesetz verpflichteten Rechts- und Wertegemeinschaft. Menschen mit Migrationshintergrund müssen auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen **gleiche Chancen zur aktiven Teilhabe** am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben haben.

Wir brauchen ein Integrationsgesetz für Hessen, um die verschiedenen Aspekte der Landespolitik im Hinblick auf die Anforderungen in diesem wichtigen Feld sinnvoll zu gestalten.

Unsere Integrationspolitik setzt einen **Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen**.
Wir wollen

- möglichst frühe und individuelle Förderung, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen,
- gezielte Ansprache, Beratung und Einbeziehung der Eltern,
- interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit, Wissen für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten als Schwerpunkt von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte und
- mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integration. Wir werden deshalb für mehr alltagsintegrierte bedarfsgerechte Angebote zur Sprachförderung sorgen.

Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund gezielt bei der **Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** unterstützen, insbesondere beim Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist sowohl für die Betroffenen als auch für die heimische Wirtschaft wichtig, damit vorhandene Qualifikationen optimal genutzt werden können.

Wir wollen den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, sowohl in den Verwaltungen als auch in den öffentlichen Einrichtungen erhöhen – ebenso in Führungspositionen.

Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln. Wir wollen das gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärker fördern.

2. Integrationskraft der Schulen weiter stärken

Zentral für das Gelingen schulischer Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist das Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik. Obwohl engagierte Lehrkräfte und Schulen bei der Integration starke Leistungen erbringen, ist die immer noch vorhandene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der kulturellen Herkunft gegenüber allen betroffenen Kindern ungerecht und ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit unserer Schulpolitik sorgen wir deshalb dafür, dass die bestehenden Benachteiligungen in unserem Schulsystem, die nicht nur, aber in besonderem Ausmaß Kinder aus Zuwanderungsfamilien treffen, beseitigt werden.

Wir wollen die **Integrationskraft unserer Schulen stärken**. Wir werden sie mehr als bisher in die Lage versetzen, sich auf die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft einzustellen. Wir werden die **Herkunftssprachen als Fremdsprachen** an hessischen Schulen aufwerten, um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften sowie ihre spezifischen Fähigkeiten zu fördern. Gleichzeitig werden wir einen Schwerpunkt auf die **fehlerfreie Beherrschung der deutschen Sprache** in Wort und Schrift als zentrale Kommunikationssprache und wichtigen Faktor für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe setzen.

3. Gleichberechtigung und Teilhabe für Hessinnen und Hessen mit Migrationshintergrund

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus. Wir treten daher für das aktive und passive kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ein. Wir werden die Arbeit der **kommunalen Ausländerbeiräte** und ihrer Dachorganisation weiter aktiv unterstützen. Wir befürworten die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung, insbesondere ein klar geregeltes Rede- und Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten und das aktive Wahlrecht eingebürgerter Personen zu den Ausländerbeiräten.

Wir stehen zur verfassungsrechtlich garantierten Ausübung der Religionsfreiheit in unserem Land. Die **Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften** ist selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Der Islam als Religion, die religiösen Gemeinschaften und Verbände und die Muslime sind Teil unserer Gemeinschaft. Wir wollen den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Schulaufsicht ausweiten und die Studiengänge für islamische Religionspädagogik und Theologie ausbauen.

Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie sind elementare Bestandteile sozialdemokratischer Integrationspolitik. Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz vorlegen, damit sich Betroffene auch in den Bereichen rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind.

4. Integration beginnt am Tag der Einreise

Das Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt ist, ist für uns unantastbar. Auch wenn die Zahl der Asylanträge gegenwärtig rückläufig ist, suchen immer noch viele Menschen Schutz in unserem Land. Um Integration von vornherein zur Erfolgsgeschichte zu machen, wollen wir Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an ermöglichen.

Wir befürworten den **Familiennachzug** für alle dauerhaft hier lebenden Menschen, auch für unter subsidiärem Schutz Lebende, erstens aus humanitären Gründen, zweitens aufgrund des grundgesetzlich geforderten Schutzes für Ehe und Familie und drittens, weil sich Familiennachzug positiv auf den Integrationswillen und -erfolg auswirkt.

Für uns beginnt Integration am ersten Tag der Einreise. Bis sie erreicht ist, sollen Asylbewerberinnen und Asylbewerber würdig untergebracht werden. Dazu gehören einheitliche **verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte**. Wir wollen alle zu uns kommenden Menschen frühzeitig mit unseren Werten und Normen und unseren Regeln und Gesetzen für ein demokratisches und tolerantes Miteinander vertraut machen.

Populistische Forderungen von rechter und konservativer Seite nach Leistungskürzungen für Schutzsuchende unter das soziokulturelle Existenzminimum lehnen wir ab, da sie die Integration erschweren und zur Ausgrenzung der Betroffenen aus dem gesellschaftlichen Leben führen.

Wir setzen uns für eine **unabhängige Verfahrensberatung** für neu ankommende Schutzsuchende Menschen ein, die ihnen hilft, das komplizierte Asylverfahren zu durchlaufen und ihre Rechte wahrzunehmen. Wir stärken die soziale Betreuung, auch bei dezentral untergebrachten Flüchtlingen. Wir werden geeignete Versorgungsstrukturen für besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige, Alte, Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen und traumatisierte Flüchtlinge aufbauen.

Wir wollen die Arbeit der **Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen**. Dieses ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe ist unersetzlich und erfüllt uns mit Stolz.

Damit die Integrationsarbeit für Flüchtlinge nicht zulasten der Kommunen geht, werden wir die Städte und Gemeinden bei den Kosten für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen auskömmlich finanzieren.

An den Schulen wollen wir gewährleisten, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern beim Ankommen im Klassenverbund und in die Schulgemeinde begleitet werden. Wir werden die Anzahl der Wochenstunden in den sogenannten Intensivklassen und die Besuchsdauer dem tatsächlichen Nachholbedarf anpassen. Daneben werden wir die **nachholende Bildungsarbeit** ausbauen. Für Quereinsteiger werden wir die Altersberechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre erhöhen,

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

damit insbesondere Flüchtlinge einen Schulabschluss an beruflichen Schulen oder Schulen für Erwachsene erwerben können. Wir wollen Intensivklassen an allen Schulformen.

Hessen ist stolz darauf, ein hilfsbereites Land zu sein, das Menschen, die Schutz und Hilfe benötigen, aufnimmt. Genauso wirken wir darauf hin, dass alle, die kein Anrecht auf unseren Schutz oder auf ein dauerndes Aufenthaltsrecht genießen, das Land wieder verlassen. Abschiebungen aus „Schutzräumen“, etwa aus Schulen oder psychiatrischen Einrichtungen, lehnen wir ab. Wir unterstützen Menschen, die freiwillig ausreisen, und wollen ihnen helfen, sich in ihrem Heimatland eine neue Perspektive aufzubauen.

Wir wollen es ermöglichen, dass Menschen, die als Flüchtlinge hier leben, durch eigene Integrationsanstrengungen und -leistungen ein dauerhaftes Bleiberecht und die Möglichkeit zur Einbürgerung erwerben können, um zusätzliche positive Anreize für die Integration zu setzen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... für Menschen mit Behinderung

Mit dem Beitritt zur UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung die vollumfängliche Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Wir wollen ihren Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft mit Leben füllen. Behindertenrechte sind Menschenrechte. Darum ist es unser Ziel auch in Hessen, eine alle Gesellschafts- und Lebensbereiche umfassende inklusive Gesellschaft aufzubauen und zu erhalten.

1. Inklusion von der Kita bis in den Beruf

Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich sein: Wir wollen inklusive Bildung von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen ohne Qualitätsverlust und Nachteile ermöglichen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit in jeglicher Hinsicht auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln.

Die CDU-geführten Landesregierungen der vergangenen 19 Jahre sind die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigung in die Regelschulen zu spät, zu halbherzig und ohne zu Ende gedachtes Konzept angegangen. Das daraus resultierte Inklusionschaos hat dem Ziel der Teilhabe Kinder mit Behinderung mancherorts eher geschadet als genützt. Das werden wir ändern. **Kinder mit Behinderung haben ein Recht auf Einbeziehung in die Gemeinschaft.** Inklusion hat Vorteile für beide Seiten, wenn sie richtig durchgeführt wird. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrer/innenbildung ausweiten, damit zukünftig alle Schulen ihren Aufgaben bei der Inklusion besser und ohne Qualitätsverlust gerecht werden können. Alle Kinder, auch die mit Behinderung, haben das Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Jede Schule muss deshalb in die Lage versetzt werden, inklusiv zu arbeiten. Den Einsatz von Förderpädagogen an den allgemeinen Schulen werden wir transparenter und vor allem verlässlicher gestalten. Wir werden die Einführung der Gebärdensprache als Fremdsprache unterstützen.

Wir werden die neuen technischen und medialen Möglichkeiten im Sinne der Inklusion vorantreiben. Zudem werden wir die **Ausbildungskapazitäten an unseren Universitäten** und Studienseminaren so erhöhen, dass wir so schnell wie möglich die nötige sonderpädagogische Grundversorgung erreichen. Außerdem wollen wir, dass die Grundlagen des inklusiven Unterrichtens Bestandteil jeder Lehrkräfteausbildung werden.

Mit einem **Masterplan Inklusion** werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren. Bestehenden Förderschulen für Kinder mit Behinderung wollen wir die Möglichkeit eröffnen, sich zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln, und werden Fusionen mit Regelschulen unterstützen. Ein solcher Masterplan muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein.

Wir werden unsere Anstrengungen zur **Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung** weiter verstärken mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen eine geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten zu können. Dazu gehören die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von Assistenzen und unterstützter Beschäftigung, ein persönliches Budget für Arbeit, ein flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des Integrationsfachdienstes sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller Akteure auf dem Ausbildungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern, um ein entsprechendes Stellenangebot zu sichern. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion.

Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischer Krankheit.

Menschen mit Behinderung benötigen eine andere und intensivere Gesundheitsvorsorge und andere Behandlungen als Menschen ohne Behinderung. Wir wollen dafür sorgen, dass sie diese bekommen.

2. Barrieren weiter abbauen

Wir wollen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chronischen Einschränkungen in allen Bereichen. Wir werden alle wesentlichen Veröffentlichungen des Landes auch in **leichter Sprache** vorhalten. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter Sprache einführen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte, Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechte Wohnungen sowie eine barrierefreie bzw. barrierearme Bauweise ein.

3. Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung stärken

Wir werden die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die **Wahl oder Berufung von Behindertenräten oder -beiräten sowie Behindertenbeauftragten** verbessert werden. Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen.

Landesbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und angemessen ausgestattet werden und den Landesbehindertenbeauftragten vorschlagen können. Wir wollen das Wahlrecht auch für vollbetreute Menschen.

Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken. Dazu gehört das **Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen**. Dazu werden wir ein differenziertes Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderung voranbringen. Auch die Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden durch ein flächendeckendes System für Information, Beratung, Motivation und Begleitung.

4. Frauen mit Behinderung vor Mehrfachdiskriminierung schützen

Frauen mit Behinderungen sind oftmals von mehrdimensionaler Diskriminierung in nahezu allen Lebensbereichen betroffen. Frauen mit Behinderung bilden das Schlusslicht auf dem Arbeitsmarkt, gleich welche Qualifikation sie erworben haben. Wir als SPD setzen uns für den **besonderen Schutz** dieser Frauen und für eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Es bedarf einer Qualifizierungsoffensive für Frauen mit Behinderung in Schule, Ausbildung und Beruf sowie spezieller Förderangebote für berufstätige Frauen und Mütter mit Behinderung.

5. Verlässliche Unterstützung für den Landeswohlfahrtsverband

Auch in Zukunft halten wir den Landeswohlfahrtsverband, der als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und als Integrationsamt für wichtige Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung in Hessen zuständig ist, für unverzichtbar. Er ist zudem Träger von Förderschulen und von Frühförderstellen für sinnesbeeinträchtigte Kinder sowie Krankenhaus- und Einrichtungsträger in Hessen.

Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung stärker dafür einsetzen, dass **der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung** vollständig übernimmt.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... für aktive Seniorinnen und Senioren

Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unser Land. Wir wollen die Erfahrung und Verantwortungsbereitschaft der Älteren vertrauensvoll nutzen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Erfahrung der Älteren und die Dynamik der Jugend gleich viel gelten. Wir setzen uns ein für gesundes Altern, gesundheitliche Vorsorge, jederzeit rasche Arzttermine und armutsfeste Renten. Viele ältere Menschen leisten wertvolle Arbeit – unentgeltlich. Sie betreuen Enkelkinder oder helfen z. B. Jugendlichen als Ausbildungspaten bei der Ausbildungsplatzsuche. Das Ehrenamt im Sport und Vereinsleben, in Glaubensgemeinschaften oder im Sozialbereich ist vielerorts ohne Ältere kaum denkbar.

Glücklicherweise steigt unsere Lebenserwartung von Jahr zu Jahr an, unsere Gesellschaft wird an Jahren älter. Wir nehmen die Herausforderung an, eine Gesellschaft des aktiven und selbstbestimmten längeren Lebens zu gestalten. Wir wollen, dass jede und jeder bis ins hohe Alter alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bekommt, selbstbestimmt zu handeln und selbstständig zu wohnen und zu leben.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Wir werden die Landessenorenvertretung stärken und unterstützen. Eine wirkliche Mitwirkung muss durch die flächendeckende Einrichtung von Seniorenbeiräten gewährleistet werden. Wir werden die Landessenorenvertretung stärken und unterstützen und die Chancen eines Seniorenmitwirkungsgesetzes prüfen.

1. Altersgerechtes Wohnen zum Schwerpunkt der Wohnraumförderung machen

Wir wollen, dass das Land konsequent in den Bau bezahlbarer Wohnungen, gerade auch für ältere Menschen, investiert. Insbesondere alleinlebende ältere Menschen brauchen eine Wohnumgebung in einem sicheren Umfeld mit einer guten Infrastruktur. Deshalb wollen wir durch **generationsübergreifendes Wohnen** ein Wohnangebot fördern, in dem die Bedürfnisse von jungen Familien und älteren Menschen gleichermaßen berücksichtigt werden. Menschen, die der Pflege bedürfen, sollen eine Auswahl aus unterschiedlichen Angeboten treffen können, angepasst an ihren Bedarf, jeweils mit der Möglichkeit zu ergänzen, wenn der Pflegebedarf wächst.

Wir wollen barrierefreies und altersgerechtes Wohnen in einem sicheren Umfeld für alle ermöglichen. Dazu gehören eine Ausweitung der Wohnraumberatung und die **Unterstützung von älteren Menschen bei Organisation und Finanzierung** ihres Bedarfs. Für die Einrichtungen des betreuten Wohnens wollen wir eine unabhängige Schiedsstelle, die dafür sorgt, dass Menschen, die sich für diese Wohnform entscheiden, ihre Rechte wahrnehmen können, wenn ihre Kräfte nachlassen.

Derzeit ist „betreutes Wohnen“, also Wohnen in einem seniorenrechtlichen Umfeld mit der Möglichkeit, bei Bedarf hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Pflegedienste oder Essen auf Rädern anzufordern, kein geschützter Begriff. Um alte Menschen und ihre Angehörigen vor bösen Überraschungen zu bewahren, wollen wir erreichen, dass Mindestanforderungen für Werbung mit diesem Begriff verbindlich festgelegt und kontrolliert werden.

2. Altersgerechte Mobilität

Ein verlässlicher, regelmäßiger, barrierefreier und **bezahlbarer Personennahverkehr** muss die Mobilität verbessern, insbesondere im ländlichen Raum. Zusätzlich wollen wir ehrenamtliches und genossenschaftliches Engagement dabei unterstützen, eine Haus-zu-Haus-Mobilität sicherzustellen. Barrierefreie Fahrzeuge und beleuchtete, überdachte und mit ausreichend Sitzplätzen ausgestattete Haltestellen wollen wir zur Regel machen.

3. Kultur- und Bildungsangebote für Ältere

Lernen ist ein lebenslanges Bedürfnis, der Zugang zu Angeboten der Kultur und Bildung muss auch für die ältere Generation möglich sein. Dies betrifft Universitäten ebenso wie Volkshochschulen und Bibliotheken. Kurze Wege zu niedrigschwelligen Angeboten müssen durch eine angemessene Unterstützung und Förderung durch das Land ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des Erinnerns gewährleisten.

Ohne **Weiterbildung auch im Alter** ist eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und technischen Fortschritt nur schwer möglich. Die zukünftigen Assistenzsysteme in allen Lebensbereichen können leichter genutzt werden, wenn sich der Einzelne auch nach seinem Berufsleben entsprechend weiterentwickelt.

4. Sicherheit älterer Bürgerinnen und Bürger gewährleisten

Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders perfide. Wir werden **Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen** in Bereichen verstärken, in denen Seniorinnen und Senioren gezielt zum Opfer von Verbrechen werden.

... mit guter und erreichbarer Gesundheitsversorgung

Das Gesundheitswesen braucht eine gute Steuerung. Wir wollen, dass in Hessen nirgendwo Unterversorgung droht und dass eine wohnortnahe Arzneimittelversorgung überall gewährleistet ist. Gleichzeitig wollen wir auch örtliche Überversorgung vermeiden, um nicht notwendige Kosten für die Allgemeinheit zu verhindern, etwa durch eine bessere Krankenhausplanung. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen.

Wir werden ein auf die jeweiligen Regionen abgestimmtes Konzept zur Gesundheitsversorgung sicherstellen. Notwendig sind eine vollständige Überarbeitung der Bedarfsbemessung, Kooperationen im Gesundheitsbereich, mehr Einfluss für die Kommunen, Gesundheitszentren/Nahversorgungszentren, Einsatz von besonders geschulten Pflegefachkräften sowie E-Health, aber auch Motivation und Qualifikation der Studierenden in der Medizin, um sie für unterversorgte Regionen zu gewinnen. Medizinstudierende, die sich als Ärztinnen oder Ärzte in unterversorgten Gebieten niederlassen wollen, wollen wir studienbegleitend fördern.

Armut macht krank, und Krankheit macht arm. In Deutschland leben arme Menschen über zehn Jahre kürzer als reiche Menschen, und sie sind länger krank. Wir werden die Möglichkeiten des Präventionsgesetzes nutzen und mit eigenen Projekten ergänzen, die die Gesundheitschancen benachteiligter Bevölkerungsteile spürbar verbessern.

1. Ärztemangel auf dem Land angehen und überall erreichbare Versorgung sichern

Es gibt insgesamt mehr Medizinerinnen und Mediziner als jemals zuvor. Dennoch steht die medizinische Versorgung gerade auf dem Land vor erheblichen Herausforderungen. Viele junge Ärztinnen und Ärzte wollen im Ballungsgebiet oder im Angestelltenverhältnis arbeiten.

Nur jede/r zweite Hausarzt/Hausärztin findet derzeit eine/n Nachfolger/-in für seine/ihre Praxis. Um die gegenwärtige Versorgung zu halten, müssten mindestens doppelt so viele Fachärzte für Allgemeinmedizin ausgebildet werden. Wir setzen uns deshalb für die **Schaffung weiterer Medizinstudienplätze** ein und für mehr Praxisanteile und eine verbesserte Verknüpfung von Theorie und Praxis.

Im bestehenden Gesundheitssystem werden Ärztinnen und Ärzte benachteiligt, die sich an Orten mit wenigen Privatpatienten niederlassen. Die aktuelle Trennung in privat und gesetzlich Versicherte verschärft somit das Problem der Unterversorgung in vielen Regionen. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Abbau der Zweiklassenmedizin und langfristig für die Einführung einer Bürgerversicherung ein.

Einzigste Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist die flächendeckende Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, die nicht überall erfolgreich gelingt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass den kommunalen Gebietskörperschaften ein vorrangiges Recht zur Übernahme vakanter Vertragsarztsitze mit dem Ziel der **Einrichtung kommunaler Versorgungsstrukturen** zukommt. Damit kann Versorgung bedarfsgerecht gesteuert und es können familiengerechte, flexible Arbeitsplätze für Ärztinnen und Ärzte angeboten werden.

Wir unterstützen die Anstellung von Vertragsärztinnen und -ärzten oder von Ärztinnen und Ärzten in einem der medizinischen Versorgungszentren, in denen haus- und fachärztliche Versorgung angesiedelt werden kann. Wir wollen daneben eine **Förderung für Praxisübernahmen** und neue Niederlassungen von Hausärzten im ländlichen Raum, wo Unterversorgung droht. Eine grundlegende Gesundheitsversorgung muss für jede und jeden gut erreichbar sein – überall in Hessen. Wir werden Gemeindeschwestern und -assistenten als Instrument der aufsuchenden Sozialarbeit unter dem Aspekt des Kümmerns für die ältere Generation flächendeckend einführen. Darüber hinaus können sogenannte Versorgungsassistentinnen und Versorgungsassistenten Hausärztinnen und Hausärzte erheblich entlasten. Diese besonders geschulten Fachkräfte übernehmen vielfältige Aufgaben für die individuelle Betreuung von Patientinnen und Patienten. Mit dem Konzept der qualifizierten Gemeindeschwestern/-pfleger und den Versorgungsassistenten/innen

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

schaffen wir einen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung und entlasten Haus- und Facharztpraxen. Dadurch wird die Erreichbarkeit verbessert und Wartezeiten werden verringert.

Ergänzende Leistungen durch das **E-Health** werden immer wichtiger: Bis 2018 sollen Arztpraxen und Krankenhäuser flächendeckend an die Telematikinfrastruktur angeschlossen sein. Damit besteht vor allem für ländliche unterversorgte Räume die Möglichkeit, ohne lange Wege für die Patienten auf Expertise von Fachärzten zurückzugreifen. Den wichtigen Arzt-Patienten-Kontakt können und wollen wir durch digitale Möglichkeiten aber nicht gänzlich ersetzen.

Als Schutz vor HIV-Infektionen wollen wir einer Infektion vorbeugende Medikamente (PräExpositionsProphylaxe, kurz PrEP) auch einkommensschwachen Menschen zugänglich machen und eine landesweite Versorgung sicherstellen. Wir werden der besonderen Verantwortung des Landes für **Akutkrankenhäuser** als wichtige Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum gerecht.

2. Krankenhausversorgung sinnvoll ordnen und Mindeststandards für Personalbesetzung einführen

Wir brauchen eine vernünftige **Krankenhausplanung** für das Land, um örtliche Über- bzw. Unterversorgung zu vermeiden.

Wir werden mit verbindlichen Mindeststandards gegen den Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorgehen. Um die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten und die Qualität zu gewährleisten, wollen wir eine der Verantwortung angemessene Bezahlung und gesetzlich festgelegte Mindeststandards für die Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durchsetzen.

Wir wollen den ambulanten und den stationären Bereich stärker verzahnen. Um dem Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich entsprechen zu können, setzen wir uns für die verbesserte und engere Verzahnung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und der stationären Versorgung im Krankenhaus ein.

Für Patientinnen und Patienten ist der Unterschied zwischen ambulanten und stationären Anlaufstellen in Notfallsituationen nicht nachvollziehbar. Wir wollen deshalb die **Zusammenlegung der Leitstellen für Rettungsdienste und die des ärztlichen Notdienstes** forcieren.

Die von der CDU betriebene Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg war eine Fehlentscheidung. Wir wollen durch eine Stärkung der Beteiligungsrechte im Universitätsklinikgesetz für Forschung und Lehre, durch Nutzung der Anteilsrechte des Landes sowie durch die Durchsetzung der Einhaltung des Vertrags unmittelbar nach einem Regierungswechsel zur Verbesserung der Situation in Gießen und Marburg beitragen. Wenn sich eine realisierbare Möglichkeit für einen Eigentümerwechsel ergibt, wollen wir mit dem Ziel des Rückkaufs verhandeln.

3. Hebammenversorgung und Geburtsnachsorge sicherstellen

Wir werden die Hebammenversorgung verbessern. Wir werden ein Hebammenregister erstellen, ein Konzept zur Beseitigung von Unterversorgung entwickeln, eine geeignete Versorgungsplanung einführen und für mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspfleger sorgen, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Insbesondere werden wir uns für eine **Senkung der finanziellen Belastung der Hebammen durch Versicherungsbeiträge** einsetzen.

Hebammen sind Müttern und Kindern nicht nur während der Geburt eine verlässliche Stütze, sondern stellen vor allem in der Vor- und Nachsorge eine der wichtigsten Ansprechpersonen dar. Wir werden nicht zulassen, dass junge Familien nach der Geburt auf sich allein gestellt sind.

... für Pflegebedürftige und ihre Familien

Viele Menschen pflegen ihre Angehörigen, andere sind auf Pflegeeinrichtungen und -dienste angewiesen. Wir wollen, dass Menschen, die Betreuungs- und Pflegeleistungen benötigen, im Alter gut versorgt sind und ihr Leben auch mit Pflegebedürftigkeit weitgehend nach ihren Vorstellungen gestalten können. Gute Versorgung bedeutet für uns, dass Menschen, die krank sind und der Pflege bedürfen, nicht nur medizinisch und technisch auf dem neuesten Stand, sondern vor allem auch mit menschlicher Zuwendung behandelt werden.

Wir wollen Angebote schaffen, die die pflegenden Angehörigen entlasten und dafür sorgen, dass die Pflege der jeweiligen Situation angepasst ist. Dazu gehören Wohnraumberatung, Hilfen bei notwendigen Umbauten und ein passgenaues flexibles Pflegeangebot.

1. Dem Pflegefachkräftemangel entgegenwirken und Mindestpersonalstärken einführen

Eine der dringendsten Aufgaben, der sich eine SPD-geführte Landesregierung annehmen wird, ist die Abwendung eines sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels in der Pflege. Nach aktuellen Schätzungen werden bundesweit im Jahr 2035 in Pflege- und Gesundheitsberufen rund 270.000 Fachkräfte fehlen. Wir wollen dazu beitragen, die **Attraktivität des Pflegeberufs** zu steigern, indem wir Arbeitsbedingungen verbessern, den bürokratischen Aufwand reduzieren, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt. Wir werden die Einhaltung von Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Arbeitszeiten forcieren und unterstützen eine Bezahlung, die der Arbeitsbelastung und der Verantwortung von Pflegekräften angemessen ist. Hierbei werden wir die Mitbestimmung der Pflegenden stärken. Wir unterstützen Jugendliche beim Einstieg in den Pflegeberuf.

Um die Arbeitsbelastung zu senken und die Qualität der Pflege zu verbessern, wollen wir verbindliche Mindestpersonalzahlen, differenziert nach Berufsgruppen und Qualifikationen sowie Erkrankungsschwere der zu versorgenden Patienten und Art der Station. Die Patientensicherheit steht nachweislich in direktem Zusammenhang mit der Personalbemessung.

2. Pflegestützpunkte und Service für pflegende Angehörige ausbauen

Wir wollen das Netzwerk hessischer **Pflegestützpunkte** dezentral ausbauen und weitere Angebote der Hilfe und Beratung für Angehörige schaffen, um die Unterstützung zu bieten, die sie zur Bewältigung des Alltags und zur Vereinbarung von Beruf und Pflege benötigen. Dazu gehören vor allem Betreuungs- und Entlastungsleistungen sowie ein bedarfsgerechtes Netz von Altenhilfeberatungen und Beratungen zur Wohnraumanpassung.

Wir wollen einen Landespflegeplan zur Bestandserhebung, Bedarfsermittlung und Maßnahmenrahmenplanung einführen, der die Grundlage für die Schaffung einer bedarfsgerechten Infrastruktur mit wohnortnahen Versorgungsangeboten sein soll.

3. Mehr Servicewohnen und ambulante Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige

Wir wollen, dass das selbstbestimmte Leben auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit gewährleistet wird. Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen in ihrem **gewohnten Lebensumfeld** bleiben. Dabei sind das vertraute Quartier und die städtische Integration von großer Bedeutung. Seniorinnen und Senioren brauchen nicht nur geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, sondern auch eine begleitende Infrastruktur. Wir wollen deshalb die Vielfalt der Wohnraumangebote, wozu auch das Servicewohnen und ambulante Wohngemeinschaften gehören, fördern. Wir setzen uns für eine Differenzierung der verschiedenen Einrichtungen ein, um bestehende, aber auch neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften und ambulante Hausgemeinschaften besser zu berücksichtigen und damit der Lebenswirklichkeit von älteren Menschen besser gerecht werden zu können.

... für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Auch in Hessen ist die verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch immer in vielen Bereichen nicht gesellschaftliche Realität. Frauen und Männer genießen im täglichen Leben zwar formal dieselben Rechte. Gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen aber weiterhin.

Für uns ist die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft. Deswegen setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Verfassung ein, die beinhaltet, dass das Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Deswegen bedarf es einer Überprüfung aller Gesetzesinitiativen nach Genderaspekten und einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik.

1. Gleiche Aufstiegschancen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Wir wollen, dass Frauen genauso gut verdienen und nach den gleichen Kriterien entlohnt werden wie ihre männlichen Kollegen. Frauen verdienen immer noch, auch in Hessen, wie der regionale Lohnatlas zeigt, weniger und sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Häufig von Frauen ergriffene Berufe werden auch bei großer damit verbundener Verantwortung schlechter honoriert als klassische Männerberufe. Aber auch bei gleicher Arbeit verdienen Frauen im Durchschnitt weniger.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die **Transparenz von Entgeltregelungen**, die in Unternehmen über 200 Beschäftigten gilt, auch auf klein- und mittelständische Betriebe erweitert wird.

Wir unterstützen eine Aufwertung und bessere Entlohnung verantwortungsvoller Berufe, in denen vor allem Frauen tätig sind – so wollen wir die Eingangsbesoldung für das Grundschullehramt anderen Lehrämtern angleichen. Die Aufwertung und bessere soziale Anerkennung von Familien und Pflegeleistungen und eine entsprechende Entlohnung der Pflegeberufe ist ebenfalls notwendig, damit diese Berufe, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind, attraktiver werden. Gleichzeitig wollen wir bereits in der Schule eine **Berufs- und Studienorientierung** von jungen Frauen fördern, die sie dabei unterstützt, klassische Geschlechterrollen bei der Berufswahl zu überwinden und sie für besser bezahlte naturwissenschaftlich-technische Fächer und Berufe und ebensolche Studiengänge zu sensibilisieren. Ein „Girls‘Day“ pro Jahr ist hierfür nicht hinreichend.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen abzubauen.

2. Mehr Familienfreundlichkeit im Job hilft Männern und Frauen

In der „Rushhour“ des Lebens, in der Berufstätigkeit mit der Betreuung von (Klein-) Kindern und/oder der Pflege von Angehörigen zusammentrifft, wollen viele Frauen und auch immer mehr Männer besonders eines: Flexibilität. Die Digitalisierung bietet dabei Chancen, die sowohl Arbeitnehmer/-innen als auch Arbeitgeber/-innen nutzen (können). **Homeoffice oder Shared-office-Systeme sowie flexible Arbeitszeitmodelle** erleichtern es, Familienzeiten und Arbeitszeiten nach ihrem Bedarf über den Tag zu verteilen. Diese Möglichkeiten müssen nicht nur gesetzlich verordnet, sondern auch politisch gewollt und praktisch umgesetzt sowie reguliert werden. Hierfür setzen wir uns als SPD ein. Wir werden jedoch dafür Sorge tragen, dass die Erwerbsarbeit und Freizeit auch in flexiblen Modellen zeitlich klar voneinander abgrenzbar bleiben. Wir sind überzeugt, dass in Zeiten des demografisch bedingten Fachkräftemangels solche Modelle für Unternehmen zunehmend attraktiv werden, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten.

3. Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit

Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen, das heißt, sie können nach einer Arbeitszeitreduzierung für die Familie nicht wieder in Vollzeit zurückkehren. Dies wirkt sich negativ auf Einkommen, Rente und soziale Absicherung aus. Wir wollen Frauen die Möglichkeit geben, die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in die Hand zu nehmen.

Wir begrüßen, dass die SPD im Koalitionsvertrag der Großen Koalition auf Bundesebene das Rückkehrrecht von Eltern in Vollzeit durchgesetzt hat. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich für eine möglichst **schnelle und unbürokratische Umsetzung und für die Förderung flexibler Rückkehrmodelle**, z. B. durch Telearbeit, starkmachen. Wir werden dazu beitragen, dass alle Eltern über ihre neuen Rechte informiert werden.

4. (Wieder-) Einstieg in die Erwerbstätigkeit

Zunehmend mehr Frauen und auch Männer können von den Verbesserungen bei der Elternzeit und bei der Pflege von Angehörigen nicht profitieren, da sie sich nicht in regulären Arbeitsverhältnissen befinden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen der Bundesagentur für Arbeit **besser an die Bedürfnisse dieser Menschen angepasst** werden und vor allem, dass die Landesförderung für Wiedereinstiegsprogramme und -projekte deutlich ausgeweitet wird.

5. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz verbindlicher ausgestalten

Wir wollen, dass der öffentliche Dienst Vorbild im Bereich der Gleichberechtigung ist. Wir wollen dazu ein wirkungsvolles Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG). Die bisherigen Veränderungen am HGIG zeigen keine Wirkung. Es gibt nach wie vor Ministerien in der Landesregierung, die auf der Ebene der Abteilungsleiterstellen frauenfreie Zonen sind: das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium.

Deshalb ist es notwendig, die Frauenbeauftragten zu stärken, sie angemessen auszustatten und ihnen starke Instrumente an die Hand zu geben, um Gleichberechtigung tatsächlich durchsetzen zu können. Dafür müssen **Sanktionsmöglichkeiten und Kontrollmechanismen** im HGiG festgeschrieben werden.

Zudem treten wir für eine tatsächliche paritätische Gremienbesetzung und für die Ausweitung des Geltungsbereichs des HGiG ein. Unter anderem soll der Geltungsbereich auf Unternehmen ausgeweitet werden, an denen das Land bzw. die Kommunen mehrheitlich Anteilseigner sind.

6. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen

Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden und im Mittelbau der Universitäten ständig gestiegen ist, sind sie im Bereich der Professuren an den Hochschulen in Hessen noch immer unterrepräsentiert. Auf Teilzeitstellen und befristeten Stellen sind Frauen deutlich überrepräsentiert. Wir werden die Wissenschaftslaufbahn durch eine bessere Vereinbarkeit mit Familie attraktiver für weibliche Nachwuchskräfte machen und streben einen Frauenanteil von 50 % der Professuren an. Auf die **Verankerung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen** werden wir hinwirken, um den Frauenanteil in diesem Bereich erkennbar zu erhöhen. Insgesamt wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen ebenso wie befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen abbauen, davon profitieren mehrheitlich Frauen.

Über 12.000 Menschen arbeiten an hessischen Hochschulen im nichtwissenschaftlichen Bereich, der überwiegende Teil davon sind Frauen. Ihre Fortbildungs-, Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen von den Hochschulen geplant und dokumentiert und vom Land kontrolliert werden.

7. Frauenanteil in Führungspositionen erhöhen

Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen wie Männer. In einer Vielzahl von Unternehmen mit Beteiligung des Landes Hessen gibt es keine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

In gerade einmal zehn von 47 Unternehmen mit Landesbeteiligung gibt es **Frauenförderpläne**. Die Anzahl von Frauen in Aufsichtsräten und Geschäftsführungen von Unternehmen mit Landesbeteiligung liegt zum Teil bei 0 %. Das werden wir ändern und diesbezüglich eine Ausweitung des Geltungsbereichs des HGIGs vornehmen.

8. Diskriminierung bekämpfen

Frauen sind häufig Opfer von Diskriminierung. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Die Diskriminierung von Frauen muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Wir wollen keine **herabwürdigenden Frauenbilder** in der Öffentlichkeit.

9. Frauen im Alter unterstützen

Ältere und hochbetagte Frauen sind besonders häufig von Altersarmut bedroht – eine direkte Folge jahrzehntelanger Benachteiligung im Erwerbsleben und daraus resultierender niedrigerer Rentenansprüche. Wir unterstützen die SPD auf Bundesebene bei der Einführung einer **solidarischen Lebensleistungsrente**, die Familien- und Pflegezeiten berücksichtigt. Gleichzeitig stärken wir durch mehr Gleichstellung im Berufsleben die Rentenansprüche zukünftiger Generationen.

Auch im fortgeschrittenen Alter engagieren sich Frauen in Familie, Politik und Gesellschaft. Dabei sind sie es, die häufig die unterstützenden Aufgaben wahrnehmen und im Hintergrund bleiben. Daraus ist erklärbar, dass bei allen Ehrungen, die das Land Hessen vergibt, allein bei der Pflegemedaille die Frauen die Mehrzahl der Geehrten darstellen. Wir wollen, dass das ehrenamtliche Engagement von Frauen in weiteren Bereichen im öffentlichen Bewusstsein eine deutlich größere Rolle spielt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch andere Kriterien für die Ehrungen des Landes berücksichtigt werden.

10. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Unser Sozialstaat erwartet von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter Erwerbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen voraus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss des-

halb Angelegenheit von beiden Elternteilen sein. Strukturen, die faktisch dazu führen, dass Familientätigkeiten weiterhin den Frauen aufgebürdet werden und dafür sorgen, dass Erwerbsunterbrechungen (ob durch Kinder oder zu pflegende Angehörige), Teilzeitarbeit und Minijobs das Armutsrisiko bei Frauen erhöhen, müssen aufgebrochen werden.

Wir setzen uns im Rahmen dieses Programms für zahlreiche Verbesserungen ein, die es **Männern und Frauen erleichtern, Familie und Beruf zu vereinbaren**. Dazu gehören der weitere Ausbau von Kinderbetreuung, die gebührenfreie Bildung von Anfang an in Krippe und Kita, ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich sowie mehr Entlastungsmöglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen.

11. Alleinerziehende stärken

Alleinerziehende – zumeist Frauen – sind im alltäglichen Leben besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt und verdienen daher besondere Unterstützung. Sie tragen ein sehr hohes Armutsrisiko. Ausschlaggebend dafür ist oft, dass sich Betreuungszeiten an Kitas und Schulen nicht mit zur Verfügung stehenden Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten vereinbaren lassen. Hierfür wollen wir **in Zusammenarbeit mit Kommunen und Jobcentern geeignete Möglichkeiten** schaffen und Alleinerziehenden Vorrang bei der Auswahl von passenden Betreuungsangeboten und Schulen mit entsprechenden Angeboten geben.

12. Zugewanderten Frauen Teilhabe ermöglichen

Zugewanderte und geflüchtete Frauen sind in Deutschland oftmals in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Wir werden diese Frauen deshalb gezielt fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu gehören Sprachförderung sowie Aus- und Weiterbildung, Partizipationsangebote und Nachbarschaftsprojekte.

Flüchtende Frauen und Kinder haben ein höheres Risiko, auf der Flucht von Gewalt betroffen zu werden. Für traumatisierte Menschen müssen wir deshalb mehr Möglichkeiten der **psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung** gewährleisten.

Damit bestehende Bildungsangebote von geflüchteten und zugewanderten Frauen genutzt können, muss es eine gute soziale Infrastruktur geben. Kostenfreie frühkindliche Bildung ist nicht nur für Kinder eine Integrationsvoraussetzung.

13. Frauen vor Gewalt schützen

Frauen sind häufig Opfer von körperlicher, aber auch von psychischer Gewalt. Wir wollen die Situation der **Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen** in Hessen verbessern. Grundlage dafür ist für uns das entsprechende Übereinkommen des Europarats („Istanbul-Konvention“). Sie sind Anlaufstellen für Betroffene, für Fachleute, für die Polizei und für die Sozialämter. Es bedarf aus unserer Sicht einer personellen und finanziellen Aufstockung sowie einer kontinuierlichen Erfassung der in Hessen zur Verfügung stehenden Frauenhausplätze und Frauenberatungsstellen. Dabei achten wir auf die Berücksichtigung der besonderen Situation von Frauen mit Migrationshintergrund und von Frauen mit Behinderung, indem wir für unabhängige Übersetzerinnen sowie fachlich geschulte Betreuerinnen und barrierefreie Frauenhausplätze und Beratungsstellen sorgen.

Wir sehen Handlungsbedarf bei der **Soforthilfe für Opfer von sexuellen Straftaten**. Wir werden, aufbauend auf die bereits durch die Frauennotrufe initiierten Programme in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, eine flächendeckende Ausweitung der Soforthilfe unterstützen.

14. Mehr Frauen in politische Verantwortung

Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, auch, um Frauenrechte besser durchsetzen zu können. Die SPD geht diesen Missstand mit der parteiinternen Frauenquote, aber auch mit Mentoringprogrammen zur Unterstützung von jungen Politikerinnen an. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen Wege suchen und Modellprojekte

anstoßen, um mehr Frauen nicht nur für Politik zu interessieren und zu begeistern, sondern auch Möglichkeiten zu schaffen, politisches Engagement mit anderen Verpflichtungen vereinbaren zu können.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit innovativer Wissenschaft in Lehre und Forschung

Hessen braucht wieder eine durchdachte Hochschulentwicklungsplanung.

Gute Hochschulen bieten Raum für die persönliche Entwicklung der Studierenden. Sie sind neben der dualen Ausbildung einer der beiden Hauptwege zu einer qualifizierten Bildung. Daneben sind die Hochschulen mit grundlegender und angewandter Forschung eine gesellschaftliche Antriebskraft für Innovationen. Wir treten für eine transparente, plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft ein.

Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete berufliche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbildung erfahren und dass kritische Reflexion sowie Selbstreflexion und die Entfaltung möglichst vieler Talente gefördert werden.

Problematisch ist die Tatsache, dass die zu erwartende Zahl der Hochschulabsolventen geringer ist als der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Hessen – das wollen wir ändern.

1. Hochschulen eine stabile und tragfähige Finanzgrundlage zurückgeben

Es ist eine der zentralen Aufgaben eines Bundeslandes wie Hessen, die Rahmenbedingungen für gute Bildung herzustellen. Dieser Aufgabe ist die CDU-geführte Regierung nur in Grenzen nachgekommen. Sie hat inzwischen zwar wie die anderen Bundesländer die Finanzmittel für die Hochschulen erhöht, um den steilen Anstieg der Studierendenzahl abzufedern. Allerdings ging das zulasten der Qualität des Studiums. So ist die Anzahl der Studierenden pro Lehrkraft steil angestiegen,

damit sind gute Lehre und Betreuung schwieriger geworden. Finanziell wird dieser Sachverhalt in den weiter sinkenden Ausgaben pro Studierendem/Studierender deutlich. Das wollen wir schrittweise korrigieren.

Wir werden die Planbarkeit der Hochschulfinanzen erhöhen, indem wir die **verlässliche Grundfinanzierung** gegenüber den sonstigen Finanzierungsanteilen stärken werden. Alle Studierenden, die nicht mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit sind, müssen in die Finanzierung einbezogen werden. Langfristig muss die Mittelberechnung an die in der Realität entstehenden Kosten angepasst werden. Damit wollen wir die Qualität an den Hochschulen langfristig sichern. Wir wollen erreichen, dass die Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden langfristig auf ein verantwortbares und international vergleichbares Maß gesenkt werden.

Ein weiteres Vorhaben ist die **Verstetigung der Mittel zur Qualitätsverbesserung und ihre Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen**. Wir wollen weiterhin eine verlässliche Finanzierung im Hochschulbau und diese auf der Grundlage einer landesweiten Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Mit einer **Fortschreibung des Forschungsförderungsprogramms LOEWE** gewährleisten wir eine stabile Weiterentwicklung.

Wir werden prüfen, ob Bauprojekte bei entsprechender Mittelausstattung von den Hochschulen selbst geplant und durchgeführt werden können und ob sie so schneller und bedarfsgerechter realisierbar sind.

Wir werden unsere bundespolitischen Möglichkeiten einsetzen, um das **Kooperationsverbot komplett zu beseitigen** und eine ausreichend dotierte Fortschreibung des Hochschulpakts zu erreichen. Die dafür bislang nur bis 2020 zur Verfügung stehenden Landesmittel werden wir in einem ersten Schritt verstetigen.

2. Digitalisierung der Hochschulen unterstützen

Wir werden die Digitalisierung der Hochschulen in Lehre, Forschung und Verwaltung unterstützen. Nach dem derzeitigen Stand der Erfahrung entscheidet bei vorhandenen Ressourcen eine konsistente Hochschulstrategie über Erfolg oder Misserfolg eines Digitalisierungsprozesses. Eine solche Strategie ist auch die Grundlage für einen effektiven Ressourceneinsatz. Wir werden deshalb die Entwicklung beziehungsweise Weiterentwicklung von Digitalisierungsstrategien einschließlich der Finanzierung von Beratungsleistungen unterstützen. Dabei setzt die SPD im Bereich der Lehre auf „**blended learning**“ als hochschuldidaktisch leistungsfähiges Konzept, um mit einer heterogener werdenden Studierendenschaft umzugehen. In diesem Konzept ergänzt digitales Lernen die bisherigen Angebote, aber es ersetzt sie nicht. Dabei darf es nicht darum gehen, Arbeitsplätze einzusparen, sondern die Arbeit an den Hochschulen zu unterstützen. Parallel dazu müssen wir noch mehr dafür tun, dass sich neue Erkenntnisse rascher und leichter verbreiten – auch durch die Förderung von „open access“. Ein zentraler Baustein hierfür sind ein Forschungsdatenmanagement und der **freie Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen** über das Internet.

In Hochschulpaktverhandlungen müssen der Aufbau und Betrieb digitaler Infrastruktur einen eigenen Rahmen erhalten ebenso wie eine gemeinsame Finanzierung für Angebote, die über den Rahmen einer Hochschule hinausgehen wie z. B. das Streaming von Vorlesungen.

3. Außeruniversitäre Forschung

In 39 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, u. a. der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft, zeigt sich Hessens Forschungsvielfalt. Hervorzuheben sind dabei die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die unter immer neuen Aspekten Konflikte untersucht und Lösungsvorschläge unterbreitet, das Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum, gemeinsam mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und der Goethe-Universität gegründet, das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik IWES und das neue Max-Planck-Institut für

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

empirische Ästhetik. Gemeinsam mit den Instituten und den Hochschulen wollen wir das **Zusammenwirken von universitärer und außeruniversitärer Forschung verbessern.**

4. Klare Transparenzregeln für drittmittelfinanzierte Forschung

In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen flächendeckend **Regeln für die Annahme und Durchführung von Drittmittelforschung** vereinbart werden. Sie sollen dafür sorgen, dass die Forschungsziele offengelegt, die Finanzierung der Projekte und die Verwertung ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden. Die Hochschulen geben sich in eigener Verantwortung Zivilklauseln und vergleichbare Regeln zum Ausschluss von militärischer Forschung.

5. Produktive Forschung stärker in Verbindung mit guter Lehre fördern

Für die SPD sind Forschung und Lehre gleichrangig und gleichwertig. Wir wollen sie stärker als bisher verzahnen. Um forschendes Lernen überall zu ermöglichen, muss nicht nur die Lehre an den Hochschulen kontinuierlich verbessert, sondern auch die Forschung einschließlich der dafür nötigen Infrastruktur gestärkt werden.

Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir nachhaltig fördern, über den Prozess der forschenden Lehre wird dies weitergetragen, dabei wollen wir besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur Verbesserung der Lehre an den Hochschulen werden wir die **Hochschuldidaktik stärken** und sie zu einem festen Bestandteil der Qualifizierung für eine Hochschullaufbahn machen.

Die an einzelnen Hochschulen bereits entwickelten Qualitätssicherungssysteme für Promotionen sollen miteinander abgestimmt und zu einem gemeinsamen Konzept weiterentwickelt werden.

Wir bleiben beim **eigenständigen Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte Wissenschaften** (ehemalige Fachhochschulen). Darüber hinaus wollen wir die Verbesserung von Möglichkeiten für kooperative Promotionen von diesen Hochschulen mit Universitäten erreichen. Für alle geeigneten Studierenden wollen wir einen Zugang zur Promotion ermöglichen.

Gute Lehre und gute Forschung brauchen eine gute Infrastruktur. Bibliotheken, Vorlesungsfolien und Skripte sollen leicht zugänglich sein. Dazu gehören eine gute Bausubstanz, schnelles und kostenloses Internet, ausreichend Arbeitsplätze in Hörsälen, Laboren und Bibliotheken und der Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Büchern. Auch ausreichend Druckmöglichkeiten zum fairen Preis, gut ausgestattete Bibliotheken, aktuelle Fachliteratur und genügend Lehrbücher (zur Ausleihe) müssen vorhanden sein. Mit dem schrittweisen Aufbau eines Infrastrukturbudgets wollen wir uns für diese Verbesserungen starkmachen.

In vielen Fächern gibt es eine breit gefächerte Pluralität an Lehrmeinungen. Wir werden in einen Dialog mit den hessischen Hochschulen darüber eintreten, wie wir diese **wissenschaftliche Pluralität** besser in den Hochschulen abbilden, sodass die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit gestärkt und das Studienangebot verbreitert wird.

Wir wollen anregen, dass die Hochschulen Studiengänge einrichten, die für die Studierenden später breitere Berufsfelder als bisher eröffnen. Hoch spezialisierte Masterstudiengänge sollen auch in Kooperation von mehreren Hochschulen eingerichtet werden können.

6. Die Hochschullehre bei der Öffnung nach außen unterstützen

Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, langfristig ein bezahlbares breites wissenschaftliches Weiterbildungsangebot in Berufen mit akademischer Bildung anzubieten. Unser Ziel ist es, die **akademische Weiterbildung im Erwerbsleben** zu stärken und die Transferzeiten von akademischem Fortschritt in die berufliche Praxis zu verkürzen.

7. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen

Die SPD setzt sich für gleiche Chancen für Männer und Frauen ein. Frauen sollen nicht nur gefördert, sie sollen auch ermutigt werden, in Wissenschaft und Forschung zu bleiben. **Langfristig wollen wir einen Gleichstand von Professorinnen und Professoren erreichen.** Dazu gehört auch ein Umgang mit Berufungen, der diesem Ziel verbindlicher Rechnung trägt, und ein Programm zur Förderung von Professorinnen über das Bundesprogramm hinaus. Auf die Verankerung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen und Tenurtrack-Professuren werden wir hinwirken, um den Frauenanteil in diesem Bereich erkennbar zu erhöhen.

8. Wissenschaft und Hochschulbesuch für alle ermöglichen

Wir sind einer Politik der Durchlässigkeit verpflichtet, die soziale Schranken aufbricht und die Hürden zwischen akademischer und dualer Bildung reduziert. Deshalb wollen wir eine Hochschule für alle und streben einen Hochschulsozialpakt an. Um den Zugang zu erleichtern, wollen wir neben materiell ausreichenden Bedingungen auch Unterstützung durch Beratung, Betreuung und durch nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsangebote.

Die SPD will **familienfreundliche Hochschulen**, die attraktiv sind für Studierende, den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für Lehrende sowie Forschende.

Wir setzen uns für eine flexible Studiengestaltung ein, die ein **Teilzeitstudium** sowie Maßnahmen zur familiengerechten Hochschule einschließlich einer integrierten Kinderbetreuung ermöglicht. Dazu gehören auch Studienangebote am Abend. Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen schaffen. Dazu gehören z. B. Telearbeitsplätze und eine lebensphasenorientierte Arbeitsgestaltung.

Wir begrüßen und unterstützen, wenn Hochschulen die aktuellen Erkenntnisse und Debatten jenseits von Studienangeboten und Forschungstransfer in öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden einem breiteren Publikum zugänglich machen.

Ausländische Studierende sind in Hessen willkommen. Wir werden für ausländische Studierende keine zusätzlichen Hürden aufbauen und Studierende aus Migrantenfamilien gezielt fördern. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, geflüchteten Studierenden und Akademikern möglichst schnell angemessene Angebote zur Förderung der Integration in den regulären Wissenschaftsbetrieb zu unterbreiten.

Studierenden mit Behinderung und chronischen Krankheiten soll das Absolvieren von Studien- und Prüfungsleistungen unter gleichwertigen Bedingungen wie nicht behinderten Studierenden barrierefrei ermöglicht werden. Dabei sind studienzeitverlängernde Auswirkungen einer Behinderung in den Lehrordnungen zu berücksichtigen. An notwendigen Hilfsmitteln oder Assistenzleistungen und dem Erbringen von Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form soll das Studium für diese Gruppe nicht scheitern.

Der zunehmenden Heterogenität der Studienanfänger und -anfängerinnen wollen wir dadurch begegnen, dass wir die Hochschulen dabei unterstützen spezielle Orientierungsphasen einzurichten. Dazu gehören auch die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Dabei wollen wir auf der einen Seite die **Studienpioniere aus Familien, in denen noch nie jemand studiert hat, besonders unterstützen**. Auf der anderen Seite wollen wir in Kooperation mit IHK und Handwerkskammer auch Entscheidungen für andere Berufswege ermöglichen.

Zudem wollen wir die Verwaltungsgebühren für Studierende mittelfristig abschaffen, um deren finanzielle Belastung im Rahmen der Semesterbeiträge so gering wie möglich zu halten. Die Last, die nicht ausreichend ausfinanzierte Hochschulen mit sich bringen, sollte nicht auf den Schultern der Studierenden liegen.

9. Außenwissenschaftspolitik zugunsten des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Hessen stärken

Wir wollen die Internationalisierung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Hessen stärken und die Außenwissenschaftspolitik weiter ausbauen. Hessen, in der Mitte Europas gelegen und global wie keine andere Region in Europa vernetzt, braucht eine **international ausgerichtete Wissenschafts- und Forschungspolitik**, um auch zukünftig international konkurrenzfähig zu sein.

Wir sehen Investitionen in die Internationalisierung des Wissenschafts- und Forschungsstandort Hessen und der Außenwissenschaftsförderung als Investition in die Zukunft Hessens.

10. Innovation für Hessen durch Transfer von Konzepten, Ideen und Technologien

Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, unter denen Forschungswissen, neue praktikable Ideen und Innovationen schnell ihren Weg in Gesellschaft, Wirtschaft und Technik finden. Neben der einer international wettbewerbsfähigen Ressourcenausstattung der Hochschulen brauchen wir dafür in Hessen angemessene Schnittstellen zwischen der Forschung in Praxis und der Praxis in Forschung. Hochschulen und Betriebe, gesellschaftliche Institutionen und Organisationen können von diesem Austausch profitieren. Denn nicht nur gibt die Wissenschaft Anregungen für die Praxis. Auch umgekehrt ist der Austausch mit der außerhochschulischen Anwendungspraxis eine wichtige Erkenntnisquelle für die Lehre und Forschung. Wir wollen deshalb Beratung und Interaktion mit den Hochschulen und ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld optimieren und ausbauen.

Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und den Forschungs- sowie Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Dazu wollen wir eine regional- und strukturpolitisch begründete **Landesforschungskoordination**, die längerfristige Perspektiven eröffnet für Synergien zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung in der Wissenschaft und den Unternehmen sorgt.

Wir werden einen hessischen **Forschungs- und Innovationsrat einrichten**, in dem Hochschulen, Parlament und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam darüber beraten, wie Forschung Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben kann.

Dieser erhält einen begrenzten Etat zur Anschubfinanzierung von gemeinsam identifizierten Innovationsprojekten und vergibt in diesem Rahmen Forschungsprojekte einschließlich des notwendigen Personals. Die Projekte selbst werden an hessischen Hochschulen durchgeführt.

Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung sind für die ganze Gesellschaft da. Dort, wo es angebracht ist, können sie auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Die hierfür in Hessen bestehenden Einrichtungen werden wir unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur einbinden.

11. Einen Kodex für gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen etablieren

Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Wissenschaftssystem. Dazu wollen wir einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen und zum **Schutz vor prekärer Beschäftigung** – auch für studentische Hilfskräfte – einführen, der den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzt.

Wir werden uns dafür engagieren, dass der Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse erhöht wird und Mindestvertragslaufzeiten eingehalten werden. Auf Bundesebene

setzen wir uns für die Streichung der „sachgrundlosen Befristung“ von Arbeitsverhältnissen ein. Außerdem werden wir die Möglichkeiten zur **Entfristung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben** erweitern. Den ständigen Druck zur Drittmittelakquise, der auf vielen Beschäftigungsverhältnissen lastet, wollen wir durch eine bessere und verlässlichere Grundausstattung der Hochschulen senken.

12. Die demokratische Hochschule stärken

Wir wollen die demokratische Hochschule. Wir werden die **demokratisch direkt legitimierten Gremien der Hochschulen stärken** und den Hochschulrat im Gegenzug auf eine rein beratende Funktion zurückführen. Dort, wo es rechtlich möglich ist, werden wir die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden ausbauen.

Wir bleiben bei der Verfassten Studierendenschaft und werden diese – im Hinblick auf die politische Bildung der Studierenden – wieder mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausstatten. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und Finanzierung der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab, da die Aufgaben der ASten unabhängig von der Wahlbeteiligung festgeschrieben sind.

13. Duales Studium ausbauen

Wir wollen das duale Studienkonzept weiterführen und passgenaue Studienangebote schaffen. Wir unterstützen **regionale Lösungen auch mit anderen Studienangeboten** durch enge Kooperation mit Landkreisen, Gemeinden und Partnerunternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Dachmarke „Duales Studium“ fortgeführt wird. Wir wollen erreichen, dass Praxis und Theorie im Studium noch besser verzahnt werden.

14. Künstlerische Hochschulen als besonderes Element der Hochschullandschaft anerkennen

Wir sind uns der besonderen Struktur der künstlerischen Hochschulen bewusst und wollen in einer umfassenden Bestandsaufnahme die Basis dafür bilden, dass mit dieser besonderen Struktur angemessen umgegangen wird. Dazu gehört ein

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

angemessenes **Konzept für die Beschäftigung der Vielzahl von Lehrbeauftragten bei Reduzierung des Anteils dieser Gruppe ebenso wie eine Unterstützung der Forschung** im künstlerischen Bereich.

15. Dem Parlament mehr Verantwortung für die Hochschulpolitik geben

Damit die Politik ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht werden kann, wollen wir die **Steuerungsmöglichkeiten des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik stärken**. Hierfür brauchen wir eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Landtag Eckpunkte beschließt, die dann von der Landesregierung in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden. Dabei bleibt es für uns bei der eingespielten Balance zwischen gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschulen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit einer produktiven und kreativen Kulturlandschaft

Unsere hessische Kultur ist geprägt durch das fruchtbare Nebeneinander von geistig-künstlerischem Erbe und Modernität sowie von regionalen Traditionen und einer weltoffenen internationalen Szene. Wir sehen die Aufgabe von Kulturpolitik in Hessen darin, dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern, gemeinsam mit den vielfältigen regionalen und kommunalen Kulturangeboten.

Unsere Ziele sind:

- die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern,
- die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten kultureller Einrichtungen und
- die Teilhabe an der Kultur für alle.

Unser Leitbild ist geprägt durch Offenheit gegenüber allen Äußerungsformen der Kreativität, die Verteidigung der Freiheit der Kunst und Gesprächsbereitschaft gegenüber Künstlern und Künstlerinnen sowie kulturellen Einrichtungen.

Kunst ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir fördern die Vernetzungen der Kunst mit der Bildung, mit humanen und geistigen Idealen, mit dem Begriff eines ganzheitlichen aufgeklärten Menschenbildes, mit Motiven der Identität und der Orientierung. Dazu gehört auch die Befähigung zum freien Denken, zum Dialog, zur kritischen Analyse, zum Umdenken.

Neben geistiger Produktivkraft sind Kunst und Kultur zudem ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, dem wir mehr politische Aufmerksamkeit geben wollen. Auf Bundesebene muss die rechtliche Absicherung künstlerischer Leistungen (Urheberrecht, Folgerecht) verbessert und das Engagement von Mäzenen erleichtert werden. Auf Landesebene hingegen könnte eine Art künstlerischer Tarifvereinbarungen für gerechte Honorare sorgen.

Digitalisierung ist für Kultur- und Gedächtnisinstitutionen essenziell in vielen Bereichen, von der Archivierung über Präsentation und Zugänglichkeit bis zur Pädagogik. Das Land Hessen fördert Wachstum und Austausch bei Innovation und Kompetenz in diesem Bereich durch eine landeseigene Koordinierungsstelle.

1. Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen

Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt für die hessische SPD einen besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. **Kulturelle Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe.** Sie fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und trägt somit zur sozialen Gerechtigkeit bei. Kulturelle Bildung als Bildungserlebnis soll immer auch das Selbermachen und die Selbsterfahrung einbeziehen.

Wir wollen die Leselust fördern, die Kompetenz wecken, sich kreativ und künstlerisch auszudrücken, den Spaß und die Auseinandersetzung mit Theater und Tanz und das Verständnis für die Filmsprache ermöglichen.

Museen sind wichtige Orte der Vermittlung kultureller Bildung. In den Museen des Landes Hessen müssen die museumspädagogischen Aktivitäten verstärkt und gegebenenfalls neu konzeptioniert werden.

Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und Jugendkulturarbeit sowie in den Kultureinrichtungen des Landes zu einem zentralen Handlungsfeld machen, durch gezielte Projekte und Programme den Ausbau forcieren und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an kulturellen Angeboten ermöglichen. Daher sollen Kunst, Musik und Darstellendes Spiel als Schulfächer gestärkt werden.

In echten Ganztagschulen bestehen die notwendigen Voraussetzungen für eine vielfältige kulturelle Förderung und den Austausch mit der Kulturszene vor Ort. Wir unterstützen auch die außerschulische kulturelle Jugendarbeit, wie sie in den vielfältigen kulturellen Zentren, Projekten und Vereinen und den Theatern in Hessen stattfindet.

Die Förderung des Kinder- und Jugendtheaters an den Theatern, die staatliche Unterstützung erhalten, wollen wir verbindlich gestalten. Die SPD will einen **„Innovationsfonds Kultur“** einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.

2. Theaterförderung

Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und Marburg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine **reiche Theaterlandschaft, die wir erhalten wollen.**

Die hessische SPD will ein neues Modell der Finanzierung der Staats- und Landestheater prüfen. Dazu wollen wir eine neue, gemeinsam vom Land und von der kommunalen Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwickeln, die Verträge mit den Theatersitzstädten neu fassen und für eine neue Planungskultur sorgen.

Neben und mit den staatlichen und staatlich geförderten Theatern und den Theatern und Gruppen der freien Szene wollen wir in einem Theaterlabor Produktionsformen entwickeln, die mit kleinen Apparaten und ohne festes Ensemble eigene Stücke erproben. Theaterlabore wollen wir mit den Hochschulen entwickeln, an denen Theaterwissenschaften gelehrt wird. Die Hessische Theaterakademie sollte in diesen Prozess einbezogen werden. Wir wollen auch die Fächer Kunst und Theater durch mehr gut qualifiziertes Personal sicherstellen und Hochschulen bei der Einrichtung von Studiengängen für das Schulfach Theater – Darstellendes Spiel unterstützen.

3. Museen in Hessen

Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Hessen hat eine reiche Museumslandschaft, die von einem hervorragenden Niveau im öffentlichen wie auch im privaten Bereich geprägt ist.

Konzeptionelle Verdichtung und Profilierung sind insbesondere für die staatlichen Museen geboten.

Die Attraktivität der nichtstaatlichen Museumseinrichtungen wollen wir mit der Bereitstellung notwendiger Investitionsmittel erhalten. Die finanziellen Mittel dafür sollen in Absprache mit den Kommunen und Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich wie auch über den Hessischen Museumsverband bereitgestellt werden.

Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen und eine aktive Museumspädagogik. Dazu muss der Hessische Museumsverband ertüchtigt werden.

Wir werden einen Landesmuseumsbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten für besondere Projekte sowie Profilbildung und internationale Kooperationen im Feld der Moderne die Gegenwartskunst vorantreibt.

Um deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der einzelnen Museen herauszuarbeiten und zu vermitteln, ist ein angemessenes **Budget für den kontinuierlichen Sammlungs- ausbau** bereitzustellen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungsschwerpunkte, wenn möglich in Kooperation mit Hochschuleinrichtungen. Von diesen Schwerpunkten aus sind nationale und internationale Brücken zu schlagen.

4. Soziokultur und regionale Kulturförderung in Hessen

Soziokultur bringt Kultur in die Fläche und in das Alltagsleben aller Bevölkerungsgruppen, etwa durch Kulturgruppen, soziokulturelle Zentren, Kunstschulen, freie Theaterensembles, kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, Interkulturprojekte oder Stadtteilkulturarbeit. Damit ist sie ein wichtiger Beitrag zur Bereitstellung eines Angebots „Kultur für alle“ und fördert Integration, Bildung und Zusammenhalt. Soziokultur ist damit sowohl eine kommunale als auch eine landespolitische Aufgabe.

Die SPD Hessen strebt eine **Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen und eigenen Einnahmen** der soziokulturellen Einrichtungen in Hessen an. Mittelfristig ist eine Verdoppelung der Zuwendungen unser Ziel. Wir wollen einen Fonds für Gesellschaftskultur für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen einrichten.

Die regionale Kulturförderung und die Förderung der Heimat- und Brauchtumpflege werden in ihren Förderkriterien überprüft. Die SPD will den internationalen Kulturaustausch intensivieren.

Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich in der Rhein-Main-Region, aber auch in Nord-, Mittel- und Südhessen leisten. Wir setzen dabei nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Die regionalen Kultursommer sind für uns wichtiger Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.

5. Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen

Kreativität und Innovationen sind Treibmittel für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir haben eine prosperierende Kultur- und Kreativwirtschaft in unserem Land. Diese gilt es, durch das Land verlässlich zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen für die starke Games- und Software-Branche eine **Förderung neuer Technologien**, in Anlehnung an Nordrhein-Westfalen und Bayern, im Dialog mit der Branche einführen.

Hessen hat eine starke Designwirtschaft. Diese werden wir weiter unterstützen und den Austausch mit weiteren Wirtschaftsbereichen fördern. Besondere Bedeutung haben für uns die Beratungszentren. Die bisherige reine Projektförderung von Hessen Design e. V. und dem Rat für Formgebung werden wir um eine institutionelle Förderung erweitern.

6. Ein neuer Aufbruch für den Film in Hessen

Die SPD will die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung in Hessen profilieren und für die Institutionen des Films in Hessen gute Bedingungen schaffen. Als Film-land bleibt Hessen vor allem geprägt durch die nachhaltige Arbeit der hier ansässigen traditionellen Institutionen und Verbände der Filmwirtschaft und der Filmkultur.

Trotz der neu konzeptionierten Film und Medien GmbH ist es nach deren Startphase nicht gelungen, die hessische Filmförderung auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern zu bringen; trotz vereinzelter künstlerischer und wirtschaftlicher Erfolge weist die hessische Produktionslandschaft in der Struktur weiter erhebliche Defizite auf.

Wir wollen die **hessische Produktionsstruktur in allen Sparten stärken**, dort den Nachwuchs unterstützen und zusätzliche Abspielmöglichkeiten für hessische Filme erschließen. Auch wollen wir mit geeigneten Projekten eine stärkere Aufmerksamkeit für die Filmszene in Hessen erreichen. Dazu sollen in Absprache mit den bestehenden Institutionen in Hessen von DIF und Murnau-Stiftung über Hessenfilm bis

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

zu Filmhaus und Filmbüro geeignete Vorschläge entwickelt und umgesetzt werden. Wir wollen dabei auch den verloren gegangenen Dialog mit der Filmbranche und Filmszene reaktivieren.

Wir werden Aufbruch und Ansiedlung junger Unternehmen deutlich stärken und in einem **Filmhaus Hessen** eine Arbeits- und Begegnungsstätte für Film-Start-ups mit unterstützendem Backoffice und Beratungsangeboten einrichten. Die Arbeit der Film- und Medienakademie werden wir stabilisieren.

Wir unterstützen die weitere Umwandlung der Filmförderung von einer Kreditförderung hin zu Zuschüssen verbunden mit einer schrittweisen Aufstockung der Mittel. Dabei wollen wir die Servicequalität und die Transparenz der Förderung verbessern. Unter anderem sollen bei der Förderung vereinfachte Modalitäten und Bagatellgrenzen für kleinere Projekte in Produktion und Abspiel, für Kunstfilm bzw. Kinos und Festivals die Antragstellung erleichtern.

Für die Festivals wollen wir eine einheitliche Vergabe durch eine Fachjury bei HessenFilm für jeweils drei Jahre. Die inhaltliche Ausrichtung von HessenFilm wollen wir durch einen Beirat unterstützen.

7. Musikförderung in Hessen

Wir werden möglichst **allen Menschen im Land die Möglichkeit einer musikalischen Ausbildung anbieten**, sodass der Zugang zu musikalischer Bildung nicht vom Einkommen abhängt. Die Unterstützung des Landes bei der Beschaffung von Musikinstrumenten werden wir sicherstellen. Dazu gehört auch eine höhere Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich, u. a. in den Konzertvereinen und den Chor- und Orchestergemeinschaften. Die Laienmusik bereichert nicht nur das kulturelle Leben und die Gemeinschaft in unseren Städten und Gemeinden. Auch zahlreiche spätere Profimusikerinnen und -musiker finden dort oft schon in der Kindheit ihren ersten Zugang zur Musik. Die Förderung des Landesmusikrats und seiner Mitgliedsverbände werden wir transparent gestalten und ausbauen.

Wir wollen zum einen die professionelle und qualifizierte Ausbildung sowie auch die beruflichen Chancen von Orchestermusikern und von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis, klassisch wie modern, sichern.

Die SPD will, dass die öffentlichen Musikschulen insbesondere auch bildungsferne Familien gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Kooperation „Schule – Musikschule“ deutlich zu verbessern. Dazu müssen die **Musikschulen verbindlich gefördert** und in ihrer Qualität gesichert werden. Zurzeit liegt der Anteil des Landes an deren Finanzierung unter 5 %. Wir streben eine Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen und aus Unterrichtsentgelten an, wie vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Landkreistag gefordert.

Diese bessere Finanzierung ist auch erforderlich, um auf tarifliche, sozialversicherungspflichtige und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse für Musikschullehrerinnen und -lehrer hinzuwirken, die bislang aufgrund der Unterfinanzierung häufig nicht nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt und in die erzwungene Selbstständigkeit gedrängt werden.

Die personelle Versorgung des Schulfachs „Musik“ mit dafür qualifiziertem Lehrpersonal ist derzeit unzureichend, wodurch eine umfassende musikalische Bildung vielerorts nicht möglich ist. Wir wollen das Fach Schulmusik durch mehr und gut qualifiziertes Lehrpersonal sicherstellen.

8. Literatur

Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen Lebens. Wir unterstützen Autoren und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemühen, Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden. Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und gefördert.

Wir werden die Autorenstipendien auch unter der Mithilfe von Sponsoren ausweiten. Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-Preis, und die Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förderung.

Wir wollen, dass Literatur und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung an Schulen leisten. Es soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden.

Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen abgestimmt mit der Förderung der Schulbibliotheken landesweit gefördert werden.

Hessen braucht, wie andere Länder auch, ein Künstlerhaus, in dem Autor/-innen sowie bildende Künstler und Künstlerinnen sowie Musiker und Musikerinnen Residenzen geboten werden, die ihnen das schöpferische Arbeiten ermöglichen.

Die hessische Landesvertretung in Berlin soll einmal im Jahr eine Leistungsschau des Literaturlandes Hessens, seiner Autoren und Verlage präsentieren. In Kooperation mit der Stadt Frankfurt wollen wir die **Verlagslandschaft durch ein Haus der kleinen Verlage stärken**.

9. Denkmalpflege, historisches Erbe und Baukultur

Die Entwicklung und Pflege des historischen Erbes ist für die Identität des Landes Hessen von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und historischen Bauten unseres Landes gilt es zu erhalten.

Die bewährte Arbeitsteilung zwischen dem Hessischen Immobilienmanagement (HI) und der Verwaltung Schlösser und Gärten (VSG) werden wir fortführen. Wir werden die **wertvolle Arbeit des Netzwerks ehrenamtlicher Helfer im Bereich der Denkmalpflege unterstützen**.

Die Baukultur in Hessen wollen wir stärken und unterstützen, indem wir für öffentliche Bauten ein Fachgremium einrichten, das für „Kunst am Bau“ Vorschläge unterbreitet.

10. Bildende Kunst

Die bildende Kunst führt – jenseits der Kunst am Bau öffentlicher Gebäude – im kunstpolitischen Bewusstsein eher ein Schattendasein. Bildende Kunst eröffnet ganz eigene Darstellungsräume. Sie ist heute besonders auf privates Engagement angewiesen. Sie verdient eine angemessenere Aufmerksamkeit auch von seiten der Kulturpolitik.

Wir wollen die sozialpsychologische und ästhetische Qualität der heute entstehenden bebauten Lebenswelt, die Architektur und die Stadtgestaltung, zum Thema der Kulturpolitik machen. Das gilt auch für den Bereich des Designs, der mit seinen kreativen Potenzialen entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen die Kunst im öffentlichen Raum stärker fördern.

Wir werden die **Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell unterstützen** und auch ihre Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen.

Wir werden neue Modelle zur Förderung bildender Kunst und bildender Künstler/-innen, insbesondere am Anfang einer künstlerischen Karriere, entwickeln und die dokumentarische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahrnehmen.

11. Integration durch Kultur

Unser Land ist schon immer geprägt vom Zusammenleben verschiedener Kulturen, von unterschiedlichen Lebenswelten, Werten und Traditionen. Zu den unterschiedlichen regionalen Traditionen treten mit den Einwanderern neue hinzu. Diese **kulturelle Vielfalt werden wir noch stärker in den Fokus** nehmen.

Durch konkrete Erfahrungen und Begegnungen können wir dafür sorgen, dass die gestiegenen Ängste vor dem Fremden nicht weiter zu einer Spaltung unserer Gesellschaft führen, sondern wieder Vertrauen in das gesellschaftliche Miteinander entsteht. Dazu wollen wir den interkulturellen Austausch, etwa durch Kulturprojekte, vertiefen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit neuer Energie

Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Wir wollen den technologischen und wirtschaftlichen Wandel mit Schwerpunkt auf bezahlbare Energie und auf die Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze prägen. Allein in Hessen arbeiten 24.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom und Wärme bis 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen.

1. Wertschöpfung durch Energiewende vor Ort

Dabei werden wir den **dezentralen Ausbau fördern**, Kommunen, Stadtwerke und Bürgergenossenschaften unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fortschritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhöhen. Schon jetzt ist Strom aus erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom. Die Kosten für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Öl, Gas und Uran werden in Zukunft weiter steigen, während die Produktionskosten

für erneuerbare Energien weiter sinken werden. Deswegen ist eine hessische Energiewende auch ein wichtiger Eckpfeiler für den Wirtschaftsstandort Hessen.

Wir setzen uns u. a. für einen dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien ein, weil der Ausbau der Übertragungsnetze („Stromautobahnen“) verringert werden kann, wenn Erzeugung und Verbrauch möglichst nah beieinander liegen. Die notwendige regelmäßige Ertüchtigung der Übertragungsnetze und notwendige Lückenschlüsse haben wenig mit der Energiewende, sondern mehr mit den allgemeinen technischen Voraussetzungen eines funktionierenden Stromsystems zu tun. Wir werden die **Verteilnetzbetreiber** (regionale Netzbetreiber, häufig Stadtwerke) in Hessen bei der Ertüchtigung ihrer Netze für die Anforderungen der Aufnahme und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energien und bei der Entwicklung von Flexibilitätsangeboten unterstützen.

2. Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich zusammen denken

Die Umsetzung der Energiewende in Hessen steht vor der nächsten großen Herausforderung. Bisher lag der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf dem Stromsektor. Wärme- und Verkehrsbereich spielten leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir wollen der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz, Sektorenkopplung und Konvergenz der Energiemärkte in den Mittelpunkt stellen. **Die drei Bereiche der erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern müssen integriert weiterentwickelt werden.** Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kassel erhält – und weiteren Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen, um einer dezentralen und erneuerbaren Energieerzeugung neuen Schwung zu verleihen. Auch werden wir dafür sorgen, dass die Energieforschung an den staatlichen Hochschulen in Hessen einen hohen Stellenwert einnimmt.

Beim Neubau von Wohnungen wollen wir für einen kostensenkenden Einsatz von erneuerbaren Energien und für die Verknüpfung von Strom- und Wärmebereich sorgen.

3. Vielfalt erneuerbarer Energien ausschöpfen

Um die **Vollversorgung mit erneuerbaren Energien** zu erreichen, setzen wir auf einen Mix aller ihrer Erzeugungsarten. Dezentrale Gaskraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) produzieren, sind bis dahin eine sinnvolle Brückentechnologie, weil sie später mit aus erneuerbaren Energien hergestelltem Gas aus Überschüssen von Solar- und Windkraft betrieben werden können („Power-to-Gas“) und die bestehende Gasnetzinfrastruktur dafür genutzt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Power-to-Gas-Anlagen, die der Zwischenspeicherung erneuerbarer Energie dienen, von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Die Vielfalt erneuerbarer Energien und die Verknüpfung von Strom- und Wärmenetzen und dem Verkehrssektor ermöglicht die Flexibilität, die wir bei einem immer größeren Anteil erneuerbarer Energien in der Energieversorgung brauchen.

Windenergie an Land und Solarstrom sind durch den seit dem Jahr 2000 beschleunigten Ausbau in Deutschland inzwischen die günstigsten Stromerzeugungsarten. Nur mit ihrem dynamischen Ausbau kann die Energiewende gelingen. Sie werden die Hauptsäulen der künftigen Energieversorgung sein.

4. Windenergie in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen

Die schwarze-grüne Landesregierung tut nicht genug, um den Ausbau der Windkraft an sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Die windstärksten Flächen in Hessen sind weitgehend Windausschlussgebiet, obwohl viele der dortigen Städte und Gemeinden Windenergie wollen, weil sie Wertschöpfung in strukturschwache ländliche Räume bringt. **Wir stehen zum Ziel des Energiegipfels, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie an Land bereitzustellen.** Dieses Ziel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Wir werden daher einen jährlichen Energiewendebericht einführen, der den Zubau der Erneuerbaren ermittelt und nach klaren Kriterien den Bedarf für politisches Nachsteuern aufzeigt. Um nachsteuern zu können, wird die SPD Hessen mit einem neuen Landesentwicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte dann genutzt werden können, wenn die betroffenen Kommunen dies wollen. Die dirigistische Landes- und Regionalplanung ist zu unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen, weil so am

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht werden. **Die besten Windräder sind die in den Händen von Kommunen, Stadtwerken, Bürgerenergiegenossenschaften, Energieversorgern und Mittelständlern vor Ort**, weil die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dies zu organisieren, geht nicht durch Pläne von oben, die Gemeinden, Bürgern und Wirtschaft strikt vorgeben, wo gebaut werden darf und wo nicht.

Im neuen Landesentwicklungsplan bleiben wir für neue Standorte bei **klaren Mindestabständen zur Wohnbebauung**, die mit 1.000 Metern über gesetzlich geforderte Abstände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinausgehen.

Die Energiewende in Hessen funktioniert nur mit Windkraft im Wald, weil die windstarken Kuppen in Hessen überwiegend bewaldet sind. 42 % der Fläche Hessens sind Wald. Dabei reicht die Fläche im Wirtschaftswald völlig aus; die wenigen naturnahen Wälder in Hessen sollen nicht für Windkraft genutzt werden. Wir werden bei der Verpachtung von Windvorrangflächen im HessenForst endlich im Gegensatz zu Schwarz-Grün die Voraussetzungen schaffen, um Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften bessere Chancen zu verschaffen, Windparks im Wirtschaftswald zu betreiben. Dabei sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinnahmen zu beteiligen. Auch dies hat Schwarz-Grün in den letzten Jahren blockiert. Wenn Windenergie durch das EEG immer preiswerter werden soll, können allerdings auch die Pachterlöse von HessenForst nicht immer weiter in den Himmel wachsen. Damit hessische Windenergieprojekte in bundesweiten Ausschreibungsverfahren überhaupt eine Chance haben, muss HessenForst bei den Pachtentgelten Maß halten.

5. Potenziale der Solarenergie nutzen

Auch die Nutzung der Solarenergie liegt in Hessen weiter unter ihren Möglichkeiten. Bei den geeigneten Dachflächen in Hessen, die für Fotovoltaik (Sonnenlicht zu Strom) oder für Solarwärme (Sonnenlicht zu Wärme) genutzt werden können, gibt es noch erhebliches Potenzial, insbesondere auf Industriegebäuden. Wir wollen diesen Anteil in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir gesetzliche

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Überregulation abbauen, um bessere Möglichkeiten für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen. Dabei legen wir besonderen Wert auf **Mieterstrom-Modelle, die es Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für Solarstrom teilzuhaben.** Wir wollen auch den Ausbau der Solarenergie an Schallschutzwänden und -wällen sowie auf Freiflächen, insbesondere auf Konversionsflächen und bereits vorbelasteten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen, weiter vorantreiben. Solarenergie gehört überall dort hin, wo ein sinnvoller Doppelnutzen gestiftet werden kann.

6. Wasserkraft weiter ausbauen

Die **Wasserkraft** ist wichtig für die Energiewende. Die schwarz-grüne Landesregierung hat mit dem sogenannten Mindestwasser-Erlass die Axt an die Wasserkraft gelegt. Die Landesregierung wird mit der Umsetzung dieses Erlasses erneuerbaren Strom in der Größenordnung des Haushaltsstromverbrauchs von Städten wie Marburg oder Gießen vom Netz nehmen. Statt die Wasserkraft unter einen Anteil von 3 % zu drücken, wollen wir die **Rahmenbedingungen für Erhalt und naturverträglichen Ausbau der Wasserkraft auf über 5 % des Stromverbrauchs in Hessen schaffen.** Dazu werden wir in einem ersten Schritt den Vollzug des Mindestwasser-Erlasses stoppen und unter Einbeziehung aller Gewässernutzer eine neue Richtlinie erarbeiten. In einem zweiten Schritt werden wir dabei helfen, dass bestehende Wehre wieder für die Wasserkraft genutzt werden können. Für bestehende Wasserkraftwerke schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima, um Leistungssteigerungen zu ermöglichen. Dabei achten wir auf den Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Fischerei und der Nutzung von Wasserkraft und fördern dafür neue technologische Möglichkeiten.

7. Biomasse

Die Nutzung der Biomasse zur Strom- und Wärmeengewinnung hat auch in Hessen noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Wir wollen **keinen weiteren Ausbau von Monokulturen.** Stattdessen ist eine verstärkte energetische Nutzung von Grünschnitt, Bioabfall und Gülle unser Ziel.

8. Kosteneinsparungen durch mehr Energieeffizienz

Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. **Wir werden uns für die Steigerung der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten einsetzen.** Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, steigert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vorteilen der Energiewende.

9. Kommunale Energiewende voranbringen

Kommunen und Stadtwerke sind wesentlich Akteure der bürgernahen dezentralen Energiewende. Wir sehen die dezentrale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Kommunen durch die Wiederherstellung der ihnen im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung die Möglichkeit geben, die **Chancen der Energiewende für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze** zu nutzen und als Energieerzeuger tätig zu werden. Wir werden dazu die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen zur Eigeninitiative im Energiebereich durch eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Bauordnung verbessern.

10. Energie- und Verkehrswende verknüpfen – Automobilwirtschaft stärken

Bei der Verkehrswende hin zu klimaverträglicheren Antriebsformen steht für die großen Automobilkonzerne mit Produktionsstandorten in Hessen der größte Transformationsprozess ihrer Geschichte ins Haus. Es wird einen Strukturwandel in der Automobilproduktion geben.

Die aktuelle schwarz-grüne Landesregierung hat die Herausforderung, die dieser Veränderungsprozess für die mehr als 50.000 Beschäftigten in der hessischen Au-

tomobilwirtschaft und der Zulieferindustrie mit sich bringt, vernachlässigt und Chancen, z. B. des Hybridantriebs, verschlafen. Für die hessische SPD ist klar: Diese Herausforderung kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten in den Automobil- und Zulieferbetrieben gelingen. **Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird im Dialog zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dieser Strukturwandel positive Effekte für Arbeitende und Unternehmen entfaltet.** Für eine Übergangszeit brauchen wir modernste, effiziente und saubere Diesel- und Ottomotoren, auch als Hybridmotoren. Gleichzeitig müssen wir schon heute bei Antriebstechniken wie der Elektromobilität, der Brennstoffzelle oder dem Gasantrieb nachlegen, damit wir auch in Zukunft Mobilitätsland Nummer eins bleiben. Eine zu frühe Vorfestlegung auf eine dieser Antriebsformen ist nach unserer Überzeugung falsch.

Wir wollen, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Automobilstandort Hessen bestehen bleiben. Durch den Einsatz des E-Motors in den Städten kann der Anteil der Luftschadstoffe dort zügig gesenkt werden. Durch Gerichtsverfahren drohende Fahrverbote wollen wir verhindern. Fahrverbote treffen einkommensschwache Bürger und kleine Handwerksbetriebe am härtesten. Deshalb setzen wir auf Innovation statt auf Verbote, die einer Enteignung von Fahrzeugen gleichkommen.

Auch im öffentlichen Personenverkehr und im Lastverkehr kommen zunehmend erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten zur Anwendung. Es gibt inzwischen Züge, die mit Wasserstoff betrieben werden, und Lastwagen, die Teilstrecken mit Strom fahren können. **Den Einsatz solcher innovativen Techniken in Hessen wollen wir fördern.**

... mit gesunder Umwelt, nachhaltiger Landwirtschaft, verantwortungsvollem Tier- und Verbraucherschutz sowie mehr Klimaschutz

Wir haben die Kraft für eine ökologische und nachhaltige Politik, die sozial und gerecht ist. Aber dennoch werden wir ökonomische Aspekte nicht aus den Augen verlieren.

Der Kreis der Menschen in unserem Land, der sich Sorgen um die zukünftige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung macht, hat sich laut aktuellen Umfragen in den letzten Jahren deutlich erhöht. Fast zwei Drittel der Bundesbürger halten Umwelt- und Klimaschutz für wichtig zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben, fast drei Viertel zeigen sich beunruhigt, wenn sie daran denken, in welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.

Ohne eine veränderte Politik werden wir unsere Ziele in Hessen bei Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Biodiversität nicht erreichen. Ohne eine intakte Natur und Umwelt, ohne gesunde Lebensmittel können Menschen nicht leben. Daher sind dies für uns auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Der Fortschrittsbericht 2016 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen des Hessischen Statistischen Landesamtes offenbart, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zielsetzungen 2020 für Ökologie und bei der Energieproduktivität, den Treibhausgasemissionen, den erneuerbaren Energien sowie bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit massiv verfehlen wird. Wir wollen, dass Hessen in Deutschland und Europa Vorbild wird für das funktionierende Nebeneinander von wirtschaftlicher Stärke und Innovationskraft, fortschrittlicher Bildung, gerechtem Gemeinwesen und dem Erhalt der biologischen Vielfalt.

Wir wollen eine Stärkung der Bildung für das Ziel der nachhaltigen Entwicklung in allen Bildungsbereichen. Wir werden Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische Themen stärker in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften implementieren.

1. Klimaschutz auf allen Ebenen

Insbesondere das Jahr 2017 hat breiten Bevölkerungsschichten durch Wetterereignisse bewusst werden lassen, welche Folgen schon 1 °C Erderwärmung in unseren Breiten haben kann. Selbst in Hessen nehmen Dürrewarnungen, Brandgefahren, aber ebenso Starkregenereignisse und Unwetter zu. Die Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von Paris werden wir mit sozialverträglichen Maßnahmen erfüllen.

Wir treten ein für die Förderung regionaler Strukturen für eine integrierte Umweltpolitik, finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme, die Wiedervernässung von Mooren, die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards in der öffentlichen Beschaffung und das Erreichen der Klimaneutralität der hessischen Landesverwaltung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Klimaschutz im Rahmen der in diesem Programm beschriebenen Konzepte für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV, den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und die Verkehrswende vorantreiben. Wir werden **Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz an allen Schulen als Lehrinhalt** verankern. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C als vorrangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat, ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.

2. Natur- und Gewässerschutz

Wir nehmen unsere Verantwortung für das europäische Schutzgebietsnetz Natura2000 und die hessischen Naturschutzgebiete wahr, indem wir die Maßnahmenpläne zügig fertigstellen und umsetzen und ggf. aktualisieren, notwendige Vergrößerungen der Gebiete vornehmen und alle Flächenverwaltungen auf die Umsetzung der Schutzziele unter Federführung der Naturschutzbehörden verpflichten. Wir wollen die hessischen Auenverbände als pestizid- und düngemittelf-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

rie Räume weiterentwickeln. Wir novellieren das hessische Naturschutzgesetz mit dem Ziel, die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände und Naturschutzbeiräte wieder zu stärken, das Wiederherstellungs- und Entwicklungsgebot zu betonen, den Nettoflächenverbrauch zu reduzieren und die Schutzgebietsausweisung zu erleichtern.

Die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers und dessen Bereitstellung für alle muss ausschließlich in öffentlicher Aufsicht liegen. Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. **Eine Privatisierung lehnen wir deshalb ab.**

Bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen müssen die Auswirkungen auf den ökologischen Wasserhaushalt untersucht werden. Dies wollen wir in der Regionalplanung verankern. Es muss vermieden werden, dass Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden können. Um eine Verbesserung der Belastung des Grundwassers durch Nitrat zu erreichen, wollen wir die Landwirtschaft konzeptionell und finanziell unterstützen. Wir wollen alle Maßnahmen einleiten, die notwendig sind, die **Wasserrahmenrichtlinie der EU umzusetzen**, mit dem Ziel, die Gewässer europaweit spätestens bis zum Jahr 2027 in einen ökologisch, chemisch und biologisch guten Zustand zu bringen.

Wir fördern die vertikale Begrünung sowie die Dachbegrünung als Beitrag zur Verbesserung des Binnenklimas in Städten.

Der Schutz des Grundwassers hat für uns einen hohen Stellenwert. Grund- und Trinkwasser darf nicht weiter durch Medikamente, Wasch- und Reinigungsmittel, Pestizide usw. belastet werden.

Wir unterstützen daher die Erforschung von Alternativen zu den bisherigen Chemikalien und den weiteren technischen Ausbau der Gewässerreinigung.

Wir wollen dem **Verlust an biologischer Vielfalt entgegenwirken und bedrohte Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume wirkungsvoll schützen**. Wir werden Landwirte und den Naturschutz unterstützen, den Tier- und Pflanzenarten der Agrarlandschaft mehr Raum zu geben, um die vielfältigen hessischen Landschaften zu erhalten.

Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie den Landesbetrieb HessenForst so vernetzen, dass der verfassungsmäßige Auftrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch ein koordiniertes Zusammenwirken bestmöglich umgesetzt wird. Wir wollen den personellen Abbau dieser Verwaltungen stoppen und Aufstockungen gezielt vornehmen, wo sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen.

Staatsdomänen und domänenfiskalischer Streubesitz müssen vorbildhaft im Sinne des Naturschutzes bewirtschaftet werden. Die Pachtbedingungen werden wir entsprechend anpassen.

Wir wollen Gewässerrandstreifen und Auen vermehrt realisieren und weiterentwickeln. Dies gibt vielen Tieren und Pflanzen Lebensräume und dient zudem der Vorsorge für klimawandelverursachte Wetterextreme.

In den letzten 30 Jahren ist der Bestand an Fluginsekten und Vögel stark zurückgegangen. Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird sich ohne Zeitverzug der bundesweiten Projektarbeit **„Jeder Gemeinde ihr Biotop“** anschließen. Ziel ist die Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen für artenreiche Lebensgemeinschaften. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die hessischen Gemeinden in allen Fragen im Zusammenhang der Umsetzung dieser Initiative beraten und personell wie finanziell unterstützen.

Wir erkennen die Jagd als nachhaltige Nutzungsform an und wollen sie weiterhin stärken. Wir freuen uns über die Rückkehr von einstmals ausgerotteten Tierarten und werden ihre Ausbreitung durch präventive Maßnahmen und einen fairen Ausgleich von Schäden begleiten.

3. Den hessischen Wald schützen und ökologisch aufwerten

Wir werden den Leitgedanken der maßvollen Forstwirtschaft revitalisieren und zum Orientierungspfeiler machen: nicht mehr Holz entnehmen als nachwächst.

Die Waldbewirtschaftung nach den Kriterien des Gütesiegels für nachhaltige Forstwirtschaft (FSC-Kriterien) muss Mindeststandard werden. Wir wollen den Gesamtnutzen der hessischen Wälder als Rohstofflieferant, Naturschutzelement, Bildungs- und Erholungsraum und lebenswichtiges Ökosystem in den Mittelpunkt unserer Waldschutzpolitik stellen.

Ziel ist es, die nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzutreiben und auch Kommunen und private Waldbesitzer dabei zu unterstützen. Die Kriterien der Bewirtschaftung sind sozial und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Bestimmte Naturschutzkernflächen wollen wir aus der Nutzung nehmen, damit dort alte Laubbäume stehen bleiben, Biotope sich entwickeln und sich auf dem Rückgang befindliche Pflanzenarten ausbreiten können. Bis zu 10 % der Waldfläche sollen dafür zur Verfügung stehen. Um die Umsetzung der Ziele zu garantieren, soll u. a. der Landesbetrieb Hessen-Forst personell verstärkt und im Transfer des eigenen Wissens geschult und unterstützt werden.

Wir wollen, dass Hessen Mitglied bei FSC wird und Berichte zur Waldsituation veröffentlicht, um durch Transparenz das System zu stärken. Die legitimierte Asphaltierung neuer Gewerbeflächen durch den Kauf von Ökopunkten, die auf alten Waldkernflächen liegen, wollen wir einstellen, die Schaffung von Ausgleichsflächen wird zur Auflage gemacht.

4. Wettbewerbsfähige, tierschutzorientierte und nachhaltige Landwirtschaft für Hessen

Die ständige Verfügbarkeit tierischer Nahrungsmittel in breiter Vielfalt und oft zu Niedrigpreisen steht im Gegensatz zu den gesellschaftlich gestiegenen Ansprüchen an die Haltungsbedingungen. Gleichzeitig sind die Nutztierhalter ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Sie müssen höheren rechtlichen Anforderungen an den Tier- und Umweltschutz mit größeren Investitionen in ihre Tierhaltungssysteme begegnen.

Eine **nachhaltige sowie tiergerechte Pflanzenproduktion und Tierhaltung** müssen ebenso wie Biodiversität, Boden- und Grundwasserschutz Teil der Ausbildung und Beratung in der Landwirtschaft sein.

Unser Ziel sind der Erhalt und die Förderung der flächengebundenen Nutztierhaltung, ebenso der Erhalt der Arten durch eine nachhaltigere Landbewirtschaftung.

Wir setzen uns für den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft ein, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert und den Menschen in den Landwirtschaftsbetrieben ein gutes und stabiles Auskommen sichert. Regionale Lebensmittel, Bioprodukte, Tierwohl und Biodiversität werden wir besonders fördern.

Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Wertschöpfungskette stärken. Der Mehrwert der Landwirtschaft für Umwelt, Tier und Mensch muss belohnt und der Gesellschaft vermittelt werden. Wir bauen ein Marketing für regional erzeugte Lebensmittel und Produkte auf und unterstützen ein verbraucherfreundliches und leicht verständliches Kennzeichnungssystem bzw. Label für regional nachhaltig produzierte und vermarktete Lebensmittel. Wir setzen uns für gerechte Entlohnung, angemessene Qualifizierungsmöglichkeiten sowie gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Garten-, Weinbau, Forsten und Fischerei ein.

Wir wollen eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die in der Lage ist, unsere Kulturlandschaft und eine vielfältige Biodiversität für die nächsten Generationen zu erhalten.

Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Grünlandbewirtschaftung aufrechtzuerhalten und Bewirtschaftungsmethoden, die zu mehr Artenvielfalt im Grünland führen, gezielt, verstärkt, auskömmlich und verlässlich zu fördern.

Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln ab. Wir unterstützen daher Landwirtinnen und Landwirte bei der Erzeugung von gentechnikfreien Pflanzen.

Wir sehen den extensiven Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung als ein Risiko für Mensch und Umwelt an und werden weitere Anstrengungen unternehmen, um den **Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung zu minimieren.**

5. Wir schreiben Tierschutz in allen Bereichen groß

Hessen benötigt einen langfristigen Fahrplan, der die künftige Entwicklung der Nutztierhaltung beschreibt und für die Landwirtinnen und Landwirte Planungssicherheit schafft. Im Rahmen einer nationalen Nutztierstrategie sind einheitliche rechtliche Leitplanken zu entwickeln, die die Tierschutzvorgaben, Tierhygienevorschriften und das Arzneimittelrecht zusammenführen.

Tierschutz und „nachhaltiger Konsum“ sind stärker in schulischer und außerschulischer Bildung zu verankern. Bei Einrichtungen des Landes oder solchen, die maßgeblich durch das Land finanziert werden, ist die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu pflanzlichen Alternativen, Tierwohl und Tierhaltung für die Beschäftigten sicherzustellen.

Das im Grundgesetz verankerte Ziel des Tierschutzes werden wir konsequent im Landesrecht verankern. Wir wollen uns zudem gemeinsam mit Partnern in der Landwirtschaft und den Tierschutzverbänden dafür einsetzen, dass bestehende Kennzeichnungen und Siegel für die tierschutzgerechte Herstellung von Lebensmit-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

teln und anderen Produkten bundesweit vereinheitlicht werden. Unser Ziel ist es, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Möglichkeiten als bisher erhalten, sich gezielt für Produkte zu entscheiden, bei denen während der Herstellung überprüfbar auf Tierwohlkriterien geachtet wurde.

Haltung, Pflege und Zucht wollen wir darauf ausrichten, dass auf Eingriffe an Nutztieren verzichtet wird. Ebenso muss das Töten von Küken und anderer Tiere nur zur Auslese beendet werden. Daher werden wir Zuchtziele vorgegeben, bei denen Tierwohl, Robustheit sowie Mehrfachnutzung im Vordergrund stehen.

Wir werden die Grundlagen für die Einrichtung einer umfassenden Tiergesundheitsdatenbank schaffen, in der bereits vorhandene Dokumentationspflichten nach dem Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierarzneimittel- und Tiergesundheitsrecht zusammengeführt werden.

Für den Wissenschaftsbereich wollen wir einen Sonderetat zur Förderung von Alternativmethoden zu Tierversuchen einrichten.

Statt pauschalen Rasselisten für zulässige Hundarten wollen wir einen Führerschein für Hundehalterinnen und -halter.

Wir unterstützen den Betrieb der Tierheime in Hessen.

6. Neue Anreize für einen nachhaltigeren und verbraucherfreundlicheren Konsum

Verbraucherinnen und Verbraucher können aus einem unvorstellbar breiten und tiefen Sortiment ihre Bedürfnisse befriedigen. Allein im Lebensmittelbereich werden etwa 150.000 Artikel angeboten, im gesamten Warenbereich sind es einige Millionen Produkte.

Auch die Entwicklung in vielen Sortimentsbereichen, Produkte nicht mehr reparieren zu können, dient einzig allein dem Ziel, Ersatzbeschaffungen zu erzwingen. Wir setzen uns ein für

- die Vermeidung bzw. Verringerung der mit der Produktion und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen verbundenen ökologischen und sozialen Probleme,
- die Gewährleistung der Teilhabe an nachhaltigem Konsum für alle und
- die Förderung regionaler und lokaler Initiativen zur Unterstützung nachhaltigen Konsums wie saisonale und regionale Angebotsstrukturen, Carsharing, Reparatur-Cafés, Tauschbörsen usw.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um den Konsum von Waren und Dienstleistungen im Interesse der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehört die **Förderung der Lebenszyklusperspektive von Produkten**, also die Berücksichtigung von Produktions- und Entsorgungsauswirkungen sowie des fairen Handels im Sinne guter Arbeitsbedingungen in den Herstellungsländern. Wir unterstützen die Einführung einfacher und verlässlicher Kennzeichnungen zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher, wie etwa der „Ampel“ im Lebensmittelbereich für eine schnelle Orientierung über Zucker-, Salz- und Fettgehalt von Produkten. Auch bei Nichtlebensmitteln unterstützen wir die Orientierungsetiketten, die wesentliche Kriterien der Nachhaltigkeit und des fairen Handels abdecken und für die Verbraucherinnen und Verbraucher große Vorteile bieten. Kennzeichnungen und Orientierungsetiketten ersetzen nicht die staatliche Kontrolle zur Vermeidung von gesundheitsschädlichen oder unverantwortlich produzierten Gütern und zur strengen Einhaltung von Grenzwerten für alle Produkte.

Wir unterstützen Maßnahmen, die Vermeidung und mehr Wiederverwertung von Abfällen zur Folge haben, und werden Standards für Nachhaltigkeit in der Beschaffung verankern.

Tierschutz, gesunden und nachhaltigen Konsum wollen wir stärker in schulischer und außerschulischer Bildung verankern und in die Lehrpläne aufnehmen. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung für den Verbraucherschutz in Hessen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit einem handlungsfähigen Gemeinwesen und gerechteren Steuern und Abgaben

Für eine gute Zukunft müssen wir heute handeln und investieren. Eine SPD-geführte Landesregierung wird zuerst Chancengleichheit in der Bildung fördern und die Infrastruktur modernisieren. Der kommunalen Familie werden wir wieder Luft zum Atmen verschaffen, damit Städte und Gemeinden lebenswert und handlungsfähig bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir sowohl in Hessen als auch über den Bundesrat im Bund für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.

In unserer Haushaltsführung werden wir vernünftiges Sparen und effizientes Wirtschaften verbinden. Durch solide Landesfinanzen wollen wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen erhalten und ausbauen: damit Hessen lebenswert und wirtschaftlich stark bleibt.

1. Investitionen in eine gute Zukunft

Hessen braucht endlich eine nachhaltige und verlässliche Investitionsstrategie – eine Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für eine gute Infrastruktur, für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke Wirtschaft. Haushaltskonsolidierung ist auch anders möglich – ohne die Vernachlässigung von Investitionen und ohne Sozialabbau.

Wir werden finanzpolitische Spielräume vor allem dafür verwenden,

- **endlich kostenlose Bildung von Anfang zu ermöglichen.** Wir werden dazu die Eltern von Krippen- und Kindergartengebühren vollständig freistellen. Der kostenlose Schulbesuch ist selbstverständlich. Mit uns wird es keine Studiengebühren geben. Dies wollen wir auch in der Hessischen Verfassung verankern.
- **die Investitionen des Landes zu stärken.**
- **die hessischen Kommunen endlich wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben angemessen erledigen zu können.** Beispielsweise wird eine SPD-geführte Landesregierung die Kommunen bei den Betriebsausgaben der Kindertagesstätten entlasten und zwei Drittel dieser Kosten unter Anrechnung der zur Verfügung stehenden Bundesmittel übernehmen.

Wir wissen um die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für unser Land, für die Menschen, die hier leben, und für die Wertschöpfung unserer Wirtschaft. In Hessen wurde mit der Regierungsübernahme der CDU die so wichtige Investitionstätigkeit des Landes reduziert. Das werden wir umkehren.

Die Investitionsquote des Landes Hessen ist im Jahrzehntvergleich auf einem erbärmlichen Niveau. In den 1990er-Jahren (z. B. 1997) lag die Investitionsquote bei 13 %. Im schwarz-grünen Haushalt für 2018 ist eine Quote von 8,7 % vorgesehen. Ohne Zuschüsse des Bundes in nie da gewesener Höhe läge sie sogar bei nur 7,3 %. **Unter der CDU hat sich die Investitionsquote nahezu halbiert.**

Wir dürfen aber nicht weiterhin „auf Verschleiß“ fahren. Gerade in Zeiten von Null-Prozent-Zinsen dürfen Investitionen nicht verschlafen werden. **Deshalb werden wir die Investitionsquote des Landes erhöhen, um**

- **den Wohnungsbau für bezahlbare Mieten zu stärken,**
- **den Straßenbau und Schienenverkehr zu intensivieren,**
- **Breitbandkabel auch auf dem Land zu verlegen,**
- **und um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre notwendigen Investitionen in Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitstätten, Leitungsnetze und Kommunalgebäude tätigen zu können.**

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

Für den dringend notwendigen flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen ist eine stärkere Beteiligung der Bundesebene erforderlich.

2. Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit

Der gerechte Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug sind für uns zentrale Anliegen. Ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleine Betriebe zahlen ihre Steuern, während sich Bürger mit besonders hohen Vermögen oder multinationale Konzerne ihren steuerrechtlichen Verpflichtungen entziehen oder durch Umgehungsmodelle Steuern sparen. Das darf nicht sein. Denn diese Einnahmen fehlen dann der Solidargemeinschaft zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und für Investitionen in die Zukunft.

Besonders hohe Einkommen und Millionenvermögen müssen stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen. Dem wird die geltende Erbschaftsteuer nicht gerecht. Deshalb brauchen wir eine große Reform. Wir werden uns auf Bundesebene für eine angemessene Vermögensbesteuerung im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einsetzen. Wir werden im Bund auch dafür eintreten, die Einkommensteuertarife gerechter zu gestalten und so zu verändern, dass **spürbare Erleichterungen auch tatsächlich für kleine und mittlere Verdiener** und nicht für Spitzenverdiener erreicht werden. Für die normalen Einkommen muss es mehr Netto vom Brutto geben. Ein höherer Spitzensteuersatz ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und dem Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen können und müssen als schwache. Deswegen setzen wir uns für eine gerechte Steuerreform und höhere Steuern auf Vermögen im Bund ein.

Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein. Gleichzeitig machen wir uns für die Abschaffung der Abgeltungsteuer und für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer stark, die spekulative Finanzgeschäfte besteuert.

Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht. Wir wollen verhindern, dass weiterhin die Grunderwerbsteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen umgangen wird. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden.

Die Entlastung der Kommunen ist am Ende auch ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Indem die hessische CDU die kommunalen Haushalte geplündert hat, sind die kommunalen Steuern und Abgaben nahezu explodiert. Jede Mehrbelastung für die Kommunen wird über kommunale Abgaben direkt weitergegeben. Gerade die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer, die in Hessen überdurchschnittlich hoch sind, belasten die Menschen und die kommunale Wirtschaftskraft hart. Die hessische CDU steht für Steuererhöhungen vor Ort in nie da gewesener Höhe. Wer Kommunen Luft zum Atmen verschafft, schafft hingegen die Voraussetzung für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

3. Steuerverwaltung stärken und Steuerhinterziehung austrocknen

Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Der Kampf gegen Steuerschlupflöcher, gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien von Konzernen muss endlich auch in Hessen konsequent aufgenommen werden.

Wir wollen eine erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bürgerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen, den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien arbeitet.

Der gleichmäßige und gerechte Vollzug der Steuergesetze erfordert hoch qualifiziertes Personal. Hierfür sind nach dem Grundgesetz die Länder verantwortlich. Stellenabbau in den zurückliegenden Jahren, hohe Altersabgänge und dadurch bedingter Wissensverlust, jährlich neue Rechtsänderungen und Anwendungsvorschriften, fortschreitende Digitalisierung, aber auch Steuerhinterziehung bzw. aggressive Steuergestaltung am Rande und jenseits der Legalität mit Milliarden-

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

verlusten für den Staat (z. B. durch Cum-/Ex- oder Cum-/Cum-Aktiengeschäfte, Umsatzsteuerkarusselle, die Verschleierung von Einkünften durch ausländische Konten, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und komplexe Offshore-Konstruktionen) stellen die Beschäftigten der Finanzbehörden vor enorme Herausforderungen. Diese nehmen auch künftig nicht ab, zumal der internationale zwischenstaatliche Austausch von Steuerdaten in naher Zukunft in bisher nicht da gewesenem Ausmaß einsetzen wird.

Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und für mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen sorgen. Die Anzahl der Finanzbeamten, die sich ausschließlich mit der Identifizierung und Bewertung von groß angelegten Steuerhinterziehungs- und -umgehungsmodellen beschäftigen, werden wir deutlich erhöhen. Denn wir haben im Sinne der Steuergerechtigkeit den Anspruch, bundesweit Maßstäbe zu setzen.

4. Europäische Initiativen ergreifen

Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Internationalen Konzernen müssen die legalen Wege entzogen werden, durch grenzüberschreitende Verrechnungstricks ihren Steuerbeitrag zu verweigern. Um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch internationale Unternehmen zu verhindern, wollen wir uns weiterhin für Initiativen der OECD für fairen internationalen Steuerwettbewerb (sogenannte BEPS-Initiative) starkmachen. Wir setzen uns für ein europäisches Transparenzregister ein, in dem alle Eigentümer und Begünstigten wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent aufgeführt sind.

Bis es wirksame EU-Regelungen gibt, benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. So werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung zu erweitern und Mindeststandards für Betriebs- und Steuerprüfungen festzulegen.

Immer wieder aufs Neue verdeutlichen uns Enthüllungen wie die „Luxemburg Leaks“, die „Panama“- oder die „Paradise Papers“, dass internationale Anstrengungen erforderlich sind, um Steuerhinterziehung und -umgehung effektiv zu bekämpfen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich in Brüssel dafür einsetzen, dass **anonyme Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten international geächtet werden. Nur so lassen sich Steueroasen dauerhaft austrocknen.**

Steuerpflichtigen in Deutschland, die Geschäftsbeziehungen zu Offshore-Staaten unterhalten, müssen erhöhte Mitwirkungspflichten gegenüber der deutschen Finanzverwaltung auferlegt werden. Schließlich werden wir uns sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen einsetzen. Wer die Solidargemeinschaft betrügt, muss mit harten Sanktionen rechnen.

ZUKUNFT JETZT MACHEN

... mit Mut zu Europa und zur Welt

Wir in Hessen sehen uns in einer besonderen Verantwortung für Europa. Wir sind nicht nur in der geografischen Mitte Europas, sondern durch unsere besondere Lage einer der Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzknotenpunkte. In unserem Land leben Menschen aus ganz Europa und der ganzen Welt, die sich hier zu Hause und sicher fühlen sollen. Hessen ist gelebte europäische Realität.

Europa muss sich auf ideeller und institutioneller Ebene reformieren, das steht außer Frage. Wir als Bundesland setzen uns für eine Reform der Europäischen Union ein, unter Mitwirkung aller Ebenen – der kommunalen, der regionalen, der Bundes- und der europäischen Ebene. Die Reform Europas findet für uns vor allem in den Städten und Regionen statt. Die Landesregierung wird sich über den Ausschuss der Regionen und über die Landesvertretungen in Brüssel für die **Weiterentwicklung der europäischen Idee** einsetzen, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können. In diesem Sinne werden wir unsere Europaschulen weiter unterstützen und prüfen, wie wir die europäische Idee noch stärker an allen Schulformen verankern können.

Wir setzen auf den **Ausbau der europäischen Städtenetzwerke und den Rat der Regionen**. Städte und Regionen in Europa sind sich in ihren Problemen und ihrer Struktur häufig näher als die Nationalstaaten, sei es in Fragen des Umweltschutzes, des bezahlbaren Wohnraums oder des Verkehrs in Ballungsräumen. Aus den Städten und Regionen kann ein neues Europa der Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Darüber hinaus wollen wir als Landesregierung unseren Einfluss auf Europa mit Initiativen im Bundesrat geltend machen, um für die Bürgerinnen und Bürger Standards im Datenschutz oder das Verbot von Privatisierungen auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Wir fühlen uns einem sozialen Europa verpflichtet und werden uns deshalb auf allen Ebenen für die Durchsetzung sozialer Standards einsetzen. Genauso werden wir uns für menschliche Lösungen der Humanitätskrise in Europa und auch an den Grenzen Europas einsetzen.

Wir erleben immer mehr Menschen auf der Flucht vor Hunger, vor Kriegen oder auf der Suche nach einer Perspektive. Wir wollen mit unserer Politik unseren Beitrag dazu leisten, dass Menschen überall auf der Welt eine Perspektive erhalten.

Dazu müssen entwicklungspolitische Aktivitäten hessischer Nichtregierungsorganisationen in ihrer Inlands- und Auslandsarbeit unterstützt und gestärkt werden. Die im Haushalt des Wirtschaftsministeriums dafür bereitstehenden Mittel sind zu erhöhen.

Wir werden in Regierungsverantwortung gemeinsam mit Kommunen, Kirchen und Glaubensverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken an einer Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen arbeiten.

Wir wollen in unserer **Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Hessen** das Thema Entwicklungszusammenarbeit fest verankern. Viele Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, globaler zu denken und handeln. Es ist unsere Verantwortung, sie dabei zu unterstützen und zu stärken. Gleiches gilt für die Unterstützung von Schulpartnerschaften mit Ländern des globalen Südens sowie für notwendige Qualifizierungen der Lehrkräfte zu diesem Themenfeld. Unser Ziel ist es, das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an unseren Schulen strukturell und curricular umzusetzen.

Wir werden mit allen Beteiligten ein Konzept der Unterstützung erarbeiten, sodass **auch kleinere Kommunen und Nichtregierungsorganisationen** den Zugang zu den Möglichkeiten der Förderung von Landes-, Bundes- oder Europaebene erhalten.

Wir werden Initiativen wie „Rhein.Main.Fair – auf dem Weg zur fairen Metropole“ unterstützen.

Mitglieder und Arbeitsgruppen der Großen Programmkommission

Leitung

Susanne Selbert (Vorsitzende) und Nancy Faeser (Generalsekretärin)

Arbeitsgruppenleitungen

Energie: Timon Gremmels und Melanie Haubrich

Familie und Soziales: Gerhard Merz und Anita Schneider

Finanzen: Kirsten Fründt und Norbert Schmitt

Frauen und Geschlechtergerechtigkeit: Lisa Gnadl und Lara Kannappel

Innen: Nancy Faeser und Günter Rudolph

Justiz: Jürgen Gasper und Heike Hofmann

Kommunal- und Regionalpolitik: Manfred Schaub und Gisela Stang

Schule: Christoph Degen und Christine Tromsdorf

Umwelt, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit: Angelika Löber und Klaus Wiegandt

Wirtschaft, Arbeit, Verkehr: Sören Bartol, Tobias Eckert und Dagmar Schmidt

Wissenschaft und Kunst: Gernot Grumbach und Daniela Sommer

Weitere Mitglieder der Programmkommission

Jens Best

Patrick Krug

Sanaa Boukayeo

Dr. Stefan Marx

Michael David

Dr. Günther Schnell

Dr. Hasina Farouq

Dr. Thomas Spies

Natalia Franz

Antje van der Heide

Mike Josef

Dr. Christoph Weltecke

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen

Generalsekretärin Nancy Faeser MdL

Rheinstraße 22

65185 Wiesbaden

landesverband.hessen@spd.de

www.spdhessen.de

www.facebook.com/spdhessen/